

Investitionen - Innovationen - Humankapital

Basis einer nachhaltigen und dynamischen Entwicklung in Sachsen

Schwerpunkte für die Umsetzung der EU-Strukturfonds
im Freistaat Sachsen 2007-2013

David Michel, imreg
Hartmut Fiedler, SACHSENMETALL

Dresden, September 2005

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung	4
2. Der Lissabon-Prozess und die Kohärenz zu den EU-Strukturfonds	6
2.1 Strategie von Lissabon und Göteborg	6
2.2 Halbzeitevaluierung der Lissabon-Strategie	6
2.3 Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung	7
2.4 Vergleich der Lissabon-Strategie mit den Zielen der Strukturfonds	7
3. Rahmenbedingungen für die Strukturfondsperiode 2007-2013	9
3.1 Strategische Dokumente und Vorlagen (EU)	9
3.2 Finanzielle Vorausschau	9
3.3 Zielgebiete	10
3.4 Beihilferecht für Regionalbeihilfen	10
3.5 Multisektoraler Beihilferahmen	12
4. Bedeutung der Strukturfonds für Sachsen	13
4.1 Transferleistungen, Solidarpakt II und Strukturfonds	13
4.2 Verwendung der Strukturfondsmittel in der aktuellen Strukturfondsperiode	15
5. Wesentliche Eckpunkte der sozioökonomischen Situation in Deutschland	17
5.1 Wirtschaftliche Entwicklung	17
5.2 Arbeitsmarkt	17
5.3 Herausforderungen in den kommenden Jahren	19
6. Sozioökonomische Situation in Sachsen	20
6.1 Bevölkerungsentwicklung und Demografie	20
6.2 Wirtschaftliche Entwicklung	21
6.3 Betriebe und Beschäftigte	22
6.4 Wirtschaftsstrukturen	24
6.5 Verarbeitendes Gewerbe	26
6.6 Unternehmensfinanzierung	31
6.7 Wissenschaft, Forschung und Innovation	34
6.8 Bildung und Qualifikation	36
6.9 Arbeitsmarkt	42
6.10 Soziale Situation	45
6.11 Infrastruktur	47
6.12 Klima, Umwelt und Energie	51
7. Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken für die Entwicklung in Sachsen	53
7.1 SWOT-Analyse	53
7.2 Entwicklungskorridore im Zeitraum der Strukturfondsperiode 2007-2013	55
8. Schwerpunkte bei der Umsetzung der Strukturfonds in Sachsen	58
8.1 Ziel "Konvergenz" – Einsatzgebiete des EFRE	59
8.2 Ziel "Konvergenz" – Einsatzgebiete des ESF	60
8.3 Zusammenführung von Lissabon-Strategie und Strukturfonds in Sachsen	60

9. Indikatoren	61
9.1 Strukturindikatoren der Lissabon-Strategie	61
9.2 Indikatoren zur Steuerung der Strukturfondsinterventionen in Sachsen	62
10. Finanzielle Ausstattung der Fonds und der Schwerpunkte	63
Anlagen	66
Indikativer Finanzplan zur Umsetzung der EU-Strukturfonds 2000-2006 in Sachsen	66
Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose für Sachsen	67
Impressum	68

1. Zusammenfassung

In den vergangenen Jahren sind in Sachsen - nach einem dramatischen Zusammenbruch alter Wirtschaftsstrukturen - durch eine großzügige Investitionsförderung und durch erhebliche Infrastrukturinvestitionen grundlegende Voraussetzungen geschaffen worden, um eine Erneuerung des Kapitalstocks und wirtschaftliches Wachstum anzuregen. Darauf aufbauend können gesellschaftliche Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit und Abwanderung gelöst werden.

Die Lebensqualität in Sachsen ist in den zurückliegenden Jahren insbesondere durch die deutliche Verbesserung der verfügbaren Infrastruktur gestiegen. Telekommunikation, Gesundheitsversorgung, Umwelt, Wasseraufbereitung, Abwasser- und Abfallbeseitigung haben ein sehr hohes Niveau erreicht. Auch in der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur wurden umfangreiche Investitionen vorgenommen; eine deutliche Steigerung der Qualität ist erkennbar, auch wenn weiteres Handeln erforderlich ist.

Auf Grund der tiefgreifenden Krise in der Bauwirtschaft und der dadurch induzierten Konsolidierung in anderen Wirtschaftsbereichen befindet sich die sächsische Wirtschaft gemessen am Bruttoinlandsprodukt in einer langanhaltenden Phase der Stagnation. Gleichzeitig kann das Verarbeitende Gewerbe (= Industrie) seit Jahren auf stabil hohe Wachstumsraten verweisen. Obwohl nicht übersehen werden darf, dass dieses Wachstum von niedrigem Niveau aus erfolgt, so sind hohe Wettbewerbsfähigkeit und umfangreiche Investitionen eine gute Basis für weiteres Wachstum. Heute hat das Verarbeitende Gewerbe in Sachsen einen Anteil von fast 20 % an der Bruttowertschöpfung während es vor 10 Jahren noch 7 Prozentpunkte weniger waren. Hervorzuheben ist, dass das Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe im Wesentlichen von export- und technologieintensiven Branchen wie Elektrotechnik/Elektronik, Fahrzeugbau, Chemie, Metallverarbeitung und Maschinenbau getragen wird.

Trotzdem gehört Sachsen immer noch zu den am stärksten entwicklungsbedürftigen Regionen in Europa. Deshalb wird Sachsen auch im Zeitraum 2007-2013 erhebliche Unterstützung durch die Europäischen Strukturfonds erhalten. Diese finanzielle Unterstützung muss für eine langfristige Strategie verwendet werden, um die Stärken von Sachsen gezielt auszubauen und ein solides Fundament für steigende Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Arbeit zu schaffen. Gleichzeitig stehen neue Herausforderungen an - die Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union, der Globalisierung und der demografischen Entwicklung müssen bewältigt werden. Dies alles ist zu leisten bei einer insgesamt unbefriedigenden Lage am Arbeitsmarkt und eine langanhaltenden gesamtwirtschaftlichen Stagnation. Ganz besonders ist jedoch auch die allgemeine Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu berücksichtigen. Vieles, was wünschenswert sein kann, ist einfach nicht finanzierbar. Es sind klare Prioritäten bei den Themen Investitionen, Innovation und Humankapital zu setzen.

- Investitionen
 - finanzielle Unterstützung beim Wachstum von Industrieunternehmen
 - Ausbau einer wirtschaftsaktivierenden (Verkehrs-)Infrastruktur
- Innovation:
 - finanzielle Unterstützung von betrieblicher Forschung und Entwicklung
 - Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers
- Humankapital:
 - Verbesserung von Berufsorientierung, Studienneigung und Bildungsniveau
 - Unterstützung des individuellen Zugangs zu Bildungsangeboten für alle Erwerbsfähige

Auf diese Handlungsfelder sollten in der Strukturfondsperiode 2007-2013 die konzeptionellen Anstrengungen und die finanziellen Mittel konzentriert werden. Um dafür eine breite gesellschaftliche Zustimmung zu erzielen, kann es sinnvoll sein, ein Leitbild zu erarbeiten, auf dessen Grundlage alle Maßnahmen geprüft werden. Ein solches Leitbild sollte der industriellen und kulturellen Tradition Sachsens entsprechen und kann folgendermaßen formuliert werden.

1. Sachsen ist eine Industrieregion mit Tradition und will an frühere Erfolge anknüpfen. Wachstum und Stärke der Industrie bestimmen maßgeblich den Wohlstand des Landes.
2. Gesellschaftliche Kräfte und öffentliche Gelder werden vornehmlich auf den Aufbau selbsttragender Wirtschaftsstrukturen und attraktiver Rahmenbedingungen konzentriert, weil eine prosperierende Wirtschaft eine Grundvoraussetzung zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, kultureller Vielfalt und hoher Lebensqualität ist.
3. Die Gesellschaft insgesamt ist verantwortlich, jedem Bürger eine interessante Gegenwart und Zukunft aufzuzeigen. Zukunft beginnt mit der Entscheidung für Kinder. Zukunft schließt die Erziehung und eine hochwertige Bildung sowie eine für Gesellschaft und Individuum attraktive Berufswahl ein.
4. Technisches und wirtschaftliches Wissen ist einem größtmöglichen Teil der Bevölkerung zugänglich zu machen und interessant anzubieten, weil das Verständnis von Technik und Wirtschaft die Akzeptanz für Fortschritt, Veränderung und Marktwirtschaft erhöht.
5. Technologieintensive Branchen mit hoher Wertschöpfung genießen eine besondere Aufmerksamkeit in Politik und Gesellschaft, weil diese Branchen überproportionale Wachstumschancen haben und gleichzeitig erheblichen Mehrwert für die Gesellschaft bringen.

Wird diesem Leitbild gefolgt müssen die Strukturfondsmittel sehr deutlich dafür genutzt werden, die Wirtschaftskraft in Sachsen zu stärken, die Wertschöpfung zu erhöhen und die Voraussetzungen für weiteres Wachstum zu schaffen. Ausschließlich sozialpolitisch motivierte Ausgaben sind nicht empfehlenswert. Unter diesen Prämissen könnte die Verteilung der Strukturfondsmittel wie folgt aussehen.

EFRE		ESF	
80 %		20 %	
Forschung und Entwicklung, Innovation	45 %	Erhöhung des Bildungsniveaus	25 %
einzelbetriebliche Investitionen	30 %	Aus- und Weiterbildung für Arbeitnehmer	25 %
Infrastrukturinvestitionen	25 %	Integration Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit	25 %
		Vereinbarkeit von Familie und Beruf	10 %
		Integration Benachteiligter in den Arbeitsmarkt	10 %
		sonstiges	5 %

2. Der Lissabon-Prozess und die Kohärenz zu den EU-Strukturfonds

2.1 Strategie von Lissabon und Göteborg

Der Europäische Rat hat beim Lissaboner Frühjahrsgipfel im Jahr 2000 mit der "Lissabon-Strategie" beschlossen, dass Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden soll. Um die Voraussetzungen für Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu schaffen, wurde eine breite Palette von Zielen und politischen Instrumenten definiert sowie eine Langfriststrategie für die Zukunftsfähigkeit eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells (dauerhaftes Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und größeren sozialen Zusammenhalt) festgelegt. Der Europäische Rat hat im März 2001 in Stockholm/Göteborg die Lissabon-Strategie um den Bereich "Ökologische Nachhaltigkeit des Wachstums" erweitert.

Zu den Kernpunkten der Lissabon-Strategie gehörten:

1. Mehr und bessere Arbeitsplätze
(Reform der Arbeitsmärkte, Anreize für Aufnahme der Beschäftigung, Beschäftigungsquote vom 60 % in 2000 auf 70 % in 2010 erhöhen, Erwerbstätigkeit älterer Menschen erhöhen, deren Erfahrung im Arbeitsprozess wichtig ist; lebenslanges Lernen)
2. Sozialer Zusammenhalt
(Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, höhere Erwerbstätigkeit von Frauen, Innovation in Betreuungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf)
3. Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation
(3 % des BIP für FuE investieren, Zusammenspiel von Wissenschaft und Forschung verbessern, Innovationen besser in Produkte umsetzen)
4. Vollendung des Binnenmarktes
(Ausschöpfung des Potenzials des Binnenmarktes, Funktionieren der Märkte für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit erreichen, Steuersysteme vereinfachen, geringeren Verwaltungsaufwand)
5. Ökologisches nachhaltiges Wachstum
(Umsetzung des Kyoto-Protokolls beschleunigen)

Um diese Kernpunkte zu erreichen, wurden Teilziele benannt, die u. a. die Vorbereitung des Übergangs zu einer wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Gesellschaft, die Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells durch Investitionen in die Menschen und den Aufbau eines aktiven Wohlfahrtsstaates beinhalten.

2.2 Halbzeitevaluierung der Lissabon-Strategie

Mit dem Frühjahrsgipfel 2005 erfolgte eine Halbzeitevaluierung der Lissabon-Strategie, bei der eine Reihe von Schwächen bei der Umsetzung sichtbar wurde. Dazu gehören neben einer schwachen Wirtschaftsleistung auch ein sehr gedämpftes Beschäftigungswachstum, ein enttäuschender Produktivitätszuwachs, eine unzureichende Nutzung der Potenziale einer wissensbasierten Wirtschaft und der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Daher wurde eine Neuausrichtung der Lissabon-Strategie auf die Stärkung der Bereiche Wachstum und Beschäftigung beschlossen. Gleichzeitig wurden die Ziele in der Summe reduziert, so dass die Strategie auch nach außen leichter vermittelbar ist. Der Frühjahrsgipfel machte deutlich, dass alle Beteiligten (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft) dieses Ziel befördern

müssen, damit sich die Erfolge sowohl wirtschaftlich, als auch gesellschaftlich für die Gemeinschaft einstellen.

2.3 Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung

Resultierend aus den Ergebnissen der Halbzeitevaluierung und im Rahmen der Dreijahresplanung (2005-2008) billigte der Europäische Rat im Juni 2005 die Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung, die eine Grundlage für die nationalen Programme der Mitgliedstaaten für Wachstum und Beschäftigung bilden sollen. Diese Leitlinien beinhalten neben makroökonomischen Zielen (Herstellung der Kohärenz zwischen Politik und Strukturfonds, Erhöhung von Beschäftigungsquoten und Arbeitskräfteangebot) auch eine Ausrichtung auf mikroökonomische und beschäftigungspolitische Ziele.

Die mikroökonomischen Leitlinien verfolgen eine wirtschaftsfreundliche Gestaltung des KMU-Umfeldes, die Verbesserung der europäischen Infrastruktur sowie die Förderung von Wissen und Innovation. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien konzentrieren sich neben der Ausrichtung auf Vollbeschäftigung auch auf eine beschäftigungsfreundliche Entwicklung der Lohn- und Arbeitskosten sowie die Steigerung von Investitionen in Humankapital und die Ausrichtung von Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen.

2.4 Vergleich der Lissabon-Strategie mit den Zielen der Strukturfonds

Bei der Lissabon-Strategie besteht nach dem Willen der Europäischen Kommission eine enge Verknüpfung zu den Strukturfonds. Der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) verfolgt die Mobilisierung des endogenen Potenzials zur Modernisierung und Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Der Europäische Sozialfonds (ESF) zielt auf eine europäische Beschäftigungsstrategie, welche der Umsetzung von Vollbeschäftigung, einer verbesserten Produktivität und Qualität der Arbeit dient sowie der sozialen Kohäsion.

Die Zielvorgaben untergliedern sich sowohl im Rahmen der Lissabon-Strategie als auch im Rahmen der Strukturfonds in einzelne konkrete Bereiche, die sich wie folgt darstellen.

Lissabon-Strategie	EFRE: Ziel Konvergenz	ESF: Ziel Konvergenz
Hauptziel		
EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum weltweit entwickeln	Mobilisierung des endogenen Potenzials zur Modernisierung und Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstrukturen	höhere Beschäftigung, verbesserte Produktivität und Qualität der Arbeit, soziale Kohäsion
Bereiche mit Schnittmengen zwischen Lissabon-Strategie und Strukturfonds		
Förderung von Wissen und Innovation für Wachstum (staatliche FuE anheben und effizienter gestalten)	Unterstützung der industriellen Forschung und technologischen Entwicklung (FTE) in KMU und des Technologietransfers	Entwicklung des Humankapital in Forschung und Innovation
Förderung von Innovation und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	Unterstützung für KMU zur Nutzung von (IKT)	
Ökologisch nachhaltiges Wachstum: Nachhaltige Res-	Umwelt: Einführung und Nutzung von Technologien	

Lissabon-Strategie	EFRE: Ziel Konvergenz	ESF: Ziel Konvergenz
sourcennutzung begünstigen und die Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum stärken	zur Verschmutzungsverhütung (Abfall, Abwasser, Wasser)	
Ausbau und Verbesserung der europäischen Infrastruktur	Investitionen in Verkehrsnetze	
Liberalisierung des Energiemarktes (und des generellen Binnenmarktes); Umwelt: Energieeffizienz	Ausbau transeuropäischer Energienetze und Verbesserung der Energieeffizienz	
Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten, Investitionen in Humankapital steigern und optimieren	Investitionen in Bildung (Infrastruktur)	Investitionen in das Humankapital durch Reformen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie Förderung einer verstärkten Beteiligung an der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens
Makroökonomische Politik auf Wachstum und Beschäftigung ausrichten: tragfähige Renten- und Gesundheitssysteme etablieren	Investitionen in Gesundheitsleistungen	
Zur Schaffung einer soliden industriellen Basis beitragen, Erhöhung der Beschäftigungsquote	Direkthilfen für KMU zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen	
Verwaltungseffizienz		Stärkung der institutionellen Kapazität und Effizienz der öffentlichen – nationalen, regionalen und lokalen – Verwaltung und Dienstleistungen

Die Europäische Kommission erwartet, dass sich die regionalen Akteure bei der Umsetzung der Strukturfonds an den Zielen der Lissabon-Strategie orientieren. Die Strukturfonds müssen einen regionalen Beitrag leisten, die globalen Ziele der EU zu erfüllen.

3. Rahmenbedingungen für die Strukturfondsperiode 2007-2013

3.1 Strategische Dokumente und Vorlagen (EU)

Um eine effiziente regionale Umsetzung der Strukturfonds zu erreichen, ist die Kenntnis der Strategien und Rahmensetzungen der Europäischen Kommission unersetzlich. Die KOM hat in den Jahren 2004 und 2005 eine ganze Reihe von Dokumenten veröffentlicht, die in die Meinungsbildung der regionalen Akteure einfließen sollte.

Bei der Bewertung der Lissabon-Strategie sind von besonderer Bedeutung

- die Dokumente des Europäischen Rates von Lissabon vom 23./24.03.00,
- die Göteborg-Agenda (Europäischer Rat von Göteborg, Schlussfolgerungen des Vorsitzes 15./16.06.01, Bulletin vom 18.06.01),
- der Kok-Bericht ("Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung", 11/2004),
- die Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung [KOM(2005)141],
- die Mitteilung der strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013 durch die Kommission vom 05.07.05 [KOM(2005)299] sowie
- die Erarbeitung eines Lissabon-Programms der Gemeinschaft durch die Kommission, Mitteilung an Rat und Europäisches Parlament vom 20.07.05 [KOM(2005)330].

Bei der Ausarbeitung des Nationalen Allokationsplans und der Operationellen Programme sind insbesondere zu berücksichtigen

- Mitteilung der Kommission "Die Strukturfonds und ihre Koordinierung mit den Kohäsionsfonds" überarbeitete indikative Leitlinien vom 25.08.03, [KOM(2003)499]
- Mitteilung der Kommission an den Rat und das EP, Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union vom 10.02.04, [KOM(2004)101]
- 3. Kohäsionsbericht, Februar 2004, KOM
- Verordnungsentwürfe zu den Strukturfonds vom 14.07.04 [KOM (2004)492; KOM(2004)493; KOM(2004)494; KOM(2004)495]
- Die Kohäsionspolitik und ihre Finanzinstrumente, Dezember 2004
- Konsultationspapier der KOM zur Reform des Beihilferechts vom 05.07.05

3.2 Finanzielle Vorausschau

Die Europäische Kommission hat am 19.02.04 mit der Veröffentlichung des Dritten Kohäsionsberichtes ihre Vorstellungen zur Finanzierung der Europäischen Union (EU-Haushalt) veröffentlicht. Zu diesem Zeitpunkt sollte eine Obergrenze von 1,24 % des EU-BNE für die Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt werden. Dieser Vorschlag der KOM ist zwar formell noch gültig, hatte jedoch bei den Verhandlungen zum Finanzrahmen unter luxemburgischer Präsidentschaft keinen Bestand.

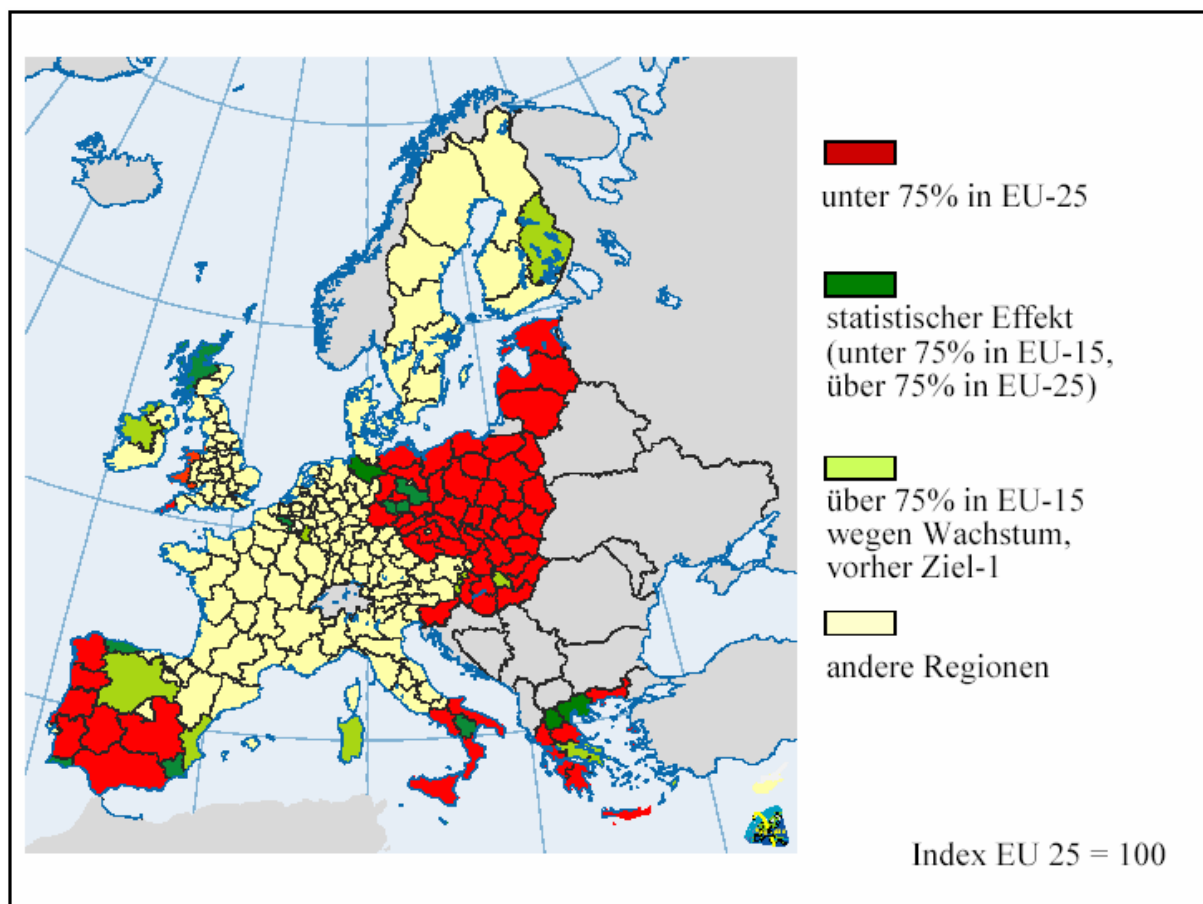
Im Juli 2004 hat die KOM die Verordnungsvorschläge zur Fortführung der Kohäsionspolitik vorgelegt. Dafür sollen Mittel in Höhe von 336,1 Mrd. EUR bereitgestellt werden. Das entspricht etwa einem Drittel des gesamten Haushalts der EU. Nach diesem Vorschlag sollen für das Ziel Konvergenz 264 Mrd. EUR zur Verfügung stehen. Davon werden rund 67 % für die

Umsetzung der Strukturfonds in den Ziel-1-Gebieten ausgewiesen. Etwa 8 % stehen für die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen zur Verfügung, rund 25 % für die Kohäsionsfondsländer und knapp 0,5 % für Gebiete in äußerster Randlage. Das Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" soll mit rund 13 Mrd. EUR ausgestattet werden.

Für Sachsen wird unter Zugrundelegung der Kommissionsvorschläge und des Verhandlungsstandes zum EU-Haushalt mit etwa 3,5 Mrd. EUR gerechnet, die für den Zeitraum der nächsten Strukturfondsperiode bereitstehen.

Eine endgültige Einigung über die vorgeschlagene finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007-2013 konnte bisher nicht erzielt werden. Es ist auch nicht absehbar, ob unter britischer Präsidentschaft eine Einigung erzielt werden kann.

3.3 Zielgebiete



Sollte es erst im Jahr 2006 zu einer Verabschiedung des EU-Haushaltes kommen, könnte sich die Gebietskulisse bei Vorliegen neuerer statistischer Daten noch einmal verändern. Das ist in Sachsen insbesondere für den Regierungsbezirk Dresden von großer Bedeutung, weil seine derzeitige Zugehörigkeit als originäres Ziel-1-Gebiet nur durch ein minimales Unterschreiten der 75 %-Schwelle gegeben ist (74,95 %).

3.4 Beihilferecht für Regionalbeihilfen

Um einen Subventionswettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten zu verhindern, unterliegen die Regionalbeihilfen (im Sinne von Investitionsförderung für Unternehmen) der Mitgliedstaaten der europäischen Beihilfenkontrolle. Dies soll nachfolgend betrachtet werden.

Das Beihilferegime der KOM erstreckt sich darüber hinaus jedoch auch auf andere Gebiete der Unternehmensbeihilfen wie z. B. Forschung/Entwicklung, Marktzugang und Ausbildung.

3.4.1 Europäisches Beihilferecht

Grundvorschriften des europäischen Beihilferechts sind die Artikel 87 und 88 EG-Vertrag. Artikel 87 Absatz 3 (a) regelt "Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht" (Ziel-1-Gebiete); Artikel 87 Absatz 3 (c) regelt "Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete" (Ziel-2-Gebiete).

Das europäische Beihilferecht unterscheidet zwischen Erstinvestitionen und Betriebsbeihilfen. Erstinvestitionen sind demnach Anlageinvestitionen, die zur Errichtung oder Erweiterung eines Betriebes angeschafft werden. Betriebsbeihilfen sind dagegen Subventionen, die auf die Reduzierung der laufenden Ausgaben eines Unternehmens abzielen. Dazu zählen beispielsweise auch Beihilfen für reine Ersatzinvestitionen, da diese im Regelfall über Abschreibungen erwirtschaftet werden sollen.

Das europäische Beihilferecht regelt regional gestaffelt Beihilfeintensitäten. Die Europäische Kommission wird im Zusammenhang mit der Überarbeitung des europäischen Beihilferechts auch die Höhe der Regionalbeihilfen neu festlegen. Der aktuelle Vorschlag vom 20.07.05 sieht eine mehrgliedrige regionale Staffelung nach Wirtschaftskraft und eine dreiteilige Staffelung nach Unternehmensgröße vor.

Alle Angaben in Prozent.

		Unternehmen		
		groß	mittel	klein
BIP		> 250 AN	50 - 250 AN	< 50 AN
Fördergebiet gemäß Art. 87/3a	=<45	50	60	70
	=<60	40	50	60
	=<75	30	40	50
Fördergebiet gemäß Art. 87/3c	stat. Effekt	30-20	40-30	50-40
	normal	15/10	25/20	35/30

Ausgehend von den neuen Impulsen zur Lissabon-Strategie ersuchte der Europäische Rat im März 2005 die Mitgliedstaaten - neben der Fortführung einer aktiven Wettbewerbspolitik - das allgemeine Niveau der staatlichen Beihilfen weiter zu senken. Basierend auf den Forderungen des Europäischen Rates verabschiedete die Europäische Kommission im Juni 2005 einen Aktionsplan für die Jahre 2005 bis 2009, in dem die Leitlinien für eine umfassende Reform des Beihilferechts und der Beihilfverfahren erläutert werden. Dabei ist es Ziel der Kommission, im Einklang mit den Zielen von Lissabon, die Mittel so umzulenken, dass bestimmte horizontale Ziele wie beispielsweise FuE, Innovation, Humankapital sowie sozialer und regionaler Zusammenhalt gesichert und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen verbessert werden. Um der neu ausgerichteten Strategie von Lissabon für Wachstum und Arbeitsplätze noch besser entsprechen zu können, wird die Kommission einen starken wirtschaftsorientierten Ansatz bei der Beihilfekontrolle verfolgen.

3.4.2 Umsetzung des Beihilferechtes in Deutschland

In Deutschland erfolgt die Umsetzung des europäischen Beihilferechtes in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Dabei erfolgt eine detailliertere Staffelung der zulässigen Beihilfeintensitäten auf nationaler Ebene als dies nach europäischem Beihilferecht erforderlich ist.

Förderhöchstsatz in strukturschwächeren Regionen in Ostdeutschland (A-Fördergebiete):

- 50 % für kleine und mittlere Unternehmen,
- 35 % für sonstige Betriebsstätten.

Förderhöchstsatz in strukturstärkeren Regionen Ostdeutschlands sowie Berlin (B-Fördergebiete):

- 43 % für kleine und mittlere Unternehmen,
- 28 % für sonstige Betriebsstätten.

Im Freistaat Sachsen wird weiter differenziert. In den Städten Dresden und Leipzig wird der Fördersatz für B-Fördergebiete noch einmal um 8 % auf 35 % für kleine und mittlere Unternehmen bzw. 20 % für sonstige Betriebsstätten reduziert.

In Ostdeutschland wirken der Investitionszuschuss nach Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ("GA-Förderung") und die Investitionszulage nach Investitionszulagengesetz komplementär. Die Investitionszulage wird dabei vollständig auf den Investitionszuschuss angerechnet.

Wie der Vorschlag der Europäischen Kommission vom 20.07.05 zur Neuregelung der Regionalbeihilfen in Deutschland umgesetzt werden wird, ist derzeit noch nicht bekannt.

3.5 Multisektoraler Beihilferahmen

Die EU-Kommission hat im Februar 2002 eine Reform der Beihilferegeln für Großinvestitionen beschlossen. Der überarbeitete "Multisektorale Regionalbeihilferahmen für große Investitionsvorhaben" ist am 01.01.04 in Kraft getreten. Nach dem neuen Rahmen wird die tatsächliche Beihilfeintensität nach den folgenden Kriterien automatisch reduziert:

Größe des Vorhabens	Beihilfeobergrenze
bis zu 50 Mio. EUR	Keine Kürzung. 100 % der festgesetzten Beihilfeintensität können gewährt werden.
zwischen 50 und 100 Mio. EUR	50 % der festgesetzten Beihilfeintensität können gewährt werden.
über 100 Mio. EUR	34 % der festgesetzten Beihilfeintensität können gewährt werden.

Anmerkung: Die Tranche bis 50 Mio. EUR kann immer voll und die Tranche zwischen 50 und 100 Mio. EUR kann immer mit 50 % des zulässigen Höchstsatzes gefördert werden, auch wenn das Gesamtinvestitionsvolumen höher ist als diese jeweiligen Tranchen.

4. Bedeutung der Strukturfonds für Sachsen

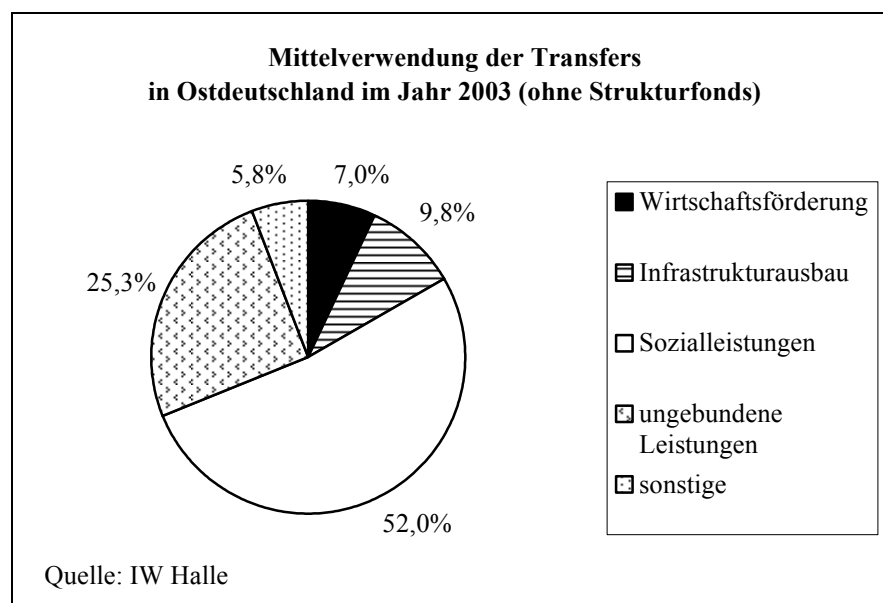
4.1 Transferleistungen, Solidarpakt II und Strukturfonds

Sachsen ist eine Region, deren hohes Wohlstandsniveau deutlich von Mittelzuweisungen Dritter abhängig ist. Nach neueren Berechnungen des IW Halle¹ fließen dabei etwa 20 Mrd. EUR pro Jahr nach Sachsen. Ein Vergleich mit dem sächsischen Landeshaushalt, der etwa 16 Mrd. EUR pro Jahr beträgt, zeigt die gewaltige Dimension der Transfers. Bei Fortschreibung der Zahlen des IW Halle werden in Sachsen über 200.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt über Transferleistungen finanziert, ohne dass eine originäre Wirtschaftskraft der Region dahinter steht.

Die Mittelherkunft der Transfers in Ostdeutschland sind Bundesmittel (etwa 30 Mrd. EUR), Leistungen der Sozialkassen, die über den regional erzielten Einnahmen liegen (etwa 25 Mrd. EUR), Mittel aus westdeutschen Ländern über den Länderfinanzausgleich (etwa 15 Mrd. EUR) und Mittel aus den Strukturfonds (etwa 3 Mrd. EUR). Für Sachsen lässt sich errechnen, dass etwas mehr als ein Viertel der gesamt West-Ost-Transfers dieser Region zu Gute kommt.

Auch wenn die genannten Berechnungen mit Unschärfen vorgenommen wurden und je nach Berechnung mit hoher Wahrscheinlichkeit auch andere Zahlen generiert werden, werden sich Volumen und Struktur der Mittelherkunft und der Mittelverwendung kaum wesentlich ändern.

Die Mittelverwendung der Transfers findet seit Beginn an überwiegend konsumtiv statt. Nur etwa 10 Mrd. EUR stehen in Form von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen direkt der Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks zur Verfügung. Aber auch Sekundäreffekte für eine langfristig positive Entwicklung der Wirtschaft durch Bildung, Innovation und Forschung werden nicht generiert, da auch dort kaum Transfermittel zum Einsatz kommen.

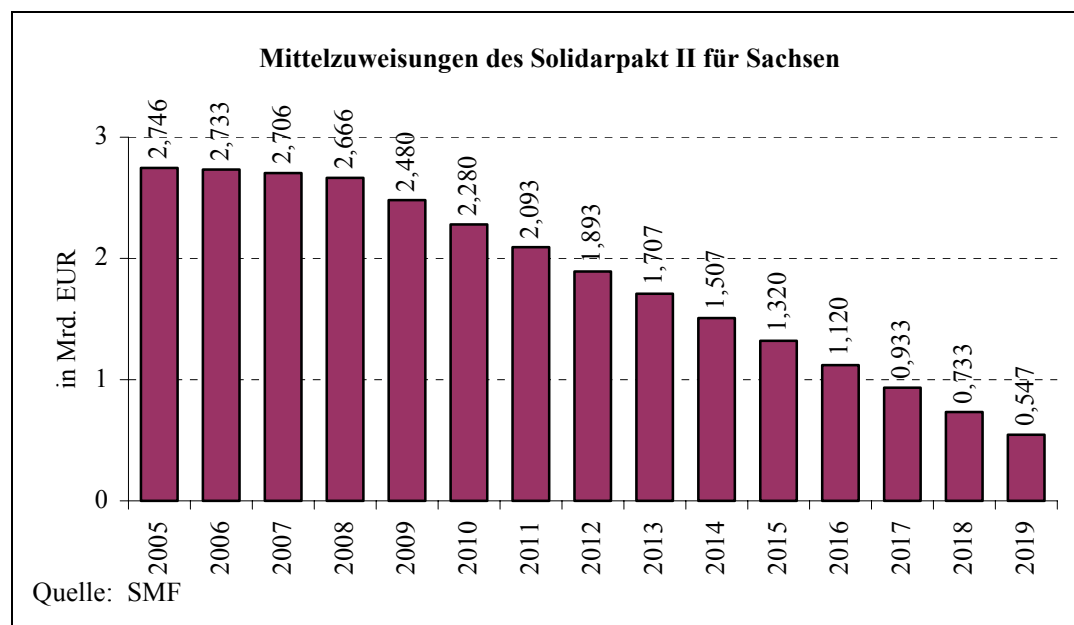


¹ Harald Lehrmann u.a. "Originäre Wirtschaftskraft der neuen Länder noch schwächer als bislang angenommen", *Wirtschaft im Wandel*, 5/2005; Alle Angaben für das Jahr 2003.

Im Juni 2001 wurde mit dem Solidarpaket II eine Anschlusslösung des Solidarpaketes über das Jahr 2004 hinaus beschlossen. Insgesamt erhalten die ostdeutschen Länder von 2005 bis 2019 Zuweisungen in Höhe von 156 Mrd. EUR:

- Korb I mit 105 Mrd. EUR sind Zuweisungen für teilungsbedingte Rückstände in der Infrastruktur und unterproportionale kommunale Finanzkraft;
- Korb II mit 51 Mrd. EUR ist für Gemeinschaftsaufgaben, EU-Strukturfondsmittel, Investitionszulage u. ä.².

Während die Mittel bis 2008 relativ konstant bleiben, werden sie in den Jahren danach bis zum Auslaufen 2019 kontinuierlich sinken.



Die degressive Ausgestaltung des Solidarpaket II ist vertraglich festgeschrieben. Es lässt sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit voraussagen, dass ein Umbau der Sozialkassen in Deutschland in letzter Konsequenz an der Ausgabenseite und weniger an der Einnahmenseite erfolgen wird. Geringere Ausgaben würden bei einer Fortschreibung der Beitragsbemessung für die Einnahmen zu einem Rückgang der Transferleistungen für Sachsen führen, der nicht direkt die öffentlichen Haushalte trifft, sondern die Privathaushalte. Trotzdem würden auf Grund der hohen Transfer-Abhängigkeit von mehr als 10 % aller Arbeitsplätze in Sachsen mittelbare Auswirkungen auch in den öffentlichen Haushalten von Land und Kommunen zu spüren sein.

Welche großen Herausforderungen der Freistaat Sachsen in den kommenden Jahren zu bewerkstelligen hat, zeigen die Einschätzung der Sächsischen Staatsregierung, dass bereits in der mittelfristigen Finanzplanung ein vollumfänglich investiver Mitteleinsatz der Solidarpaketmittel in Frage steht³ und die Berechnungen von Prof. Helmut Seitz, Technische Universität Dresden, Lehrstuhl für empirische Finanzwissenschaft und Finanzpolitik, nach denen der sächsische Landeshaushalt bis 2019 von heute etwa 16 Mrd. EUR auf dann weniger als 12 Mrd. EUR reduziert werden muss⁴.

² Bundesrats-DS 485/01

³ Sächsisches Staatsministerium der Finanzen "Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2004-2008", Landtags-DS 4/0769

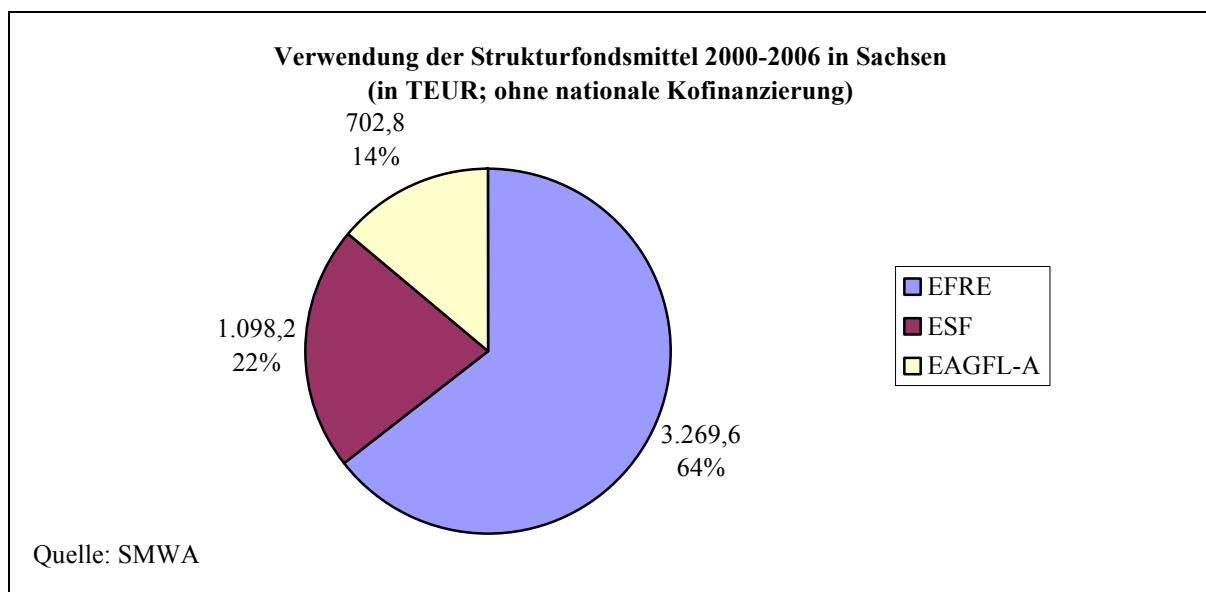
⁴ Helmut Seitz "Demografie und Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben auf der Länder- und Gemeindeebene in Ostdeutschland am Beispiel des Freistaates Sachsen", März 2004

Die Strukturfonds wirken an dieser Stelle stabilisierend, auch wenn hier ebenfalls ab 2007 mit einem Rückgang der Zuweisungen kalkuliert werden muss und der Horizont der Zuweisungen "nur" bis 2013 mit anschließender Abfinanzierung reicht. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass Strukturfondsmittel relativ flexibel einsetzbar sind. Dies zeigt die hohe Bedeutung der Strukturfonds für die kommenden Jahre und unterstreicht die Verantwortung der regionalen Akteure bei der Aufstellung der Operationellen Programme für Sachsen.

4.2 Verwendung der Strukturfondsmittel in der aktuellen Strukturfondsperiode

Der Freistaat Sachsen erhält als originäres Ziel-1-Gebiet in der laufenden Strukturfondsperiode direkt insgesamt 5,07 Mrd. EUR von der Europäischen Union. Diese werden für verschiedene Interventionen im Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), im Europäischen Sozialfonds (ESF) und im Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für Fischerei und Landwirtschaft (EAGFL) genutzt (siehe Anlage).

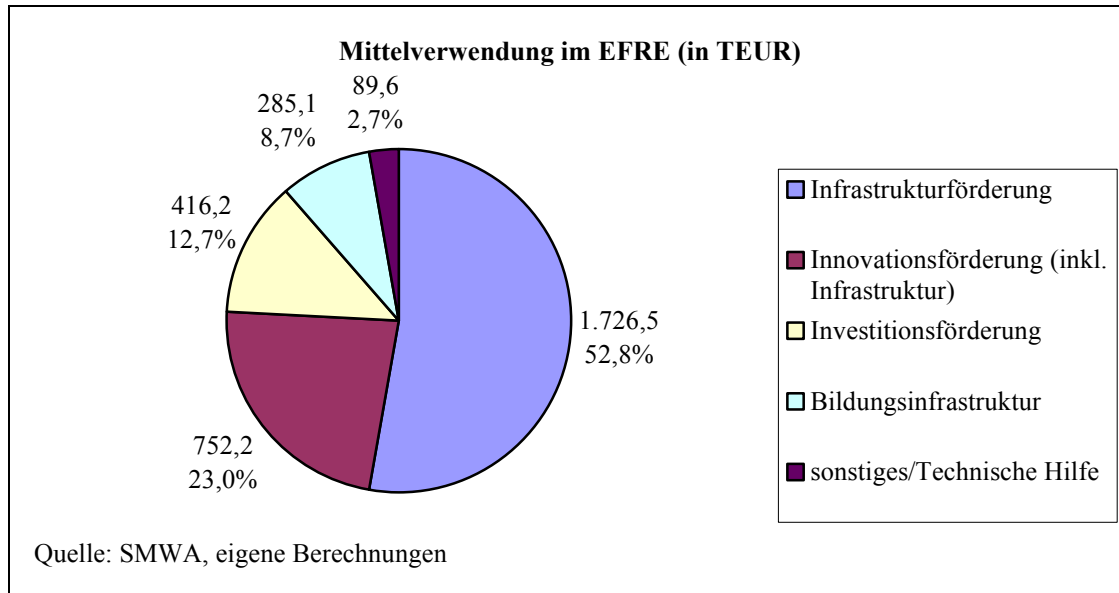
Die Strukturfondsmittel werden in Sachsen überwiegend im EFRE eingesetzt. Die leistungsgebundene Reserve, die nach erfolgreicher Halbzeitevaluierung der Strukturfondsintervention zufließt, wurde ausschließlich zur Verstärkung der Schwerpunkte des EFRE eingesetzt, wobei mit "Innovative Finanzierungsformen für KMU" und "Kooperationsprojekte im Rahmen der Verbundinitiativen" auch neue Fördermaßnahmen aufgenommen wurden.



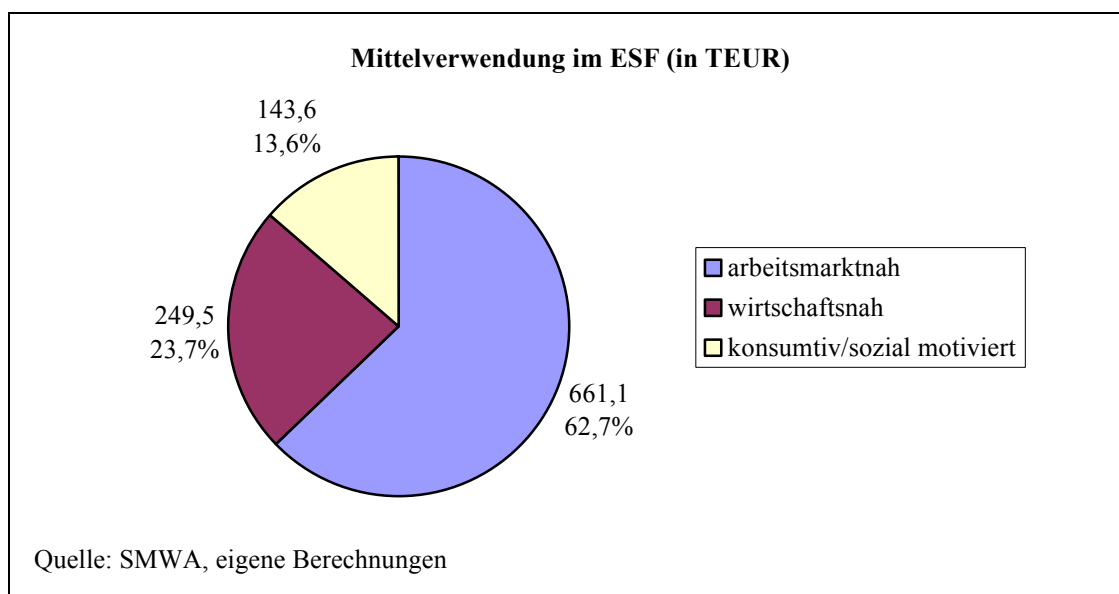
Innerhalb der drei Strukturfonds gibt es wiederum Schwerpunkte, die im Rahmen der indikativen Finanzplanung mit einem Mittelvolumen ausgestattet werden. Im EFRE gibt es drei Schwerpunkte, die mit Einzelmaßnahmen unternommen sind. Im ESF sind es zehn Schwerpunkte und im EAGFL sechs Schwerpunkte.

Im EFRE werden 1,44 Mrd. EUR für Infrastrukturmaßnahmen, 0,99 Mrd. EUR für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, 0,81 Mrd. EUR für Schutz und Verbesserung der Umwelt sowie 0,03 Mrd. EUR für Technische Hilfe eingesetzt. Innerhalb der Strukturfondsperiode gab es dabei auf Beschluss der Sächsischen Staatsregierung signifikante Mittelverschiebungen zu Lasten des Schwerpunktes "Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft", im Speziellen bei der Förderung produktiver Investitionen. Bei der Halbzeitevaluierung gab es aus diesem Grund deutliche Kritik von den Gutachtern:

"Direkt mit der Schaffung von Arbeitsplätzen sind aber nur ca. 15,5 % der öffentlichen Mittel verbunden. Die anderen Mittel fließen in Verbesserungen der Standortqualität oder eher ökologisch ausgerichtete Maßnahmen." Werden bei der Berechnung des Anteils, der für die Investitionsförderung aufgewendet wird, alle Strukturfondsmittel zu Grunde gelegt, dann werden in Sachsen nur etwa 10 % für die direkte Investitionsförderung genutzt. Damit ergibt sich bei diesem speziellen Schwerpunkt ein ähnliches Missverhältnis wie bei den gesamten Transferleistungen.



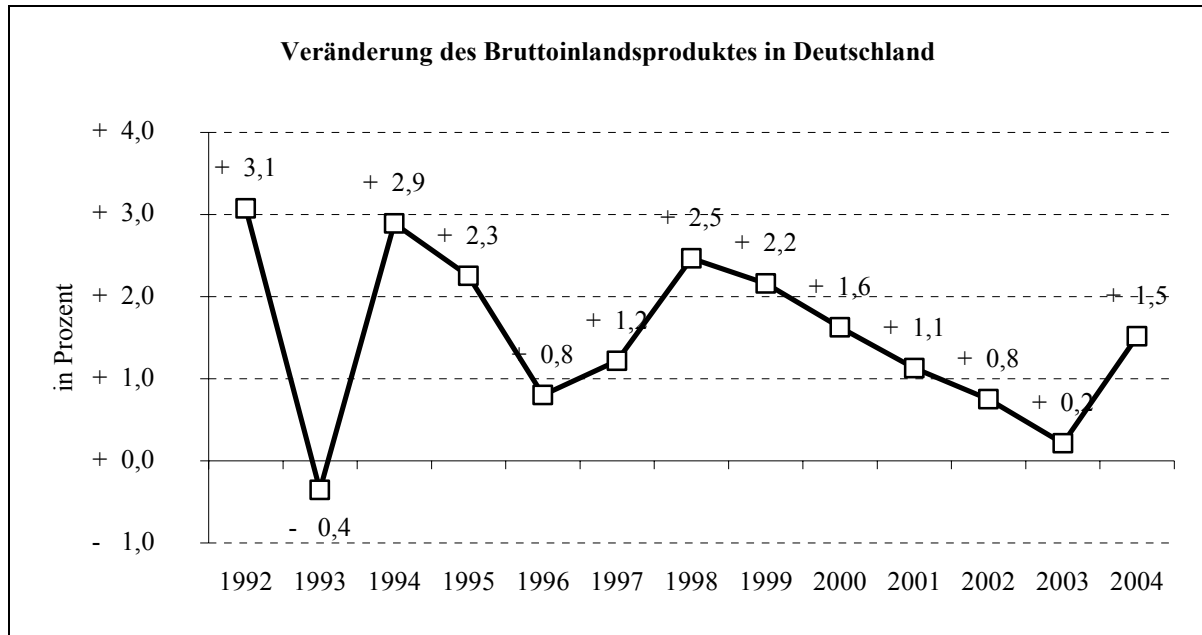
Die Verwendung der Mittel im ESF konzentriert sich auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Das scheint angesichts der desolaten Lage in einigen Regionen des Freistaates angemessen. Wenn allerdings berücksichtigt wird, dass die wirtschaftsnahe Umsetzung oft anbieterorientiert erfolgt(e) und dabei häufig an den Bedürfnissen der Unternehmen vorbeiging, muss festgestellt werden, dass der ESF unter seinen Möglichkeiten blieb, um zu einer Unterstützung des Humankapitals bei dem sich vollziehenden Strukturwandel in Sachsen beizutragen.



5. Wesentliche Eckpunkte der sozioökonomischen Situation in Deutschland

5.1 Wirtschaftliche Entwicklung

In Deutschland ist seit dem Abklingen der Sondereffekte aus der Wiedervereinigung eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung zu konstatieren. Seit dem Ende des Börsenbooms im Jahr 2000 gibt es sogar nur noch eine Stagnation. Selbst der leichte Anstieg im Jahr 2004 ist zu relativieren, weil in jenem Jahr die meisten Feiertage auf ein Wochenende fielen und daher mehr Arbeitstage als gewöhnlich zur Verfügung standen.



Die schleppende Konjunktur hat zwei wesentliche Ursachen: einerseits die extremen strukturellen Defizite und Verkrustungen am Arbeitsmarkt und bei den Sozialversicherungen⁵ und andererseits die enormen finanziellen Lasten der deutschen Wiedervereinigung⁶. Etwa 4 % des BIP werden jährlich von West- nach Ostdeutschland transferiert, wobei den größten Anteil die Sozialversicherungen zu leisten haben.

5.2 Arbeitsmarkt

In Deutschland gab es im Juni 2005 insgesamt 6,7 Mio. Arbeitssuchende, bei 4,77 Mio. offiziell registrierten Arbeitslosen⁷ (West: 3,17 Mio.; Ost: 1,6 Mio.; Sachsen: 0,4 Mio.).

Während die Zahl der Erwerbstätigen in jüngster Vergangenheit steigt, ist trotzdem bis zum aktuellen Rand ein kontinuierlicher Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu registrieren (1992: 29,3 Mio.; 1998: 27,2 Mio.; 2004: 26,5 Mio.)⁸. Der Anstieg der Erwerbstätigen ist weit überwiegend auf die Zunahme der Selbständigen und das Wachstum bei nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und sogenannten 1-EUR-Jobs zurückzuführen. Dabei handelt es sich ausnahmslos um arbeitsmarktpolitisch motivierte Instrumente oder quersubventionierte Beschäftigung. Der reguläre Arbeitsmarkt hat in Deutschland hingegen offensichtlich mit akuten Verwerfungen zu kämpfen, die unmittelbar auf die Sozialkassen

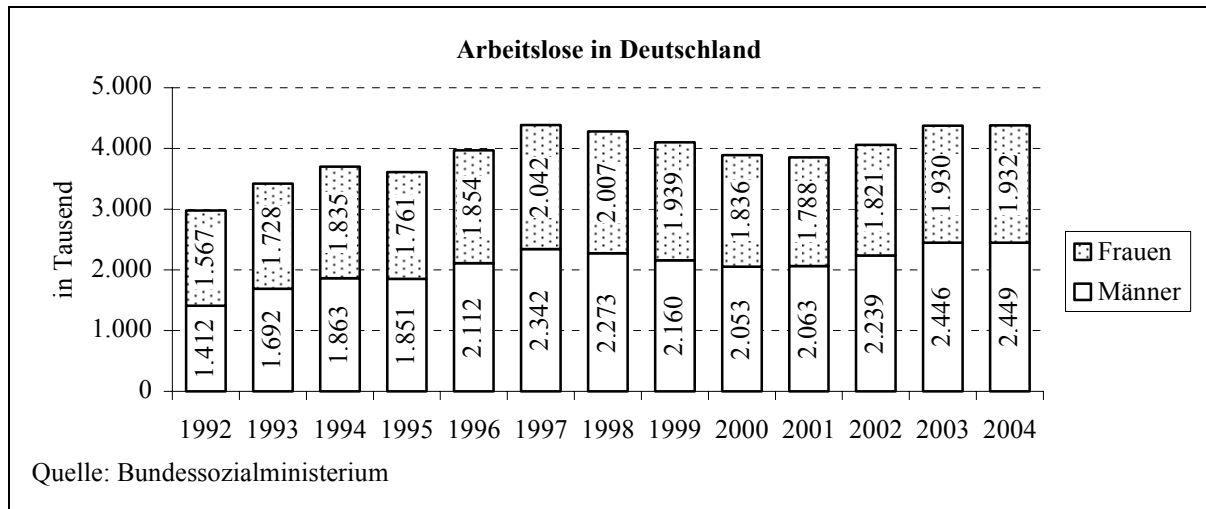
⁵ siehe International Competitiveness Report, 2004

⁶ siehe Europäische Kommission, 2003

⁷ nachrichtlich: 3,86 Mio. Arbeitslose nach Abgrenzung der ILO

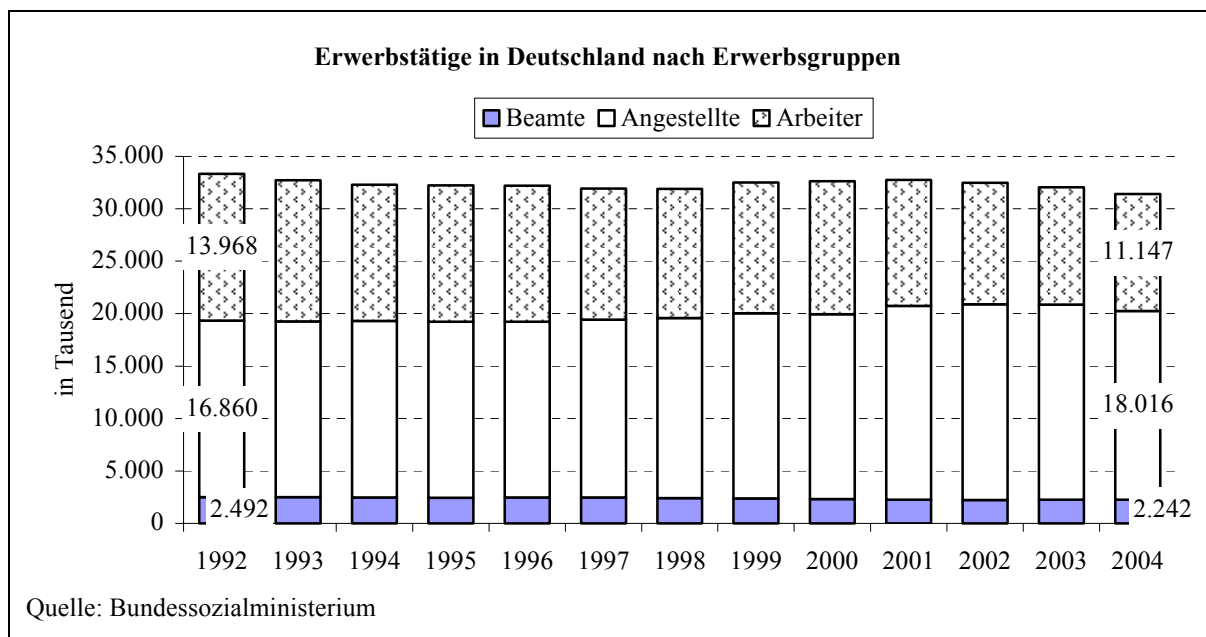
⁸ Alle Angaben: Bundesagentur für Arbeit

abstrahlen, weil Beitragszahler wegbleiben, ohne dass die Ausgabenseite in gleicher Weise reagieren würde.



Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist von 8,5 % im Jahr 1992 auf 11,7 % im Jahr 2004 gestiegen. Von der Zunahme der Arbeitslosigkeit sind überproportional Männer betroffen. Ursächlich dafür sind die Krise in der Bauwirtschaft und der kontinuierliche Abbau von Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe. Aber auch bei den Frauen ist bei steigender Erwerbsneigung ein Anstieg der absoluten Arbeitslosenzahlen zu registrieren.

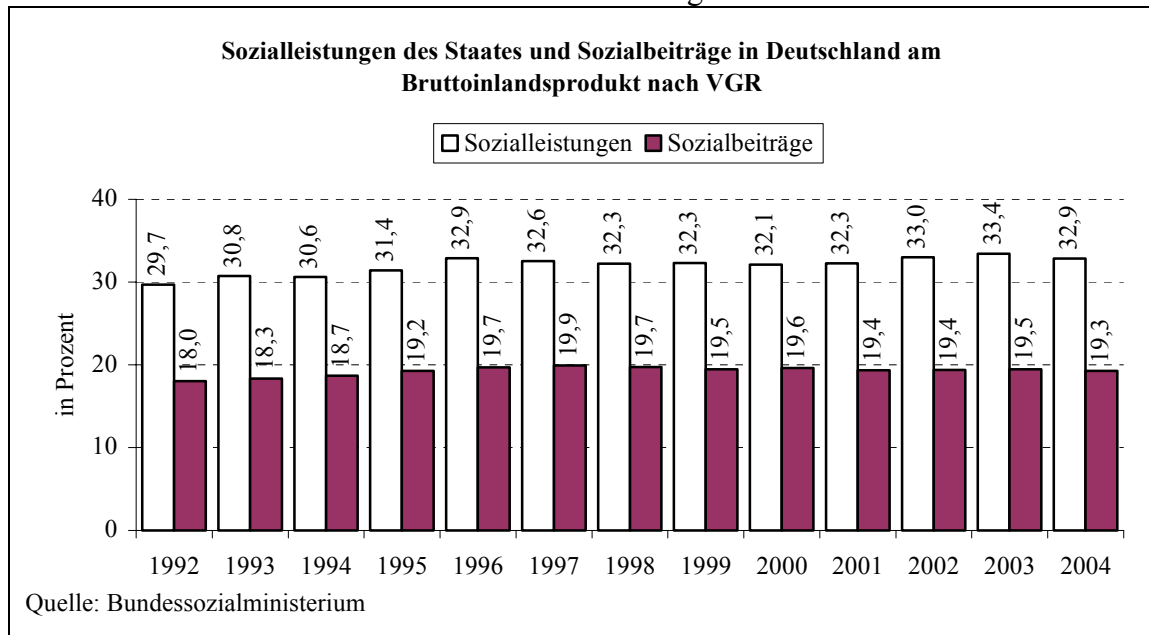
Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind quantitativ ein Abbild der Konjunktur und qualitativ ein Hinweis der evolutionären Veränderungen bei den Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Offensichtlich wird dies, weil in Deutschland die Anzahl der Arbeiter in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen ist. Dagegen kam es zu einem Anstieg bei der Zahl der Angestellten. Hier wirken die Verlagerung von arbeitsintensiver, manueller Produktion ins Ausland (Osteuropa, Südostasien) sowie die Tertiärisierung der Wirtschaft gleichzeitig.



5.3 Herausforderungen in den kommenden Jahren

Damit die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland vorankommt und nachhaltig Potenzial besitzt, müssen verschiedene Herausforderungen gemeistert werden.

- Um dem Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entgegenzuwirken, muss der Faktor Arbeit von Kosten entlastet werden. Die hohen Sozialleistungen des Staates und hohe Sozialversicherungsbeiträge gehen einseitig zu Lasten der Sozialversicherungspflichtigen. Hier erfolgt eine massive Quersubventionierung zu Gunsten anderer nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die relative Stagnation der Sozialbeiträge verbunden ist mit einer immer noch steigenden absoluten Belastung, weil die Beitragsbemessungsgrenze steigt und die Bemessungsgrundlage (Sozialversicherungspflichtige) sinkt. Deutschland hat im Vergleich zum EU-15-Durchschnitt fast 20 % höhere Sozialausgaben⁹ im Verhältnis zum BIP.



- Die demografischen Veränderungen erhöhen den Druck auf die Sozialkassen und den Arbeitsmarkt. Ein Mix aus früherem Berufseintritt, steigender Erwerbsbeteiligung, späterem Renteneintritt und höherer Jahresarbeitszeit können allerdings den demografischen Aspekt mittelfristig weitgehend kompensieren. Allerdings muss es dazu umfangreiche gesellschaftliche und mentale Veränderungen geben, die dazu führen, dass die genannten Optionen antizipiert, akzeptiert und umgesetzt werden.
- Das Bildungsniveau muss erheblich verbessert werden. In Deutschland ist seit einiger Zeit eine Stagnation beim Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen zu erkennen. In vielen anderen Ländern steigt dagegen das durchschnittliche Bildungsniveau; Deutschland fällt im internationalen Maßstab zurück. Bildungsniveau und Wertschöpfung zeigen eine deutlich positive Korrelation.

	Bildungsniveau nach Altersgruppen in Deutschland im Jahr 2001 (EU-15 = 100 %) ¹⁰			
	25-34	35-44	45-54	55-64
Abitur/Berufsausbildung	119 %	132 %	145 %	162 %
Studium/Meister/Techniker	84 %	113 %	124 %	136 %

⁹ Eurostat, 2004

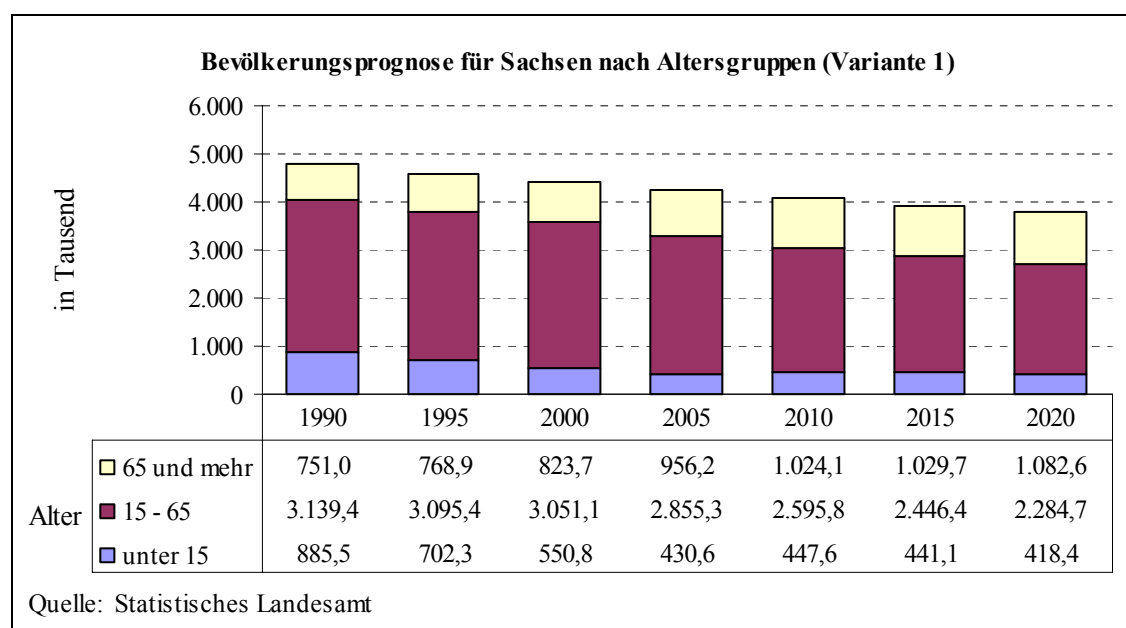
¹⁰ Institut der Deutschen Wirtschaft, 2004

6. Sozioökonomische Situation in Sachsen

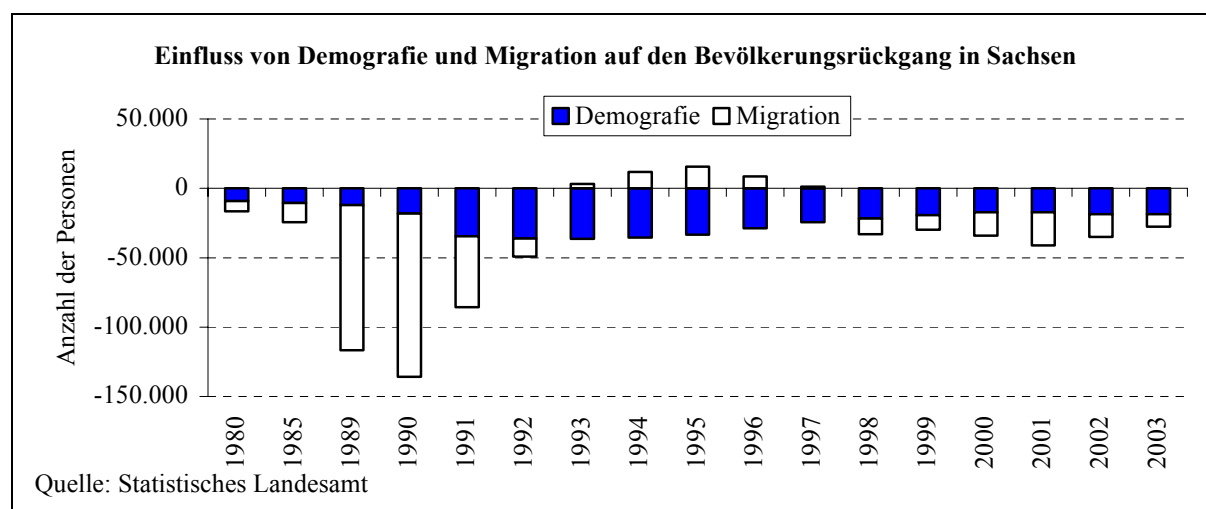
Die sozioökonomische Situation in einer Region wird wesentlich geprägt durch den Zugang zum Arbeitsmarkt und von Niveau und Struktur des Wohlstandes. Beide Faktoren hängen unmittelbar mit der Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zusammen.

6.1 Bevölkerungsentwicklung und Demografie

Sachsen hat 4.288.796 Einwohner (Stand: 31.03.05). Es ist seit Jahrzehnten - auch bereits zu DDR-Zeiten - ein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der durch demografische Entwicklung (Saldo von Geborenen und Gestorbenen) und durch Migration (Saldo von Zuzügen und Fortzügen) bestimmt wird. Die aktuelle 3. Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes geht von einer weiteren stetigen Abnahme der Bevölkerung bis zum Jahr 2020 aus (Eckdaten siehe Anlage).



Der Rückgang der Bevölkerung geht zu einem größeren Teil auf demografische und nur zum kleineren auf Wanderungsverluste zurück. Ebenso ist erkennbar, dass die demografischen Veränderungen stetig, die migrationsbedingten Veränderungen volatil sind.



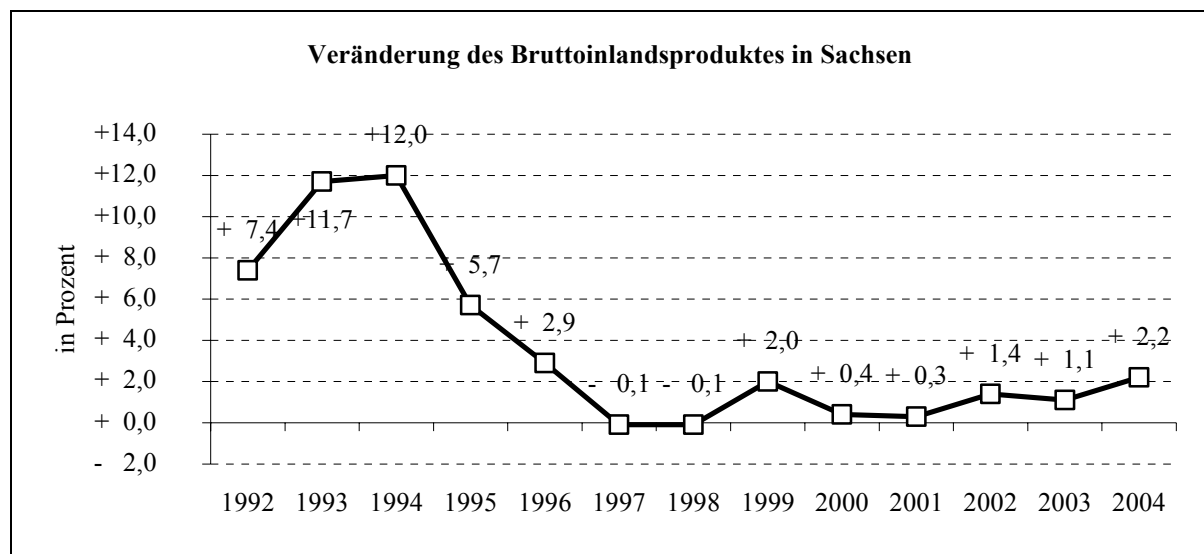
Vorhersagen für die weitere Entwicklung der Bevölkerung sind daher aus demografischer Sicht weitaus sicherer als aus der Bewertung von Wanderungsbewegungen. Das wird auch dadurch deutlich, dass es intensive Binnenwanderungen innerhalb Sachsens gibt und dass der Saldo der Wanderungsbewegungen aus etwa 60.000 bis 80.000 Zu- und Fortzügen pro Jahr resultiert. Migrationsbewegungen korrelieren sehr stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Wohlstandsniveau einer Region. Das gilt nicht nur für Sachsen, vielmehr gilt dies weltweit.

Sachsen konnte nach dem Nachlassen der "aufgestauten" Migration aus Vorwendezeiten und auf Grund des hohen Wirtschaftswachstums Mitte der 1990er Jahre Migrationsgewinne ausweisen. Dies war damals kaum im öffentlichen Bewusstsein, weil der Bevölkerungsrückgang durch demografische Verluste weiter voranschritt.

Wesentliche Herausforderungen für Sachsen ergeben sich in den kommenden Jahren aus der deutlichen Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials, des Anstiegs des Durchschnittsalters der Bevölkerung und der dadurch steigenden Soziallast.

6.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Von 1989 bis 1991 schrumpfte das sächsische Bruttoinlandsprodukt um mehr als 40 %. Nach stürmischem Wachstum von 1992 bis 1994 gingen die Wachstumsraten in den Folgejahren deutlich zurück und seit 1997 ist eine weitgehende Stagnation zu verzeichnen.



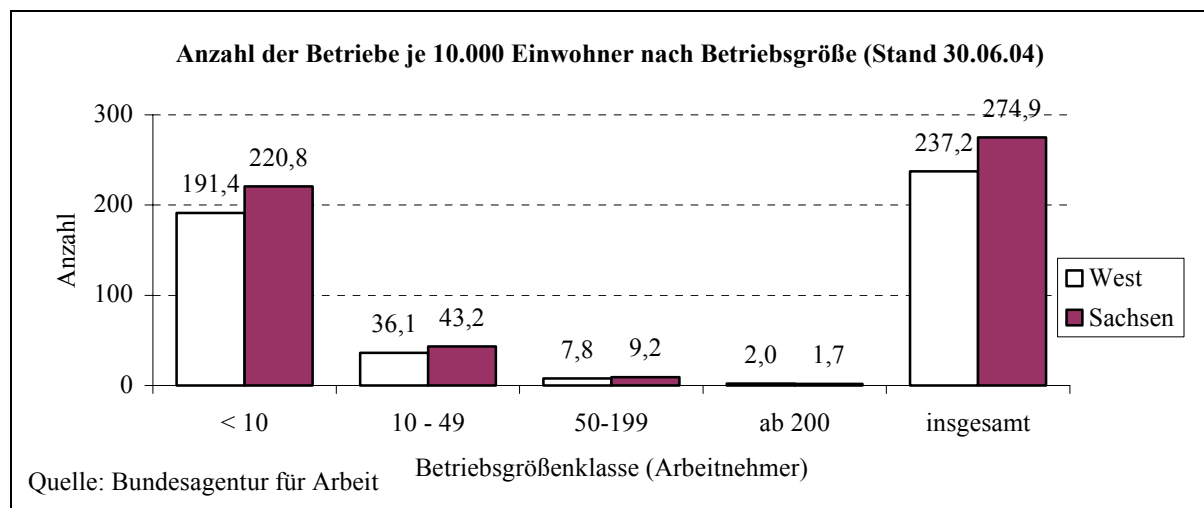
Die schleppende wirtschaftliche Entwicklung hat Auswirkung auf viele gesellschaftliche Bereiche. Neben den unmittelbaren Wirkungen wie einer hohen Insolvenzquote bei Unternehmen, einer gedämpften Investitionsbereitschaft, einer verfestigten Arbeitslosigkeit mit steigender Zahl von Langzeitarbeitslosen und einer unbefriedigenden Ausbildungsplatzsituation sind auch mittelbare Wirkungen spürbar. Als besonders problematisch werden dabei die geringe Geburtenrate mit einhergehender Vergreisung der Bevölkerung, die Migration insbesondere junger Menschen bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit sowie die allmähliche Entvölkerung von Regionen, die sich wirtschaftlich unterdurchschnittlich entwickeln und verkehrstechnisch schlecht angebunden sind.

Daraus resultierend hat sich in Sachsen ebenso wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern eine pessimistische Grundstimmung entwickelt. Diverse Veröffentlichungen von Forschungsinstituten, die bei einer Fortschreibung aktueller Entwicklungen zu teilweise erschreckenden Prognosen für Ostdeutschland/Sachsen kommen, stützen und verstärken die Melancholie. Angesichts von Szenarien, die bis in das Jahr 2050 reichen, stellt sich zum Einen die Frage nach der Eintrittswahrscheinlichkeit solcher Untersuchungen, da Lerneffekte einer Gesellschaft und die Interaktion der Akteure auf Ereignisse nur hypothetisch berücksichtigt werden können und retrospektiv selten so eintreten wie angenommen. Lerneffekte und Interaktion spielen aber eine entscheidende Rolle bei der zukünftigen tatsächlichen Entwicklung. Wenn Wirtschaft zu 50 % Psychologie ist, dann ist eine Voraussetzung für die Verbesserung der aktuellen Situation, dass positive Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und die Bestimmungsgründe dafür genannt werden.

6.3 Betriebe und Beschäftigte

Als einen Grund für die hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen wird der Mangel an Unternehmen und Selbständigen genannt. Vom Grundsatz ist es richtig, dass eine steigende Zahl von Unternehmen zu einer höheren Beschäftigung führen kann. Ebenso hilft eine hohe Selbständigenquote unternehmerisches Handeln in der Gesellschaft stärker zu berücksichtigen und zu akzeptieren. Von daher sind Arbeitnehmer, die eine Existenzgründung anstreben, zu unterstützen. Durch Existenzgründungen kommt es zu einer regelmäßigen Erneuerung des Unternehmensbestandes. Das belebt den Wettbewerb und stärkt die Innovationsbereitschaft der etablierten Unternehmen zum Vorteil der Gesellschaft.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit darf die Existenzgründung jedoch kein Selbstzweck sein. Staatliche Eingriffe in diesem Bereich, die über die administrative Erleichterung hinausgehen, sollten kritisch geprüft werden. Dies gilt für Sachsen im Speziellen. Die Statistik weist aktuell in Sachsen einen signifikant höheren Bestand an Betrieben¹¹ je 10.000 Einwohner auf als in den westdeutschen Bundesländern. Fast in allen Wirtschaftsbereichen ist eine höhere Unternehmensdichte zu registrieren.



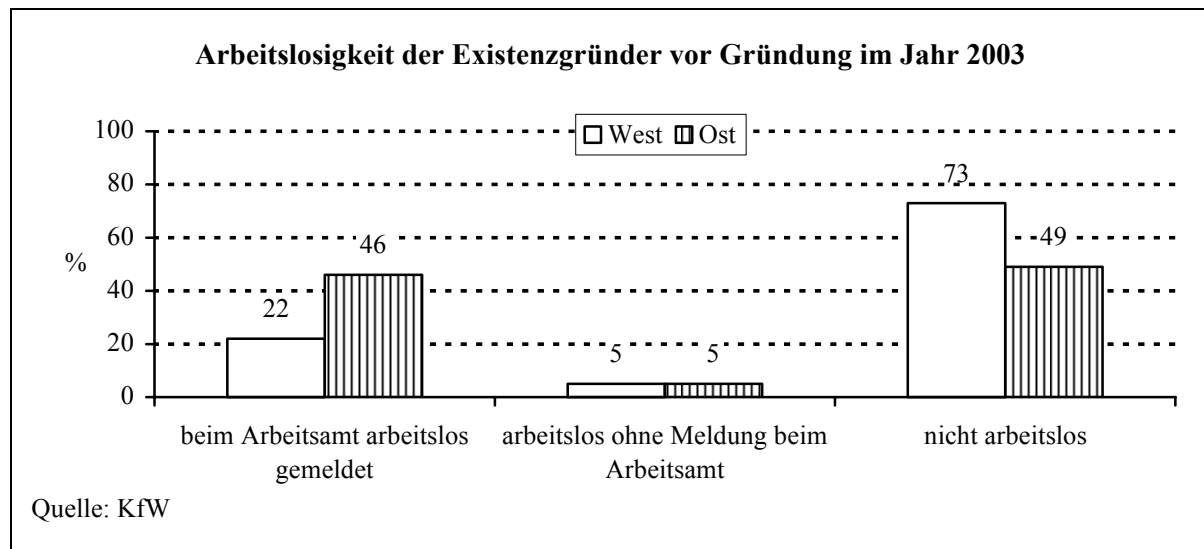
In Sachsen gibt es 118.800 Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Rein rechnerisch sind das 16.200 Betriebe mehr als erforderlich wären, um den

¹¹ Es soll an dieser Stelle keine tiefere Betrachtungen der Abgrenzung zwischen Betrieben und Unternehmen vorgenommen werden, da es einerseits für den Sachverhalt unerheblich ist und andererseits die Statistik keine konsistenten Zahlen liefert.

westdeutschen Durchschnitt zu erreichen. Trotzdem unterstützt die Bundesagentur für Arbeit die Gründung eines Unternehmens mit Hilfe der Existenzgründungszuschüsse (z. B. Ich-AG) in Sachsen überproportional. Hier gibt es aktuell 22.000 Zuschussfälle; das entspricht 51 finanziell geförderten Existenzgründungen je 10.000 Einwohner. In Westdeutschland sind es dagegen "nur" 22 geförderte Existenzgründungen je 10.000 Einwohner. Bei den Zahlen ist nicht berücksichtigt, dass andere Existenzgründer in Sachsen aus dem ESF gefördert werden.

Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass eine formelle Existenzgründung in Deutschland mit 45 Tagen immer noch unverhältnismäßig lange dauert¹² und dass Existenzgründer mit immer schlechteren persönlichen Voraussetzungen den Weg in die Selbständigkeit starten¹³.

Besonders in Ostdeutschland kommen viele Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit: 2003 waren es mehr als 50 % (West: 27 %). Die hoch subventionierte Gründung aus der Arbeitslosigkeit nach dem Motto "Lieber selbständig als arbeitslos" ist aber kein geeigneter Weg. Untersuchungen zeigen, dass geförderte Gründungen aus der Arbeitslosigkeit eine deutlich niedrigere Überlebenswahrscheinlichkeit haben als andere. Existenzgründer sollten besser auf ihren Schritt vorbereitet werden und Existenzgründungen sollten durch ein geeignetes Umfeld erleichtert werden. Die Politik kann dies unterstützen, wenn sie ein unternehmerfreundlicheres Klima schafft, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Ertragskraft der Unternehmen verbessert und bürokratische Wege bei der Existenzgründung vereinfacht.



Hochsubventionierte Existenzgründungen in regional agierenden Branchen haben auch volkswirtschaftlich gesehen einige Nachteile. Sie können mit niedrigeren Preisen gegen etablierte Unternehmen antreten. Dies führt in der Regel zu sinkenden Erträgen und Gewinnen bei allen Beteiligten. Damit sinkt auch die Bemessungsbasis für Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer, ohne dass in Summe mehr Arbeitsplätze entstehen, denn die neuen Stellen, die die Existenzgründung schafft, werden in den etablierten Unternehmen gestrichen.

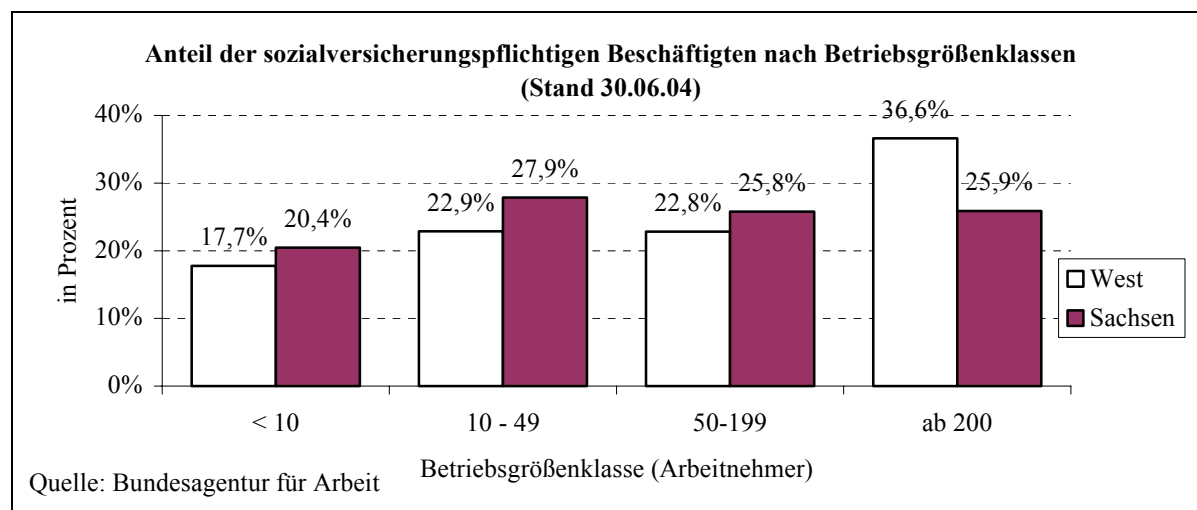
Existenzgründungsförderung wie sie bisher verstanden und praktiziert wird, entwickelt sich unter den genannten Rahmenbedingungen immer stärker zur Förderfolklore und übersieht strukturelle Ursachen für den scheinbaren Widerspruch zwischen Überbesatz an Unternehmen und Unterbesatz an Arbeitsplätzen. Ein Blick auf die durchschnittliche Betriebsgröße gibt eine Antwort. In Westdeutschland beschäftigt ein Unternehmen im Durchschnitt 13,2 Sozial-

¹² Weltbank, 2004

¹³ Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2004

versicherungspflichtige, in Sachsen sind es hingegen nur 11,5¹⁴. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Relation noch deutlicher: Hier sind die sächsischen Unternehmen fast nur halb so groß wie ihre westdeutschen Wettbewerber.

Rein rechnerisch würde bereits eine Angleichung der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Betrieb an West ausreichen, um die Arbeitslosenzahl in Sachsen zu halbieren. Das ist zwar rein theoretischer Natur, zeigt aber, dass nicht in der Existenzgründung, sondern stärker im Unternehmenswachstum Potenziale gesucht werden sollten. Diese Aussage lässt sich mit einer weiteren Statistik stützen. Demnach sind in Sachsen deutlich mehr Arbeitnehmer in Kleinstunternehmen und kleineren Unternehmen beschäftigt als in Westdeutschland.



6.4 Wirtschaftsstrukturen

Eine Ursache für die Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung und somit des Konvergenzprozesses sind die immer noch vorhandenen strukturellen Defizite der sächsischen Wirtschaft. Der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung ist im Vergleich zu West sehr hoch. Dagegen sind Verarbeitendes Gewerbe (Industrie) und Unternehmensnahe Dienstleister¹⁵ unterrepräsentiert. In Sachsen haben diese beiden Wirtschaftsbereiche nur einen Anteil von insgesamt knapp 46 %, während der Anteil in Westdeutschland bei 54 % und in anderen Industrienationen ebenso bei zum Teil weit über 50 % liegt.

Wirtschaftsstruktur in Sachsen¹⁶:

Wirtschaftsbereich	Anteil an Bruttowertschöpfung 2004	Ø jährliches Wachstum 1995-2004
Unternehmensnahe Dienstleister	26,3 %	4,0 %
öffentliche und private Dienstleister	24,1 %	0,5 %
Verarbeitendes Gewerbe	19,5 %	7,0 %
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	17,8 %	2,9 %
Baugewerbe	7,3 %	-6,7 %
Bergbau und Energie	3,5 %	1,0 %
Land- und Forstwirtschaft	1,6 %	4,4 %

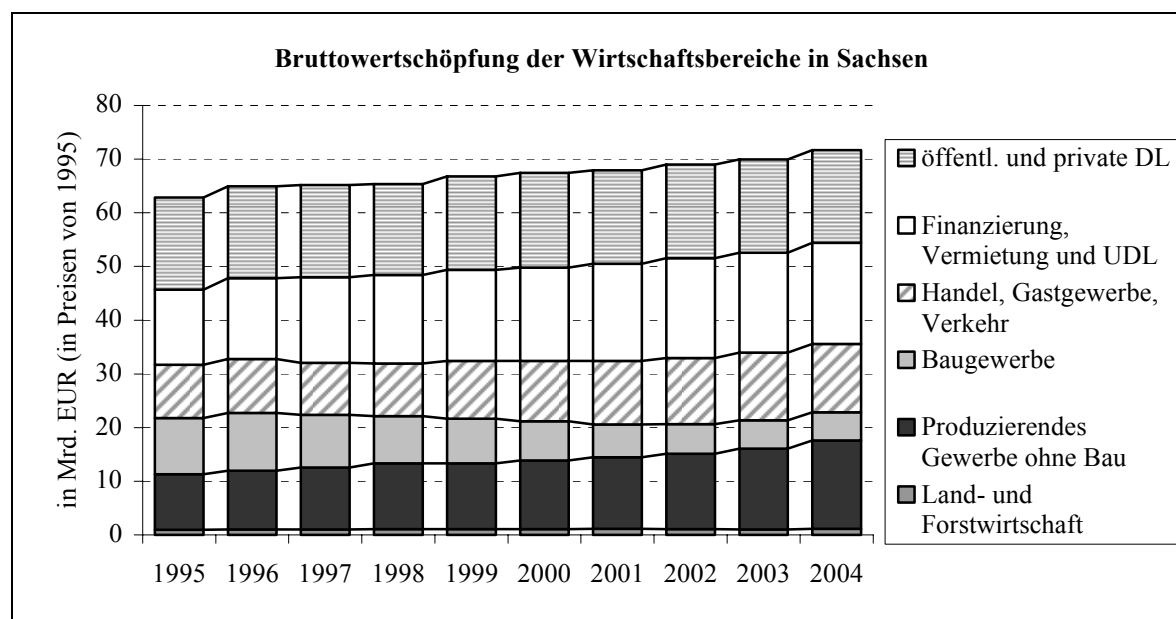
¹⁴ Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

¹⁵ Unternehmensnahe Dienstleister: Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister

¹⁶ Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen

Der Strukturwandel hat immer noch ein höheres Tempo als in Westdeutschland. Trotz der widrigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist eine hohe Dynamik innerhalb der Wirtschaft vorhanden:

- Die Unternehmensnahen Dienstleister haben nach hohen Wachstumsraten bis Ende der 1990er Jahr an Dynamik eingebüßt und tragen nur noch unwesentlich zum Wirtschaftswachstum bei.
- Öffentliche und private Dienstleister verzeichnen eine Stagnation, weil insbesondere im Öffentlichen Dienst Anpassungen vorgenommen wurden und weiterhin vorzunehmen sind.
- Das Verarbeitende Gewerbe kann ein kräftiges Wachstum verzeichnen, das verbunden ist mit hoher Investitionsdynamik und steigenden Beschäftigtenzahlen.
- Handel, Gastgewerbe und Verkehr entwickeln sich stetig, auch wenn der Handel mit der Stagnation der Kaufkraft (hohe Arbeitslosigkeit, mäßige Lohnsteigerungen, Migrationsverluste) zu kämpfen hat.
- Bauwirtschaft und Teile des Handwerks befinden sich in einer langhaltenden und tiefgreifenden Krise.
- Bergbau/Energie und Landwirtschaft haben als relativ kleine Wirtschaftszweige nur geringen Einfluss auf die Gesamtwirtschaft, können jedoch insgesamt auf eine positive Entwicklung verweisen.

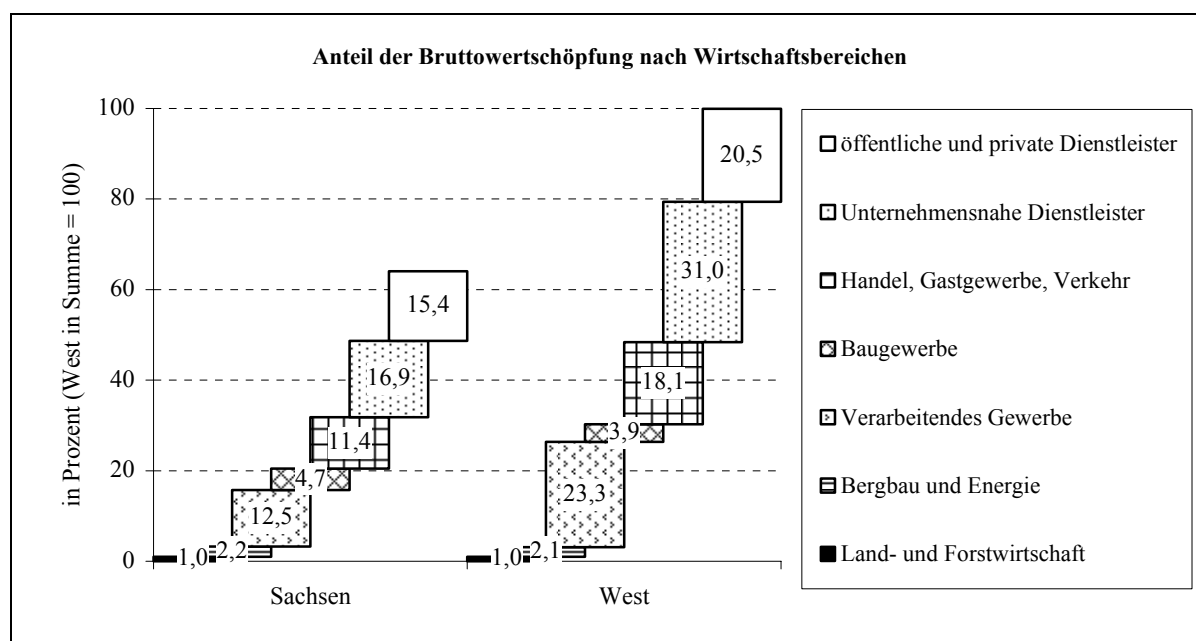


Der Vergleich zu Westdeutschland macht deutlich, dass die Wirtschaftskraft Sachsens gemessen an der Bruttowertschöpfung bei nur etwa zwei Drittel liegt und seit Mitte der 1990er keine Annäherung zu verzeichnen ist. Auch im europäischen Maßstab zählt Sachsen zu den strukturschwachen Regionen wie die Einordnung in der kommenden Strukturfondsperiode zeigt.

Insbesondere der immer noch geringe Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung verhindert, dass sich zügig selbsttragende Wirtschaftsstrukturen herausbilden. Das Verarbeitende Gewerbe hat im regionalen Wertschöpfungskreislauf auf Grund seines ausgeprägten überregionalen Absatzes eine herausgehobene Bedeutung. Beispielsweise bestehen zwischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und der Unternehmensnahen Dienst-

leistungen komplexe Verflechtungen. Die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung im Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen wird wesentlich vom Verarbeitenden Gewerbe beeinflusst, da es die Dienstleistungen in Anspruch nimmt und über Quantität und Qualität bestimmt. Ähnliches gilt für konsumnahe Bereiche wie Handel und Gastgewerbe sowie die ebenfalls als Dienstleister agierenden Unternehmen aus dem Bereich Verkehr (Telekommunikation, Logistik).

Ein detaillierterer Vergleich der Wirtschaftsstrukturen mit denen Westdeutschlands¹⁷ zeigt, dass in Sachsen der größte Aufholbedarf im Verarbeitenden Gewerbe, bei Unternehmensnahen Dienstleistern und im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr besteht. In den anderen Wirtschaftsbereichen ist dagegen der Wert der Bruttowertschöpfung ähnlich.

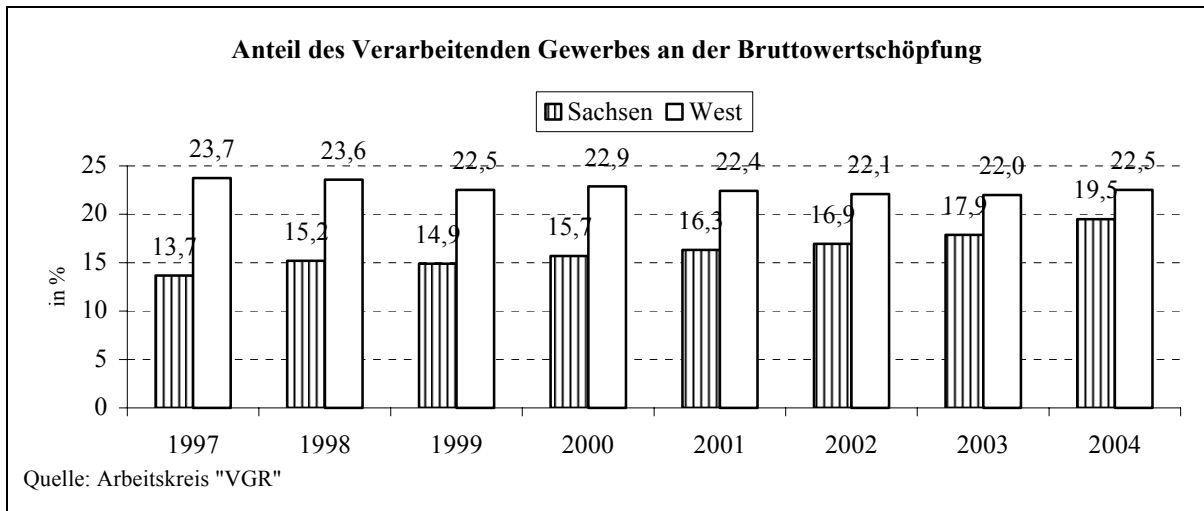


6.5 Verarbeitendes Gewerbe

Träger des Wachstums der sächsischen Wirtschaft ist in den letzten fünf Jahren fast ausschließlich das Verarbeitende Gewerbe. Der Anteil am Wirtschaftswachstum betrug zwischen 67 % (2000) und 161 %¹⁸ (2002). Das Verarbeitende Gewerbe konnte daher bis 2004 seinen Anteil an der Bruttowertschöpfung auf 19,5 % erhöhen (1991: 11,5 %). Zu den bedeutendsten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes zählen in Sachsen Kraftfahrzeugbau, Elektrotechnik/Elektronik, Maschinenbau, Chemie, Metallverarbeitung sowie Ernährungsgewerbe. Das hohe Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes erfolgt jedoch von einer niedrigen Ausgangsbasis. In Westdeutschland hat das Verarbeitende Gewerbe trotz einer geringeren Wachstumsdynamik einen höheren Anteil an der Wertschöpfung. Das heißt, in Sachsen besteht nach wie vor ein struktureller Nachholbedarf.

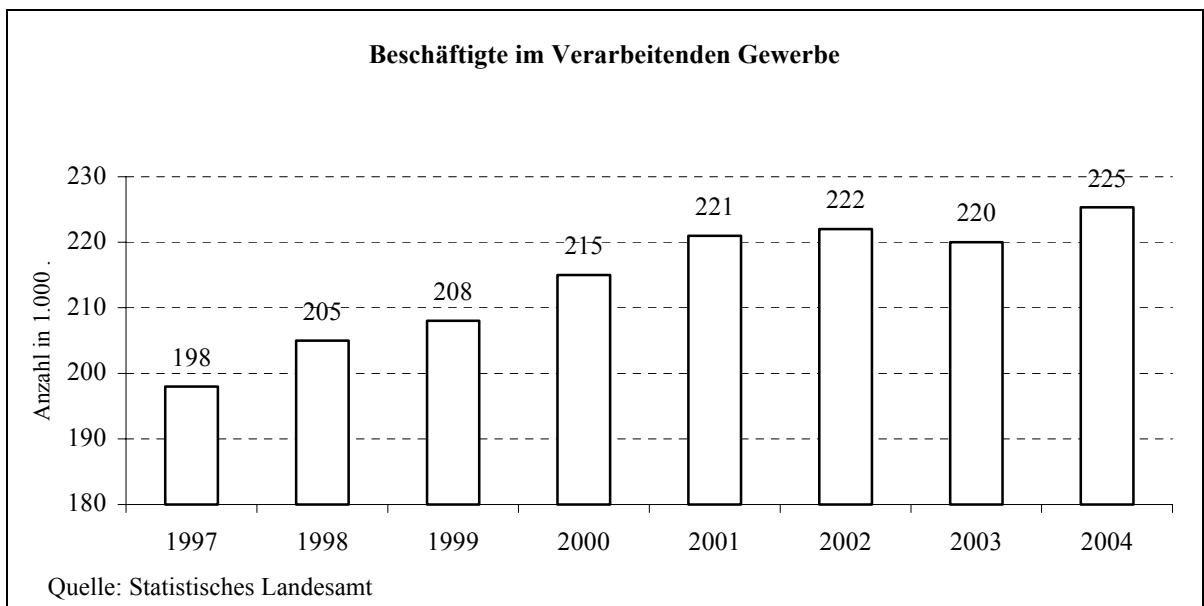
¹⁷ Für den Vergleich ist die Bruttowertschöpfung Westdeutschland gleich 100 mit den Anteilen der jeweiligen Wirtschaftsbereiche. Es erfolgt die Ermittlung der Bruttowertschöpfung in Sachsen in Relation zu West (hier 64 %) und die Normierung der Anteile der jeweiligen Wirtschaftsbereiche an diesen Wert.

¹⁸ Ein Wert über 100 % zeigt an, dass alle anderen Wirtschaftsbereiche in Summe geschrumpft sind.



6.5.1 Beschäftigung

Die Beschäftigung im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe fiel von 557.000 Personen in 1991 auf 197.000 in 1996 und erreichte damit ihren Tiefpunkt. Im Zuge der zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit und Expansion der Unternehmen wird seit 1998 im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe ein kontinuierlicher Beschäftigungsaufbau realisiert. Seit 1997 sind in Sachsen 28.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

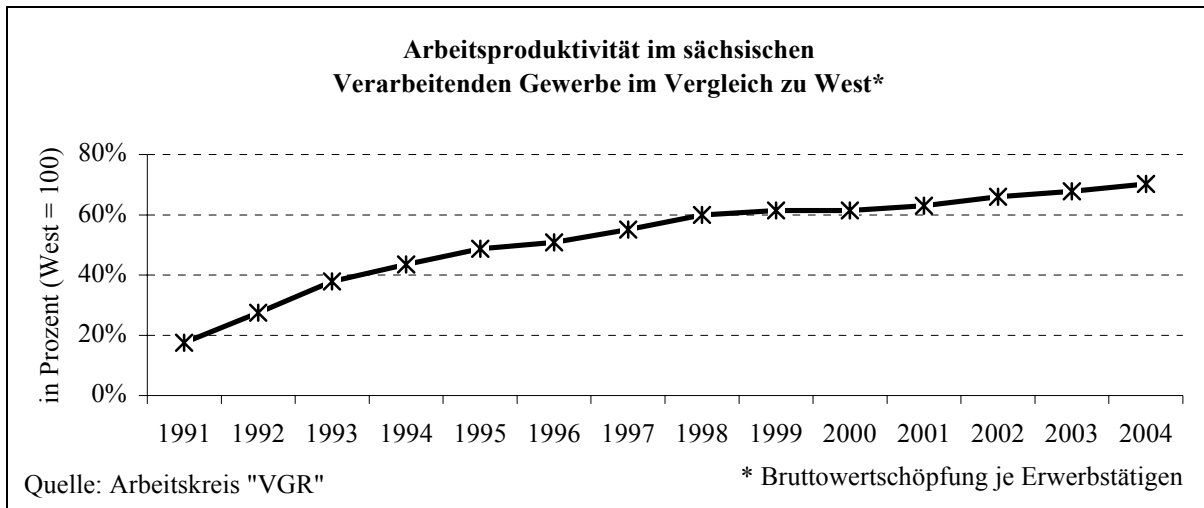


Verglichen mit anderen Industrieregionen müsste das Niveau jedoch deutlich höher ausfallen. Werden die vorhandenen Arbeitsplätze im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe ins Verhältnis zu der Anzahl der Einwohner gestellt und hier wiederum mit dem westdeutschen Niveau verglichen, so müsste das Verarbeitende Gewerbe in Sachsen annähernd 400.000 Arbeitnehmer beschäftigen. Um dieses Beschäftigungsniveau zu erreichen und damit auch eine Basis für eine selbsttragende Wirtschaftsstruktur zu haben, ist eine weitere Expansion von Produktion und Beschäftigung auf der Basis einer intensiven Investitionstätigkeit notwendig.

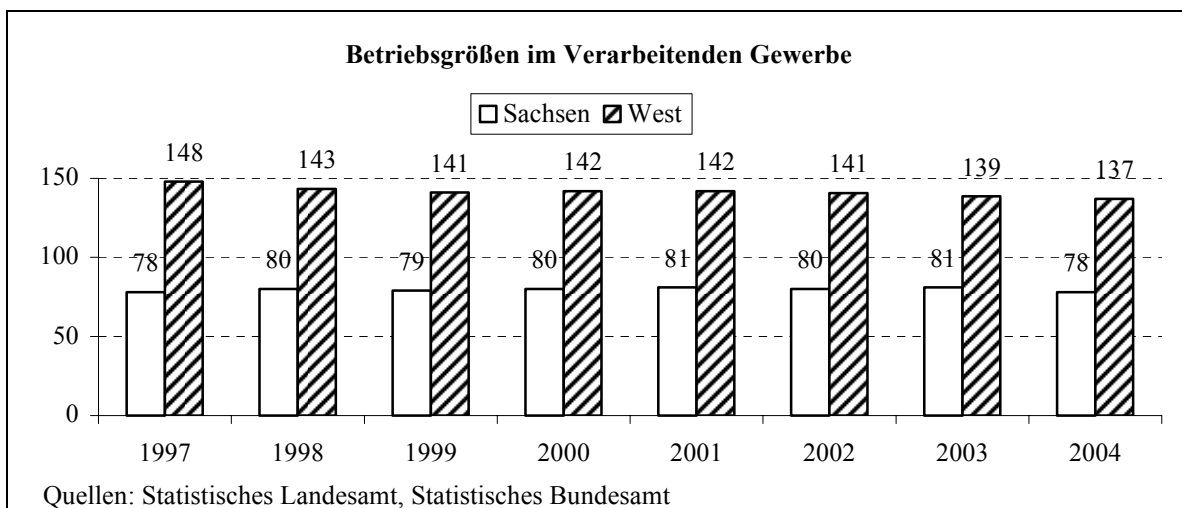
6.5.2 Produktivität und Lohnstückkosten

Die Produktivität, als das Verhältnis von Umsatz bzw. Wertschöpfung und Beschäftigung, misst die Leistungsfähigkeit. Der Produktivitätsrückstand bzw. die so genannte Produktivitätslücke der sächsischen Wirtschaft ist gegenüber Westdeutschland nach wie vor beträchtlich. Die gesamte sächsische Wirtschaft ebenso wie das Verarbeitende Gewerbe erreichten in 2004 etwa 70 % des westdeutschen Niveaus. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen betrug im Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen 38.800 EUR und in Westdeutschland 62.600 EUR.

Das geringe Tempo des Konvergenzprozesses an West hat zwei Gründe: Einerseits gibt es auch in der westdeutschen Industrie einen stetigen Produktivitätszuwachs. Andererseits kommt es in Westdeutschland zu einer Erhöhung der Produktivität durch Entlassungen. Anders in Sachsen: Hier wird Beschäftigung aufgebaut. Der Beschäftigungszuwachs findet quer über alle Beschäftigten (Angestellte, Gewerbliche) statt. Die Produktivität entwickelt sich daher "nur" entsprechend der tatsächlichen Rationalisierungsfortschritte.

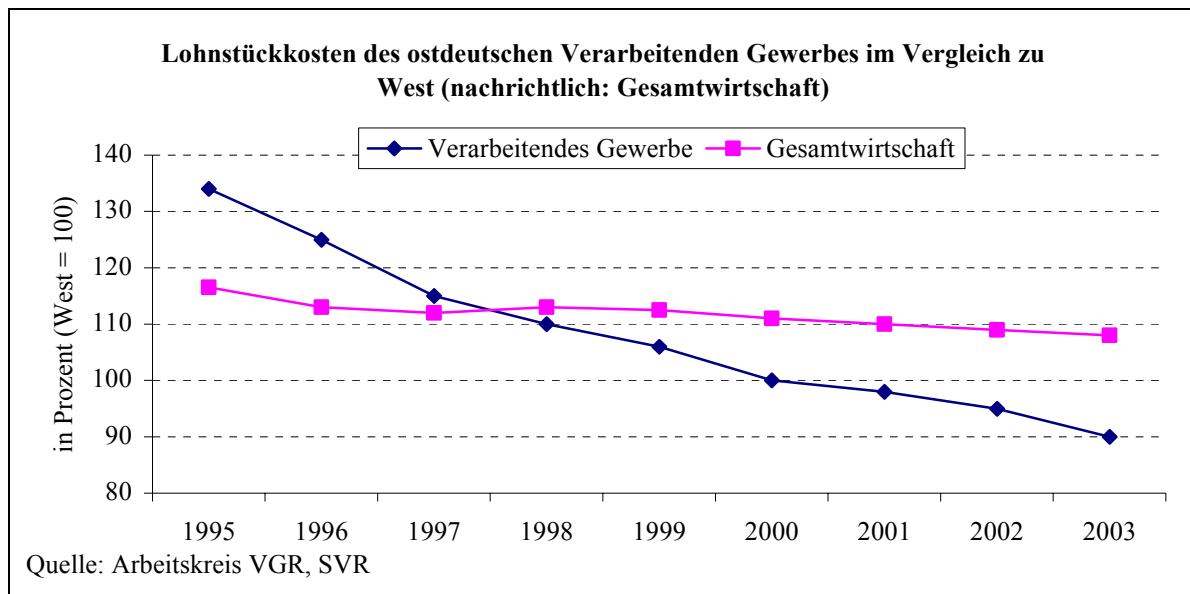


Die Ursachen des Produktivitätsrückstandes sind vielschichtig. Deutlich kleinere Betriebsgrößen und das Fehlen überregional bedeutsamer Entscheidungszentren dürften das größte Gewicht haben. Aber auch die Branchenstruktur (höherer Anteil wertschöpfungsarmer Branchen) sowie Preiszugeständnisse am Markt führen zu einer Dämpfung des Produktivitätsniveaus.



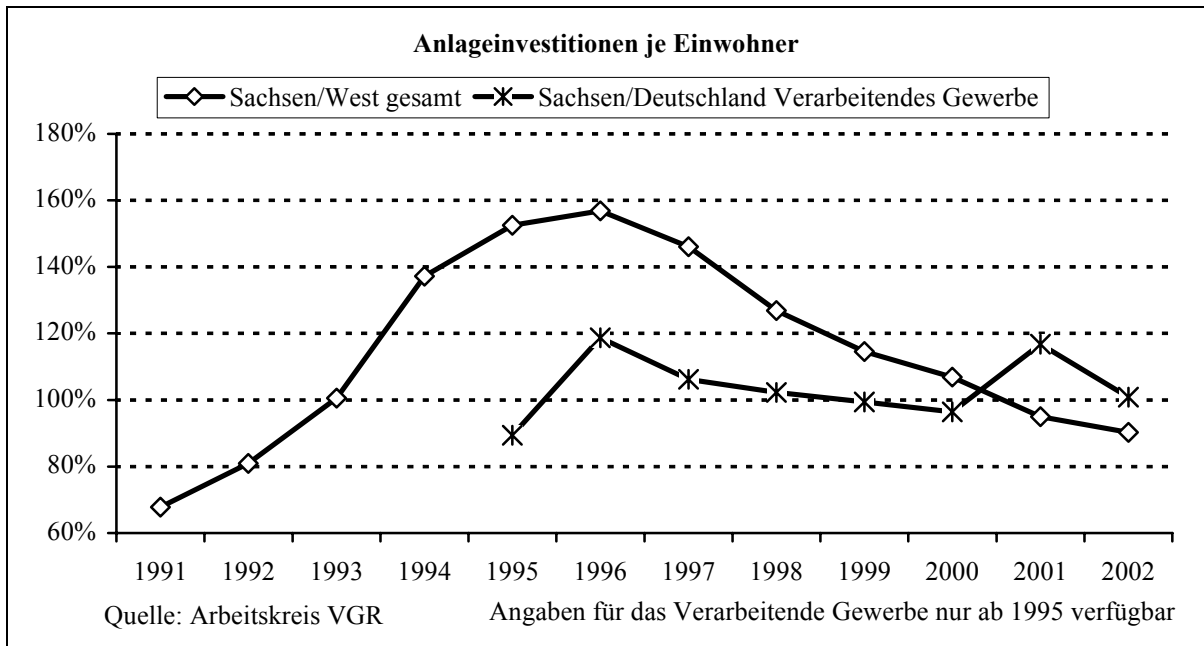
Um einen Großteil der strukturellen Schwächen des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen lösen zu können, ist zuerst ein langanhaltendes dynamisches Wachstum der vorhandenen Unternehmen erforderlich. Größere Unternehmenseinheiten betreiben mehr Forschung, sie sind aktiver auf Auslandsmärkten, haben eine größere Marktdurchdringung, eine stärkere Verhandlungsposition, erwirtschaften eine höhere Wertschöpfung je Beschäftigten und sind auch für die Region wohlfahrtssteigernd, da sie im Durchschnitt höhere Entgelte zahlen.

Dass ein endogenes Wachstum der Unternehmen möglich ist, zeigt die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit. Die Unternehmen produzieren heute im Durchschnitt günstiger als westdeutsche Wettbewerber; die Lohnstückkosten ermäßigten sich in den zurückliegenden Jahren deutlich.

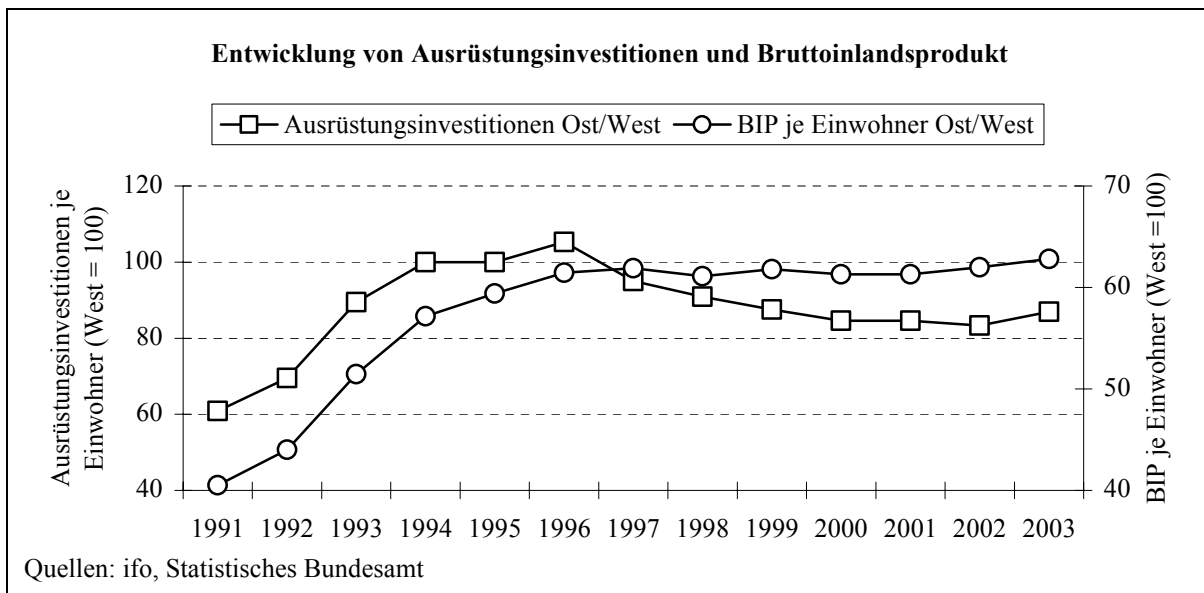


6.5.3 Investitionen

Einen Engpass bei einem schnelleren Aufholprozess der sächsischen Wirtschaft bildet die Ausstattung mit Sachkapital (Anlagevermögen). Das ökonomische Wachstum speist sich aus der Kapitalakkumulation. Kapital ist einerseits Produktionsfaktor und andererseits Träger technischen Wissens. Deshalb kann ohne Kapitalakkumulation kein nachhaltiges Wachstum stattfinden. Um auf das Niveau anderer Industrieregionen aufzuschließen, müsste das Investitionsniveau in Sachsen langfristig über deren Niveau liegen. Nach den letztverfügbaren Angaben investiert das Verarbeitende Gewerbe in Sachsen aber nur auf einem ähnlichen Niveau wie in Westdeutschland. In der gesamten Wirtschaft wird das westdeutsche Niveau sogar unterschritten.



Das Niveau der Ausrüstungsinvestitionen stellt eine ernstzunehmende Gefahr für den weiteren Aufholprozess dar, da es vor allem die Ausrüstungsinvestitionen sind, die den technischen Fortschritt initialisieren und somit das Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum maßgeblich bestimmen. Es ist interessant und besorgniserregend festzustellen, dass das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ebenso wie die Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner im Vergleich zu West stagnieren und dass die Entwicklungskurven zwischen Bruttoinlandsprodukt und Ausrüstungsinvestitionen fast deckungsgleich sind.



Um eine selbsttragende und strukturell wettbewerbsfähige Wirtschaft in Sachsen aufzubauen, sind folgerichtig anhaltend hohe Investitionen erforderlich. Ein Arbeitsplatz im Verarbeitenden Gewerbe hat heute einen Kapitalbedarf von etwa durchschnittlich 150.000 EUR¹⁹. Theoretisch leitet sich daraus für das Verarbeitende Gewerbe in Sachsen ein Kapitalbedarf in Höhe von etwa 30 bis 40 Mrd. EUR ab, um Kapitalstock- und Arbeitsplatzlücke zu schließen.

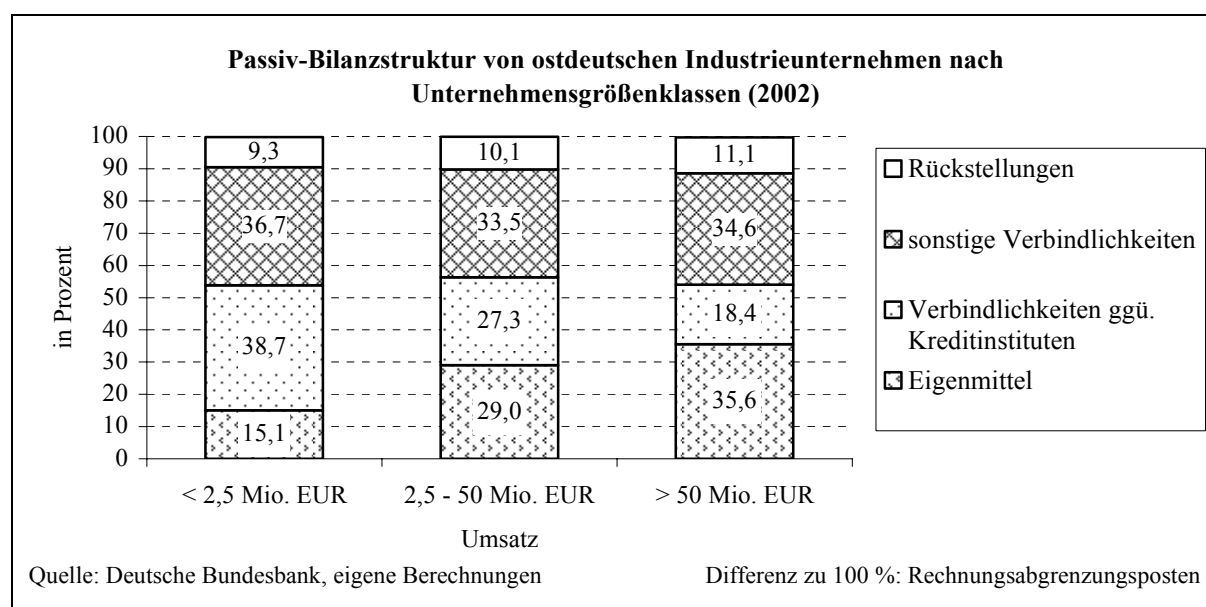
¹⁹ IW Köln, eigene Berechnungen

6.6 Unternehmensfinanzierung

Eine wesentliche Voraussetzung zum Unternehmenswachstum sind hohe Wettbewerbsfähigkeit (Absatzmöglichkeit) und Zugang zum Kapitalmarkt (Finanzierungsmöglichkeit). Wachstum ist kostenintensiv und erfordert zusätzliche Finanzierung auf mehreren Felder: Marktbearbeitung, Produktentwicklung, Investitionen, Umlaufvermögen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe hat sich in den zurückliegenden Jahren stetig verbessert. Das zeigen steigende Umsätze und sinkende Lohnstückkosten. Der Cash-Flow²⁰ übertrifft mit 11 % im Verhältnis zum Umsatz mittlerweile die Vergleichswerte West (9,5 %) ²¹. Trotzdem ist die Liquidität angespannt, weil Tilgungen sowie überdurchschnittliche Zinszahlungen bedient und Neuinvestitionen getätigt werden müssen. Wenn unter diesen Voraussetzungen Wachstum ausschließlich oder überwiegend aus der Innenfinanzierungskraft der Unternehmen erfolgen müsste, würden die Wachstumsraten des Verarbeitenden Gewerbes deutlich zurückgehen. Daher haben Fremdfinanzierungsmöglichkeiten eine wichtige Funktion beim Aufbauprozess der sächsischen Industrie.

Einen Teil der Fremdfinanzierung übernimmt der Staat in Form der Investitionsförderung (Investitionszuschuss, Investitionszulage), die unmittelbar ins Eigenkapital fließt - mit positiven Effekten für die Bilanzstruktur. Trotz dieser beträchtlichen Unterstützung durch die Investitionsförderung weisen die Bilanzen der ostdeutschen mittelständischen Unternehmen aber eine überdurchschnittliche Fremdkapitalquote auf.



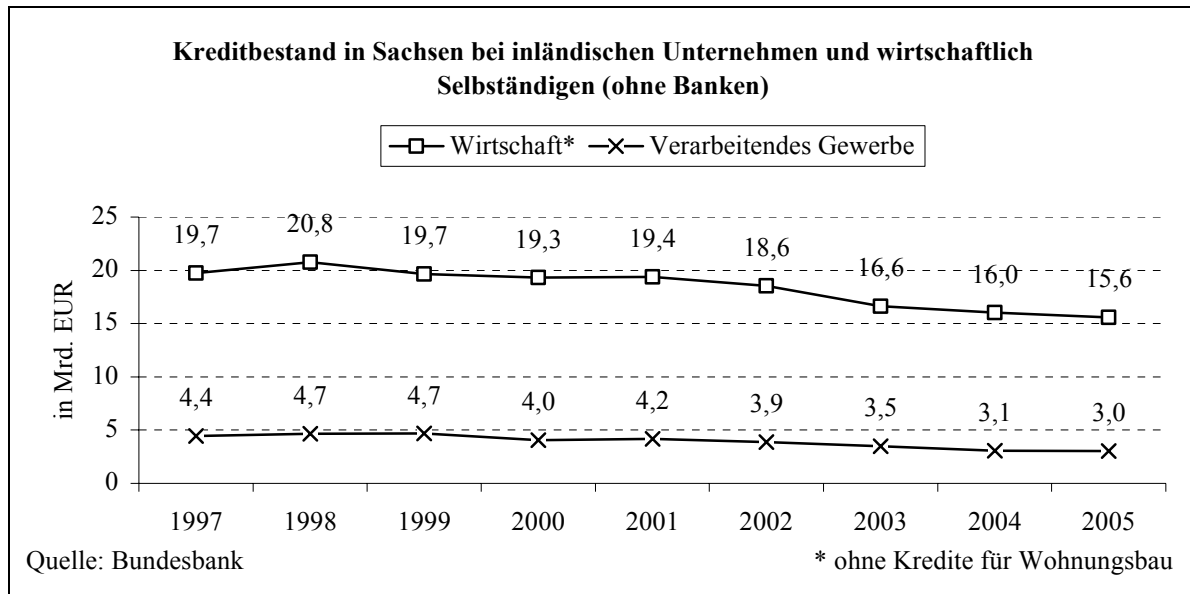
Für Anschlussfinanzierungen und weitere Expansion der Unternehmen ist ein funktionierender Kapitalmarkt von zentraler Bedeutung. Es gibt jedoch einige Anzeichen, dass davon in Sachsen nicht ausgegangen werden kann. Sowohl gesamtwirtschaftlich als auch auf das Verarbeitende Gewerbe betrachtet, ist der Bestand an ausgereichten Krediten seit Jahren permanent rückläufig²². Beim Kreditvergabeverhalten gibt es qualitativ keine Unterschiede zwi-

²⁰ Cash-Flow = Jahresergebnis vor Steuern + Zinsaufwand + Abschreibungen - Zuschreibungen (EBITA)

²¹ Deutsche Bundesbank "Jahresabschlüsse von Unternehmen 2000-2002", 2004

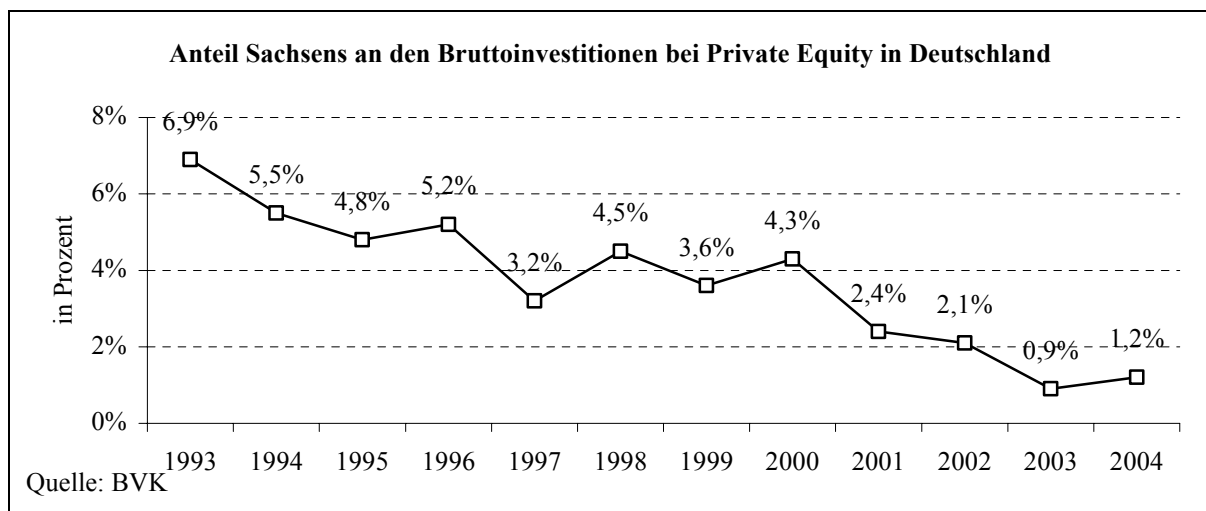
²² Die Bundesbank erfasst in ihrer Statistik die ausgereichten Kredite von Kreditinstituten mit Sitz/Filiale in Sachsen. Es gibt jedoch keine begründete Annahme, dass sich die Kreditversorgung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen bei einer anderen Abgrenzung anders darstellt.

schen den drei Säulen der deutschen Kreditlandschaft (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Privatbanken).



Der Rückgang des Kreditbestandes geht quer über alle Wirtschaftsbereiche. Bemerkenswert ist, dass trotz der positiven Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes dieser Wirtschaftsbereich überproportional betroffen ist.

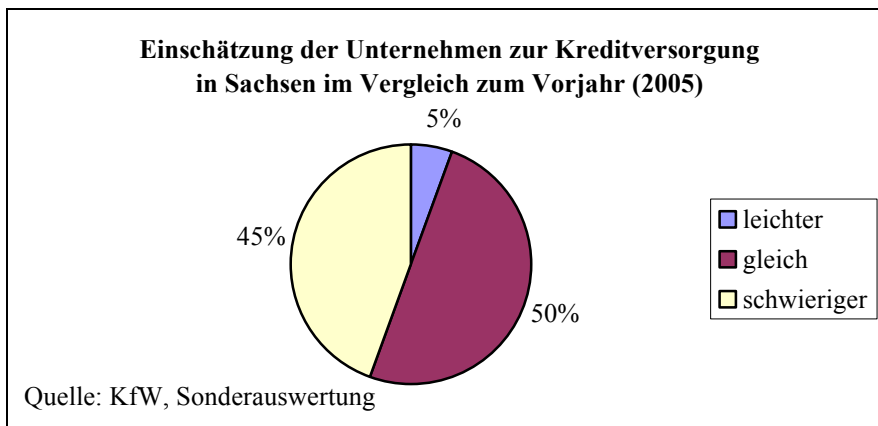
Wie schwierig der Zugang zu Fremdkapital in Sachsen ist, zeigen auch Vergleichswerte des Bundesverbandes Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK), in dem fast alle relevanten Akteure organisiert sind. Demnach wurden in 2003 und 2004 nur noch etwa 1 % des in Deutschland investierten Private Equity Kapitals an sächsische Unternehmen vergeben, während es 10 Jahre vorher noch etwa 6 % waren. Dabei muss auf Grund der Vermögensverteilung innerhalb Deutschlands zusätzlich unterstellt werden, dass in Westdeutschland deutlich mehr Beteiligungskapital über private/persönliche Kontakte vermittelt wird als in Sachsen. Der postulierte Wandel in der Unternehmensfinanzierung hat in Sachsen noch nicht stattgefunden, während in Westdeutschland das Private Equity heute eine erheblich größere Bedeutung hat als noch vor 10 Jahren.



Private Equity hat sich auch in Deutschland zu einem wichtigen Instrument der Finanzierung von Innovations- und Wachstumsvorhaben entwickelt. Bei der Umsetzung von Forschung und Entwicklung in Produkte und Technologien stehen traditionelle Finanzierungsinstrumente auf Grund der damit hohen Risiken häufig nicht mehr zur Verfügung. An ihre Stelle tritt oft die Bereitstellung von Beteiligungskapital. Ebenso wie innovative Unternehmen stehen auch etablierte mittelständische Unternehmen durch Globalisierung und Marktbewegung vor neuen Herausforderungen der Wachstumsfinanzierung. Beide Unternehmenstypen finden derzeit in Sachsen nur sehr schwer Finanzierungspartner.

Aber nicht nur die privaten Kreditinstitute und Beteiligungsgesellschaften zeigen Zurückhaltung bei der Unternehmensfinanzierung. Auch die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat durch stetige Veränderung der Finanzierungsbedingungen und einer damit einhergehenden Beendigung von Ausnahmetatbeständen für ostdeutsche Unternehmen zu einer Verschärfung der Situation beigetragen. Während im Jahr 2000 noch 4,6 % der KfW-Förderkredite nach Sachsen flossen, waren es im Jahr 2004 nur noch 2,5 %²³. Die Entwicklung verlief dabei über die Jahre relativ kontinuierlich nach unten. Da muss nur noch der Vollständigkeit halber erwähnt werden, dass auch die Bundesmittel für GA-Förderung und Forschungsförderung in den vergangenen Jahren rückläufig waren.

Die Umfragen der KfW zur Unternehmensfinanzierung liefern deutliche Hinweise für die Verwerfungen auf dem Kapitalmarkt. Signifikant mehr Unternehmen als in Westdeutschland verweisen in Ostdeutschland auf Finanzierungsprobleme. Auffällig ist, dass insbesondere investierende Unternehmen in Ostdeutschland häufig mit Schwierigkeiten der Finanzierung zu kämpfen haben. Etwa 60 % aller Unternehmen geben an, dass der Mangel an Sicherheiten eine ganz wesentliche Rolle bei der Versagung von Kreditanfragen spielt.



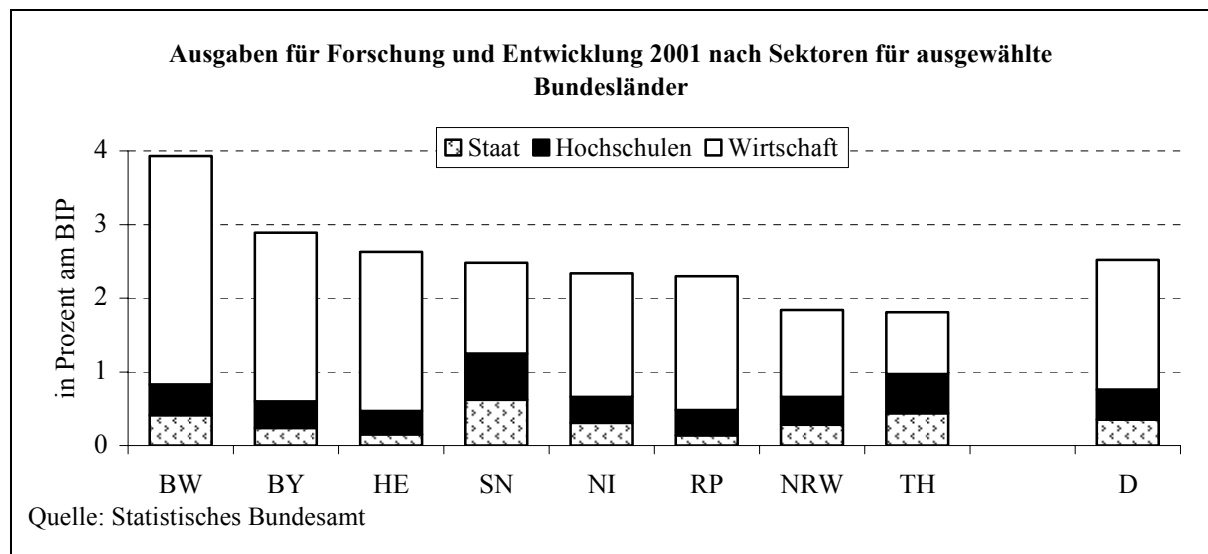
Es bleibt festzustellen, dass sich Staat und private Finanzierungsinstitute in den vergangenen Jahren bei der Unternehmensfinanzierung in Sachsen prozyklisch zur Konjunktur verhalten haben. Einerseits ist dies angesichts höherer Ausfallrisiken und hoher Wertberichtigungen aus den 1990er Jahren bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehbar, andererseits dürften dadurch Anpassungsprozesse in stagnierenden Wirtschaftsbereichen verschärft worden und Potenziale in Wachstumsbranchen ungenutzt geblieben sein. Ohne adäquate Finanzierungsmöglichkeiten wird es jedoch auch langfristig kaum ausreichend Wachstumsimpulse für die Wirtschaft geben können.

²³ Jahresberichte der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

6.7 Wissenschaft, Forschung und Innovation

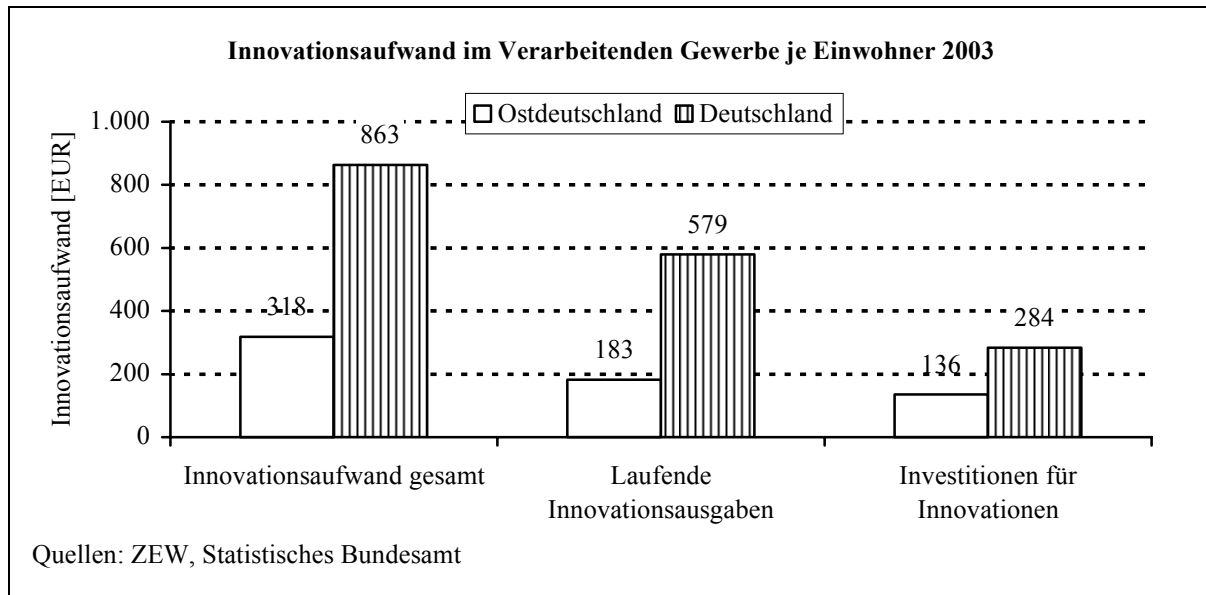
Sachsen hat auf Grund seiner industriellen Geschichte auch eine lange Tradition bei Wissenschaft, Forschung und Innovation. Den ersten Impuls für Industrialisierung und strukturiertes Herangehen an Produktionsprobleme ("Wissenschaft") gab es im 12. Jahrhundert durch die Entdeckung der Silbererzlagerstätten bei Freiberg. So ist es nicht zufällig, dass Sachsen zu den ersten und stärksten industrialisierten Regionen in Kontinentaleuropa zählte.

Auch heute hat Sachsen eine umfangreiche Industrie- und Forschungslandschaft, wobei allerdings der unterdurchschnittliche Industriebesatz Auswirkungen auf die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Unternehmen hat. Anders als in westdeutschen Regionen werden aktuell die meisten Ausgaben für FuE durch die öffentliche Hand getätigt.



Der Freistaat Sachsen geht mit seinen Ausgaben in Vorleistung, um letztendlich eine Basis zu bieten, die für wissens-, forschungs- und wertschöpfungsintensive Unternehmen attraktiv ist und die Standortentscheidung für Sachsen positiv beeinflusst. Gleichzeitig werden Know-how und Wissensträger in der Region gebunden und stehen damit für Wissenstransfer und Beschäftigung zur Verfügung. Zu den umfangreichen staatlichen Aktivitäten gehören eine umfassende Hochschullandschaft und ein dichtes Netz von außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Zu diesen gehören das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH (Helmholtz Gesellschaft), 7 Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (vormals Blaue Liste), 10 Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) für angewandte Forschung, 6 Institute der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sowie etwa 25 hochschulnahe Forschungseinrichtungen, die an den Universitäten oder Fachhochschulen angelagert sind.

Den umfangreichen Aktivitäten des Freistaates Sachsen stehen bisher relativ weniger Aktivitäten der Unternehmen in der Forschung und Entwicklung gegenüber. Die Ausgaben für Innovationen betragen nur etwas mehr als ein Drittel der Ausgaben, die je Einwohner in Westdeutschland ausgegeben werden. Die Ursachen hierfür sind in dem Fehlen von Konzernzentralen mit entsprechenden Entwicklungszentren, im unterproportionalen Industriebesatz (Industrie hat mit Abstand die höchsten FuE-Ausgaben), in der Kleinteiligkeit der Unternehmen und in der unzureichenden Finanzkraft der Unternehmen zu finden.



Laut ifo werden in Sachsen jährlich 1,6 Mrd. EUR für FuE investiert. Der Stifterverband Wissenschaftsstatistik geht von etwa 1 Mrd. EUR aus, die sächsische Unternehmen jährlich investieren²⁴. Fehlendes Eigenkapital stellt nach Aussage der Unternehmen (Anteil: 43 %) den größten Engpass bei der Finanzierung von Innovationen dar. Da Ausgaben für FuE-Projekte betriebliches Risikokapital sind, muss dieses erstens prinzipiell verfügbar und zweitens im Misserfolgsfall auch noch entbehrlich sein. Bei den vergleichsweise jungen eignergeführten Unternehmen in Sachsen ist beides schwierig. Die strukturellen Nachteile der sächsischen Wirtschaft mit einem vergleichsweise geringen Anteil großer und etablierter Betriebe haben daher einen deutlich dämpfenden Einfluss auf die Innovationstätigkeit in Sachsen.

Innovationen sind aber wichtige Voraussetzungen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Es ist daher bedenklich, wenn in Sachsen bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes der Anteil des FuE-Personals an den Beschäftigten bei lediglich 3,3 % (West: 4,3 %) und die FuE-Aufwendungen gemessen am Umsatz bei nur 1,8 % (West: 2,4 %) liegen, denn diese Werte klammern strukturbedingte Verzerrungen bereits weitgehend aus. Dabei nimmt Sachsen innerhalb der ostdeutschen Bundesländer trotzdem noch eine positive Rolle ein. Mehr als die Hälfte des ostdeutschen FuE-Personals wird in dieser Region beschäftigt.

Positiv für Sachsen ist auch, dass sich die besonders FuE-intensiven Branchen Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik/Elektronik und Fahrzeugbau²⁵ in den zurückliegenden Jahren überdurchschnittlich erfolgreich entwickelt haben²⁶. In einem Ranking nach Status quo und Entwicklung der zurückliegenden Jahre (Dynamik) nehmen diese Branchen in Sachsen Spitzenpositionen ein und könnten damit Basis für stärkere FuE-Aktivitäten in der Zukunft sein.

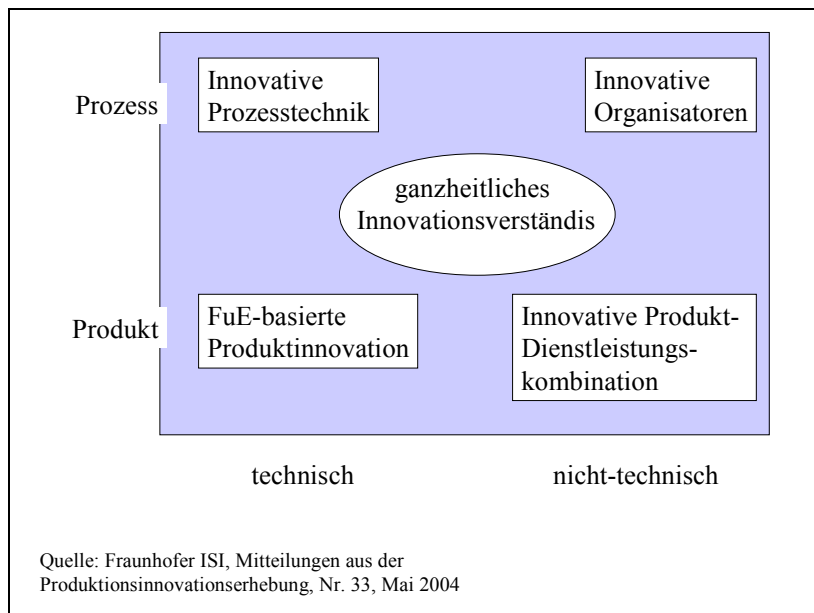
Rang	Branche	Gesamtpunkte	Niveau	Dynamik
1	Elektrotechnik/Elektronik	73	36	37
2	Fahrzeugbau	64	38	26
3	Chemie	58	29	29
4	Metallerzeugung u. -bearbeitung	54	26	28
5	Maschinenbau	52	29	23

²⁴ Stifterverband der Deutschen Wissenschaft "FuE in den Bundesländern - Deutliche Unterschiede in Ost und West" in FuE-Info 2/2004

²⁵ Diese Branchen vereinen mehr als 80 % aller FuE-Ausgaben der deutschen Wirtschaft auf sich.

²⁶ imreg "Strukturanalyse der Industrie und Industrienaher Dienstleistungen in Sachsen", Dresden 2005

Wenn über Innovationen und deren Förderung diskutiert wird, geht es in der Regel um Forschung und Entwicklung (FuE) in Produkte. Dadurch werden andere Innovationsfelder wie Unternehmensorganisation, Prozessoptimierung und Dienstleistungsangebote im Verbund mit Produkten vernachlässigt. Darüber hinaus wird Innovation stark mit Entwicklungssprüngen ("Revolution") und weniger mit beständiger Verbesserung ("Evolution") verbunden. Beides, produktbegleitende und prozessorientierte Innovation sowie Produktevolution bieten jedoch gerade den mittelständischen Unternehmen interessante Potenziale und entsprechen wohl auch eher deren Möglichkeiten und Intentionen.



6.8 Bildung und Qualifikation

6.8.1 Schule

Auf Grund der stark gesunkenen Geburtenrate in Sachsen zu Beginn der 1990er Jahre ging die Zahl der Einschulungen deutlich zurück und hat entsprechende Auswirkungen auf alle Bildungseinrichtungen. Während bei Kindergarten und Grundschule der Rückgang gestoppt ist, setzt sich der Einbruch der Schülerzahlen im Bereich der Mittelschulen und Gymnasien in den kommenden Jahren fort. In der aktuellen Prognose des Sächsischen Kultusministeriums (SMK) muss die Prognose von 2000 weiter nach unten revidiert werden. Ursache dafür sind insbesondere Migrationsverluste, von denen auch die jüngeren Alterskohorten betroffen sind.

Für die kommenden Jahre erwartet das SMK eine Halbierung der Schülerzahlen an öffentlichen Schulen vom Schuljahr 1996/97 bis 2011/12 von insgesamt 755.000 auf 363.000 Schüler. Im Bereich Mittelschulen wird sich die Anzahl der Schüler im gleichen Zeitraum von 222.000 auf 101.700 Schüler reduzieren und in den Gymnasien von 148.000 auf dann noch 62.200. Danach kann von einem (vorläufigen) Ende des Rückgangs der Schülerzahlen ausgegangen werden.

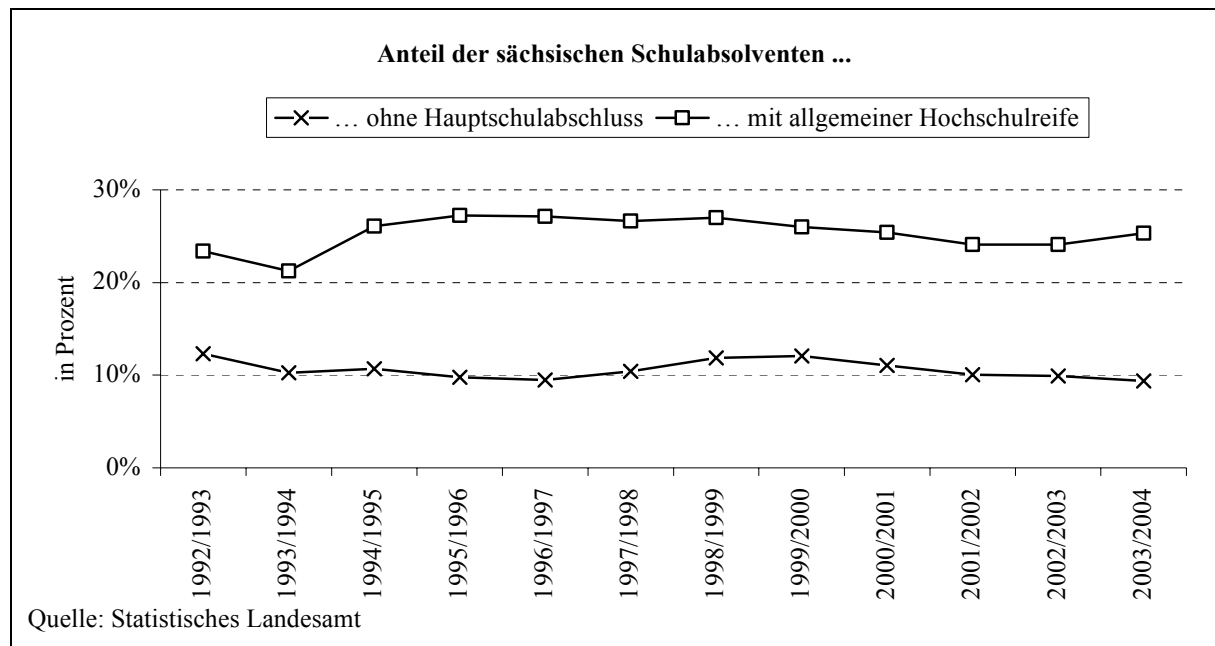
Aufbauend auf diesen Prognosen werden der Lehrerbedarf ermittelt und die Schulnetzplanung erstellt. Deshalb sollen in Sachsen in den kommenden Jahren 82 Schulen geschlossen werden; 110 Schulen werden für einzelne Klassenstufen keine Lehrkräfte mehr erhalten. Zum Neubau

von Schulen, Sporthallen und zur Renovierung von Schulen hat der Freistaat Sachsen von 1991 bis 2002 rund 1,2 Mrd. EUR an Fördermitteln für investive Maßnahmen bereitgestellt²⁷.

Bildung ist in Deutschland Aufgabe der Ländern ("Bildungshoheit"). Struktur und Qualität des Bildungssystems sind von daher innerhalb Deutschlands regional differenziert. So war Sachsen das einzige ostdeutsche Bundesland, das das 12-jährige Abitur nach der Wende beibehielt und damit letztendlich in Deutschland eine Leitfunktion zur Verkürzung der Schulzeit hatte. Dem sächsischen Bildungssystem wird in unabhängigen Tests (TIMMS, PISA) eine führende Position bei nationalen Vergleichen bescheinigt,.

Sachsen hat einen partiell besseren Mix bei den Bildungsabschlüssen der Schulabsolventen. Während bundesweit 28 % aller Schulabsolventen einen Hauptschulabschluss haben, sind es in Sachsen nur 14 %. Hauptschulabsolventen haben am Arbeitsmarkt sowohl bei der Lehrstellensuche als auch bei der späteren Arbeitsplatzsuche überdurchschnittliche Probleme. Bei der Betrachtung darf allerdings nicht übersehen werden, dass einerseits in Sachsen eine deutlich geringere Ausländerquote an den Schulen zu verzeichnen ist (D: 9,8 %; Sachsen: 1,3 %) und Ausländer signifikant öfter nur mit dem Hauptschulabschluss die Schule beenden und dass andererseits in Sachsen die Quote der Schüler mit Hochschul- und Fachhochschulreife um 1 %-Punkt unter dem bundesdeutschen Mittel liegt²⁸.

Zwei Indikatoren zeigen weiteren Handlungsbedarf bei den sächsischen Schulen auf. Zum Einen ist die Quote der Schulabsolventen zu hoch, die ohne Hauptschulabschluss die Schule verlässt. Da in Sachsen jeder zweite Erwerbsfähige ohne Berufsabschluss arbeitslos ist und Schulabsolventen ohne Abschluss oft auch ohne Berufsabschluss bleiben, entsteht hier ein beträchtliches Arbeitslosigkeitsrisiko. Zum Anderen ist die Quote der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife zu gering, um den steigenden Bedarf an Akademikern zu decken und durch eine hohe Qualifikation der Arbeitnehmer Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Regionen zu erlangen.



²⁷ SMK "Schulbauten in Sachsen", Dresden 2003

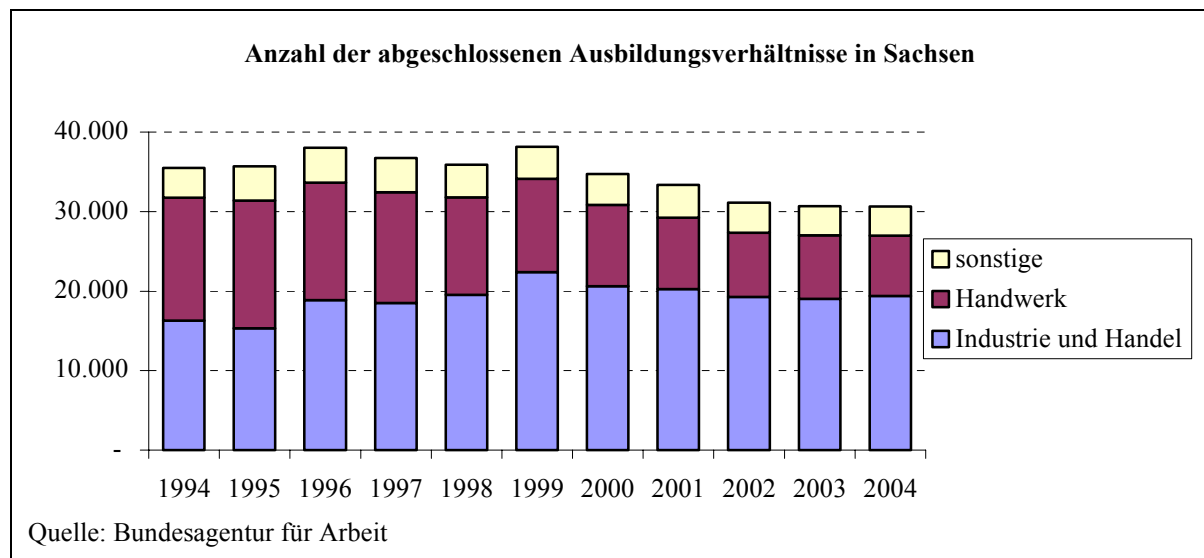
²⁸ Alle Angaben: Statistisches Bundesamt, Schuljahr 2001/2002

Ebenso scheint die Berufsorientierung an den sächsischen Schulen zu schwach ausgeprägt. Trotz einer bestehenden Landesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft ist aktuell nicht erkennbar, wie eine aktive Informationsvermittlung über Berufs- und Karrierechancen auf Basis der Gegebenheiten in der sächsischen Gesellschaft und Wirtschaft erfolgt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Berufswünsche und -vorstellungen der Jugendliche nur eine schwache Übereinstimmung mit dem derzeitigen und zukünftigen gesellschaftlichen Bedarf zeigen. Sachsen kann sich an dieser Stelle nicht von dem allgemeinen Trend in Deutschland abkoppeln.

6.8.2 Berufsausbildung

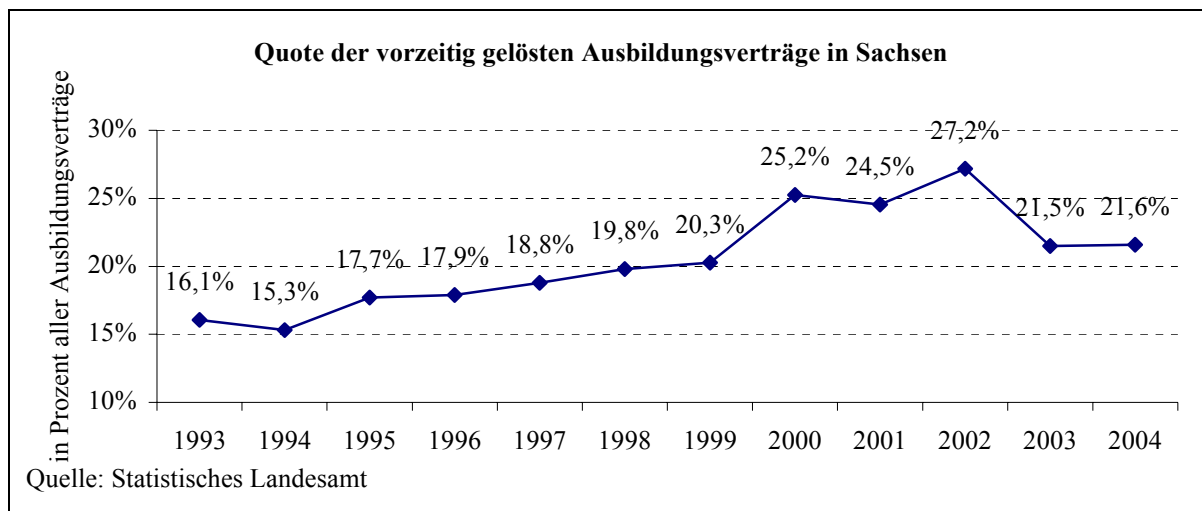
Die Berufsausbildungssituation in Sachsen ist seit Jahren angespannt. Hohe Bewerberzahlen, kleinteilige Unternehmensstrukturen und die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung führen dazu, dass es regelmäßig mehr Bewerber als Lehrstellen gibt. Da der Bewerberüberhang durch verschiedene Maßnahmen zwar temporär entschärft, aber im Endeffekt nur in eine Warteschleife gesetzt wird, erhöhte sich der Anteil der Altbewerber in den zurückliegenden Jahren beständig und liegt heute bei fast 50 % aller Bewerber.

Durch die demografische Entwicklung in Sachsen werden ab 2006 deutlich geringe Schülerabsolventenzahlen erwartet als bisher. Die Ausbildungsplatznachfrage von Neubewerbern wird spürbar zurückgehen und kurzfristig nur noch bei etwa der Hälfte der Bewerberzahlen von Mitte der 2000er Jahre liegen. Hinzu kommen die Altbewerber, die sich in Warteschleifen befinden. Gleichzeitig ist auf Grund der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung ein Rückgang der angebotenen Ausbildungsplätze insbesondere im Handwerk zu verzeichnen.



Nach übereinstimmender Meinung der Experten wird die Entwicklung von Bewerbern und Angebot bei den Ausbildungsplätzen noch in diesem Jahrzehnt zu einem Mangel an ausbildungsfähigen Auszubildenden führen. Um der aktuellen und zukünftigen stark heterogenen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbranchen in Sachsen gerecht zu werden und gesellschaftliche Ressourcen bestmöglich zu nutzen, wird es noch stärker als bisher darauf ankommen, dass die Jugendlichen mit einem hohen Bildungsniveau und einer bedarfsgerechten Berufsorientierung die Schule verlassen. Dadurch können das offensichtliche Ungleichgewicht zwischen Berufswünschen und Arbeitsmarktchancen abgebaut und die Quote der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge reduziert werden.

Es ist bedenklich, wenn in Sachsen trotz der angespannten Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation seit Jahren deutlich mehr als 20 % aller Ausbildungsplätze vorzeitig aufgelöst werden; davon fast die Hälfte unmittelbar nach Beginn der Lehrlingsausbildung. Ebenso sollte nicht hingegenommen werden, dass die favorisierten Berufswünsche der Jugendlichen eine hohe Deckungsquote mit den Berufen aufweisen, die die absolut und oft auch relativ höchsten Arbeitslosenzahlen aufweisen. Dies trifft insbesondere für die Berufsbilder Kraftfahrzeugmechaniker, Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-frau, Friseurin und Berufe im Hotel- und Gaststättenwesen zu²⁹.



6.8.3 Hochschule

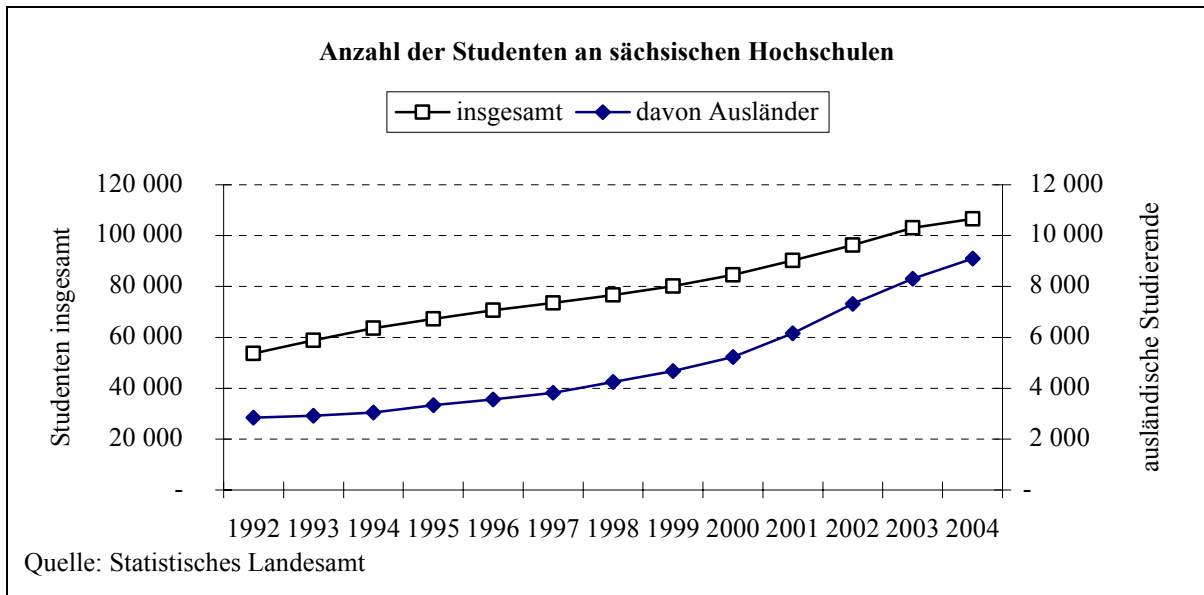
Im Freistaat Sachsen gibt es 4 staatliche Universitäten, 5 Kunsthochschulen, 5 Hochschulen für Technik und Wirtschaft, 7 Berufsakademien und 11 sonstige Hochschulen. Den Hochschulen und ihren Forschungseinrichtungen standen Ende September 2002 insgesamt etwas weniger als 12.000 Haushaltsstellen (inkl. medizinische Fakultäten) zur Verfügung³⁰. Sachsen verfügt damit über eine überdurchschnittliche Dichte von höheren Bildungseinrichtungen im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Der "Bericht der Sächsischen Hochschulentwicklungskommission" und die "Vereinbarung über die Entwicklung bis 2010 zwischen den Staatlichen Hochschulen in Sachsen und der Sächsischen Staatsregierung" sind wichtige Eckpfeiler zur Entwicklung der sächsischen Hochschullandschaft. Die Sächsischen Hochschulentwicklungskommission (SHEK) prognostiziert in ihrem Bericht aus dem Jahr 2001, dass die Studierendenzahlen in Sachsen auf jeden Fall bis 2008/2009 ansteigen werden. Dabei geht sie auch davon aus, dass sich die Nachfrage nach einem Studienplatz auf Grund der positiven Bewertungen sächsischer Hochschulen aus dem Ausland und aus anderen Bundesländern erhöhen wird. Beide Prognosen sind in dieser Form bisher eingetreten.

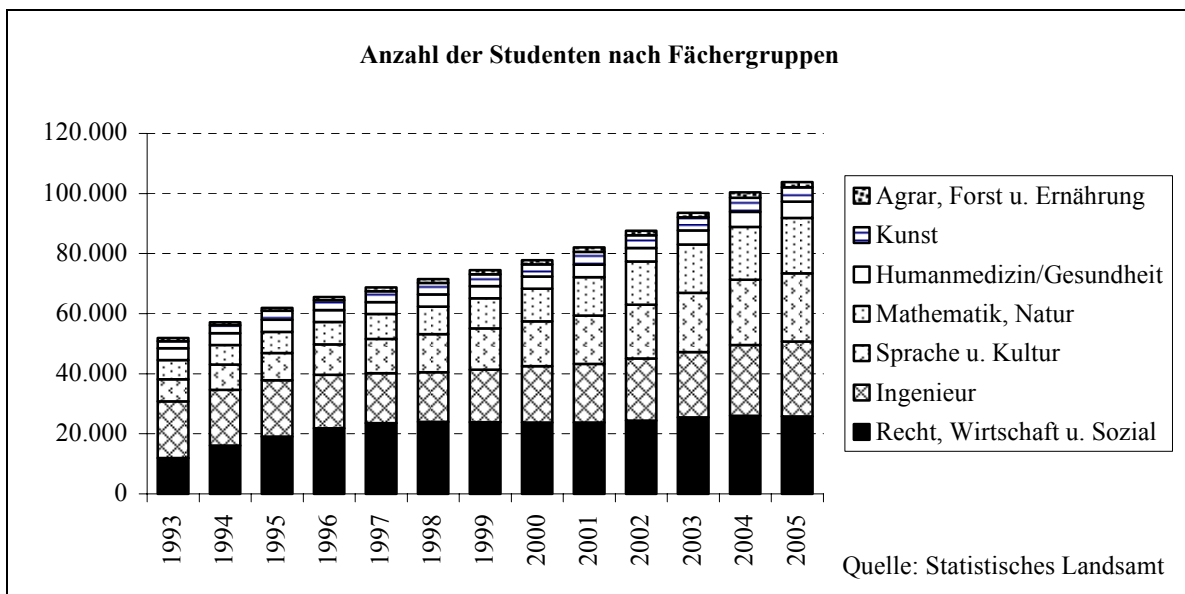
Kritisch angemerkt werden muss, dass die steigenden Studentenzahlen in Sachsen sich nur zeitversetzt auch in steigenden Absolventenzahlen niederschlagen. Erst seit dem Jahr 2000 ist ein entsprechender Anstieg der Abschlussprüfungen zu erkennen.

²⁹ Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen: Vergleich der Arbeitslosen nach Berufsgruppen und der Ausbildungsplatzwünsche der Jugendlichen nach Berufsgruppen

³⁰ Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst



Die SHEK sieht neben einem strukturellen Entwicklungsbedarf in der sächsischen Hochschul-landschaft auch grundsätzliche Herausforderungen im Bereich der Akademiker, die letztendlich auf die Hochschulen wirken, deren Entwicklung aber aktuell nur schwer vorhersagbar ist. Beispielsweise ist dies die notwendige Erhöhung der Hochschulabsolventenquote an einem Altersjahrgang. Die SHEK weist auf eine weitere Besonderheit hin und zwar den "problematischen Widerspruch zwischen einer stagnierenden Nachfrage nach Studienplätzen und einem weltweit ansteigenden Bedarf nach Absolventen ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge." Dieses Paradox konnte in Sachsen in den letzten Jahren zumindest etwas korrigiert werden, die Anzahl der Studenten bei den Ingenieurwissenschaften steigt wieder, hat aber noch lange nicht das quotale Niveau erreicht wie noch Anfang der 1990er Jahre (Verhältnis zur Gesamtstudierendenzahl).



Das Hochschul-Informationssystem und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung haben im Jahr 2005 eine international vergleichende Analyse zu den Ausbildungsleistungen der Hochschulen erstellt³¹. Im Mittelpunkt steht dabei der natur- und ingenieurwissenschaftli-

³¹ HIS-Kurzinformation "Die Ausbildungsleistungen der Hochschulen", Hannover 2005

che Nachwuchs in Deutschland. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Aussagen analog für Sachsen gelten. Die wichtigsten Erkenntnisse:

- Es ist mit einem steigenden Akademikerbedarf der Wirtschaft zu rechnen. In den für die technologische Entwicklung besonders wichtigen Fachrichtungen (Ingenieurwissenschaften) ist von einer überdurchschnittlichen Nachfrage auszugehen. Hinzu kommt der aus altersbedingten Gründen mittelfristig stark ansteigende Ersatzbedarf an Akademikern.
- Das Studierendenpotenzial der Natur- und Technikwissenschaften wird im hohen Maße durch die in der Schule entwickelten Interessen und die im Unterricht gemachten Erfahrungen bestimmt. Wichtige Entscheidungen über die Abwahl naturwissenschaftlicher und technikaffiner Fächer fallen bereits zu Beginn der Oberstufe.
- Die deutsche Hochschulabsolventenquote ist im internationalen Vergleich nicht nur sehr niedrig, sondern der Abstand zu anderen OECD-Ländern nimmt sogar noch zu. Insbesondere der Anteil der Ingenieure an allen Absolventen ist weiter rückläufig.

Es bleibt festzuhalten, dass Sachsen über eine umfassende und anerkannte Hochschullandschaft verfügt, die prinzipiell in der Lage ist den erforderlichen Akademikernachwuchs heranzubilden. Allerdings mangelt es an (sächsischen) Studierenden. Ebenso sind technisch-naturwissenschaftliche und insbesondere ingenieurwissenschaftliche Fächer unterbelegt.

6.8.4 Weiterbildung

Der Weiterbildungsmarkt in Sachsen ist hochgradig geprägt durch Angebote, die gefördert werden. Wesentliche Quellen der Förderung sind die Arbeitsagenturen und der ESF. Nur 13 % der ostdeutschen Bildungsträger bezeichnen sich selbst als nicht abhängig von der staatlich finanzierten Weiterbildung³². Die Subventionen für die Weiterbildung wurden bis vor kurzem an Bildungsträger ausgereicht, die ihrerseits Bildungsangebote erarbeiteten.

Auf Grund der zunehmenden Kritik an den Ergebnissen dieser Praxis (z. B. niedrige Eingliederungsquoten der Teilnehmer) reagierten Arbeitsagenturen und die sächsische ESF-Verwaltungsbehörde fast gleichzeitig mit drastischen Änderungen der Rahmenbedingungen. Im Mittelpunkt stehen dabei angabegemäß bedarfsgerechtere Weiterbildungsangebote. Faktisch wurden jedoch zuerst die zur Verfügung stehenden Mittel deutlich reduziert. Nach Einschätzung des Bildungswerkes der Sächsischen Wirtschaft e.V. (bsw) hat sich das Marktvolumen seit dem Jahr 2000 halbiert. Das hat zu einem heftigen Anpassungsprozess bei den in Sachsen aktiven Bildungsträgern geführt; Preisverfall und Kapazitätsanpassungen halten aktuell noch an. Die Zahl der Insolvenzen und Geschäftsaufgaben ist angestiegen. Strukturell ist der Prozess vergleichbar mit der Krise in der ostdeutschen Bauwirtschaft, die Mitte der 1990er Jahre begann, als staatliche Subventionen kurzfristig und deutlich reduziert wurden.

Damit sind jedoch die Herausforderungen einer qualifizierenden, bedarfsgerechten, hochwertigen und abnehmerakzeptierten Weiterbildung nicht gelöst. Offensichtlich konnte bisher keine Lösung entwickelt werden, wie öffentliche Mittel für Weiterbildung verwendet werden können, so dass

- eine Qualifizierung erfolgt, die der Markt als solche akzeptiert,
- die Angebote dem objektiven und subjektiven Bedarf der Weiterbildungsteilnehmer und/oder der Wirtschaft entsprechen,

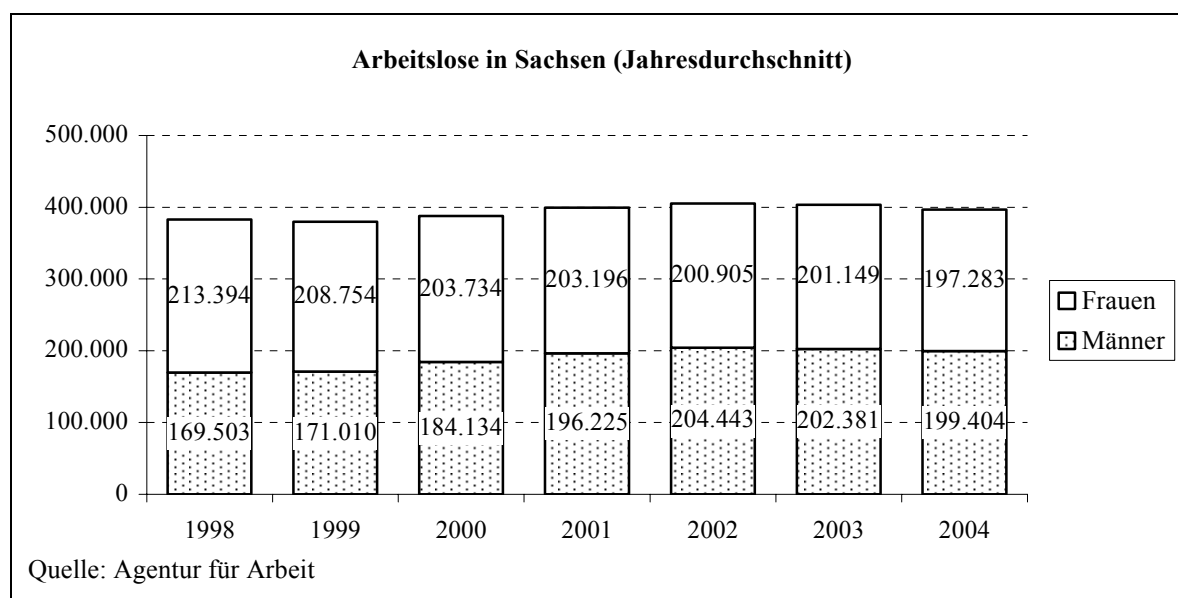
³² Bundesministerium für Bildung und Forschung "Berufsbildungsbericht 2004", Berlin 2004

- die Qualität der Weiterbildung sich stärker an der Einschätzung und Verwertbarkeit beim Abnehmer misst und weniger an formalen Kriterien wie Stundenumfang und Kosten,
- die Abnehmer bereit sind, Weiterbildungsangebote mit Bereitstellung eigener Ressourcen (Zeit, Geld) anzunehmen.

Ebenso ist es anachronistisch, dass trotz der öffentlichen Diskussion um die Notwendigkeit eines "Lebenslangen Lernens" nicht die Individuen, sondern oftmals die Arbeitgeber der Individuen als Empfänger der subventionierten Weiterbildung betrachtet werden und Arbeitnehmer von nicht-mittelständischen Unternehmen (gemäß EU-Definition) daher von Weiterbildungsangeboten partiell ausgeschlossen werden.

6.9 Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktsituation in Sachsen ist seit Jahren sehr angespannt. Die Arbeitslosigkeit hat sich auf einem hohen Niveau verfestigt. Aktuell gibt es 395.000 Arbeitslose³³. Die Arbeitslosenquote liegt seit Mitte der 1990er Jahre stabil zwischen 17 und 18 %, wobei ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Männern einer leichten Reduzierung bei den Frauen gegenübersteht. Eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit (44 % aller Arbeitslosen) ist eine Begleiterscheinung der schwierigen Situation. Deshalb war in den zurückliegenden Jahren ein stetiger Anstieg von Empfänger der Arbeitslosenhilfe (seit 01.01.05: Arbeitslosengeld II) bei gleichzeitigem Rückgang der Empfänger von Arbeitslosengeld zu beobachten.



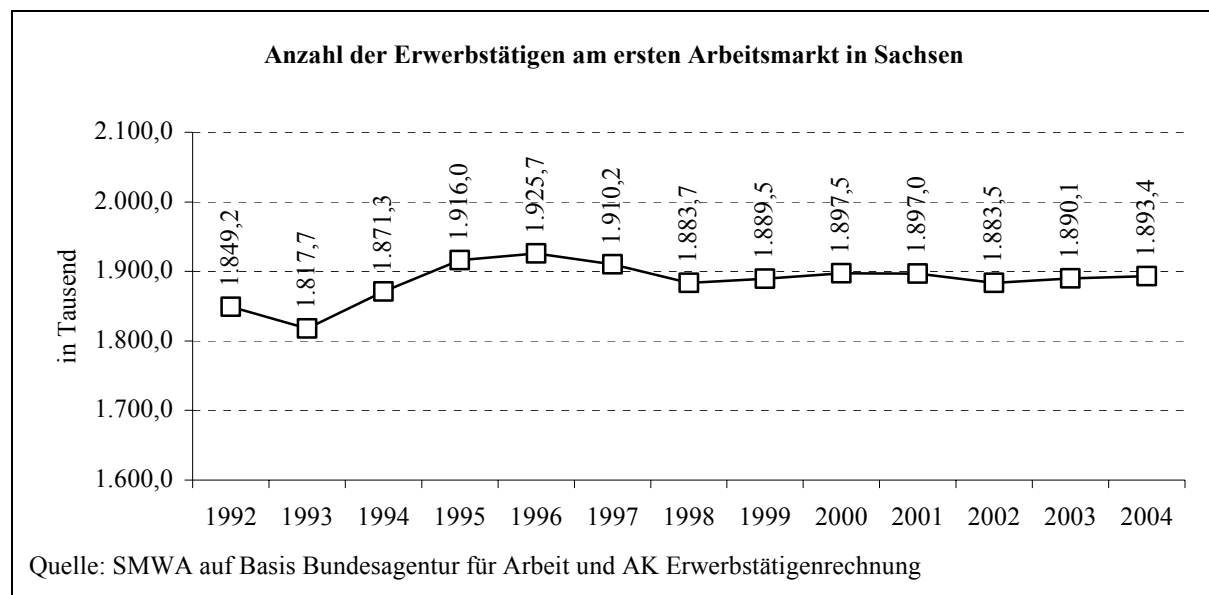
Der Arbeitsmarkt in Sachsen ist auch durch eine extensive Nutzung von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik geprägt. Nahmen 1998 im Jahresdurchschnitt noch mehr als 120.000 Erwerbsfähige an ABM, SAM und beruflicher Weiterbildung teil, waren es im Jahr 2003 etwa 55.000. Ausschlaggebend für den Rückgang bei diesen Instrumenten sind die unbefriedigenden Eingliederungserfolge bei gleichzeitig sehr hohen Kosten. Im Gegenzug sind jedoch andere Instrumente installiert worden wie beispielsweise die "Ich-AG". Bei einer summarischen Betrachtung aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente ergibt sich daher keine wesentliche Reduzierung der Fallzahlen zwischen Mitte der 1990er Jahre und heute.

³³ Stand: Juli 2005; Agentur für Arbeit

Der Arbeitsmarkt in Sachsen hat - wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern - einige Besonderheiten im Vergleich zum gesamtdeutschen Arbeitsmarkt:

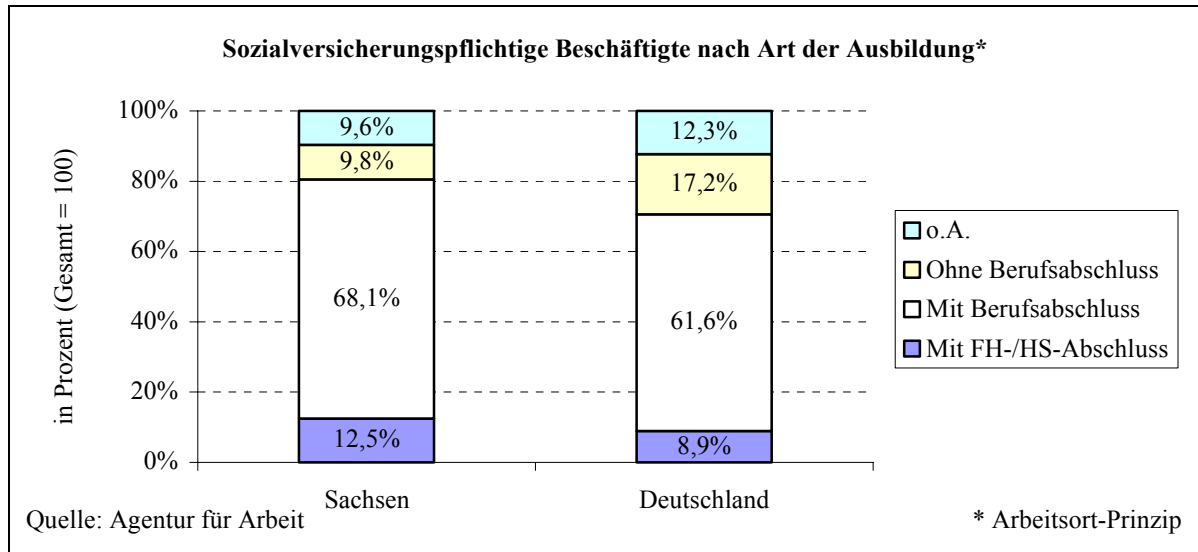
- Die Arbeitslosenquoten haben je nach Qualifikation der Erwerbsfähigen eine enorme Spreizung. Während hoch Qualifizierte eine Arbeitslosenquote von nur rund 5 % aufweisen, beträgt diese für durchschnittlich Qualifizierte bereits fast 20 % und für gering Qualifizierte rund 50 %.³⁴
- Die Erwerbsneigung der Erwerbsfähigen ist trotz der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt sehr hoch. Ursache dafür könnte sein, dass erst durch gemeldete Arbeitslosigkeit Zugang zu Arbeitsmarktinstrumenten und Lohnersatzleistungen besteht.
- Das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen ist deutlich höher als im bundesdeutschen Durchschnitt. Die Quote der Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss ist fast nur halb so hoch wie in Westdeutschland.
- Arbeitslosigkeit von Ausländern und Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt spielen eine untergeordnete Rolle, weil der Ausländeranteil in Sachsen auf niedrigem Niveau verharret.

Bemerkenswert für den sächsischen Arbeitsmarkt ist sich entgegen der öffentlichen Wahrnehmung der erste Arbeitsmarkt relativ bei etwa 1,9 Mio. Erwerbstätigen eingeepegelt hat und stabil hält. Berücksichtigt man die abnehmenden Bevölkerungszahlen in Sachsen, gewinnt die Stabilität des ersten Arbeitsmarktes an zusätzlicher Bedeutung.

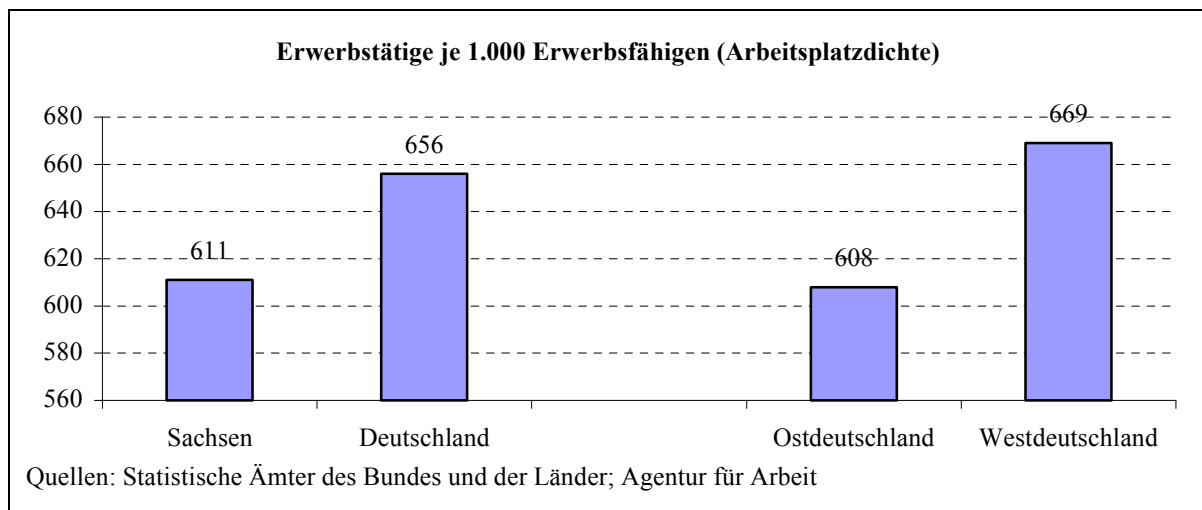


Arbeitslosigkeit korreliert in Sachsen sehr stark mit dem Qualifikationsniveau der Erwerbsfähigen. Das ist vor allem bemerkenswert, weil die sächsischen Erwerbsfähigen eine formal höhere Qualifikation haben als im bundesdeutschen Durchschnitt und eigentlich in den höheren Qualifikationsstufen ein Überangebot vermutet werden könnte. Das Gegenteil ist aber der Fall. Der Arbeitsmarkt ist sehr aufnahmefähig bei Hochqualifizierten und hat sehr hohe Einstellungsbarrieren bei Geringqualifizierten. Daraus weiteren Qualifizierungsbedarf abzuleiten, geht jedoch an den Marktgegebenheiten vorbei, wie die geringen Eingliederungsquoten zeigen. Vielmehr kommt es darauf an, Arbeitnehmer mit einer höchstmöglichen Qualifikation für den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

³⁴ IAB Sachsen "Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten - Länderstudie Sachsen", 2005



Ein wesentlicher Schlüssel zur Entspannung der Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt liegt in einer höheren Aufnahmefähigkeit für geringer qualifizierte Arbeitnehmer. Langfristige Entwicklungen in der Wirtschaft (Stichworte: Tertiärisierung, Dienstleistungsgesellschaft) bieten dafür eine gewisse Voraussetzung. Eine Integration der Geringqualifizierten und von Teilen der Mittelqualifizierten in den Arbeitsmarkt wird sich aber nur über marktgerechte Entgelte lösen lassen. Der Arbeitsmarkt kann heute nur sehr eingeschränkt das Angebot an Arbeitskräften in diesem Qualifikationssegment aufnehmen, weil durch Lohnersatzleistungen und aktive Arbeitsmarktpolitik faktische Mindestlöhne wirken, die offensichtlich oberhalb der Marktlöhne liegen. Erst wenn es hier zu einem natürlichen Marktausgleich kommen kann, wird die Nachfrage nach den entsprechenden Arbeitskräften steigen. Dem folgend würde sich die Arbeitsplatzdichte in Sachsen erhöhen.



Gleichwohl wäre eine Konzentration der Aktivitäten bei der Arbeitsmarktpolitik auf (Langzeit-)Arbeitslose und Geringqualifizierte nicht der richtige Weg. Durch die demografische Entwicklung, verstärkte Altersabgänge insbesondere in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, der bereits beschriebenen relativ geringen Studienneigung sächsischer Schulabsolventen und den langfristigen Trend steigender Qualifikationsanforderungen muss im Bereich der Qualifizierten und Hochqualifizierten ein ausreichendes Fachkräftepotenzial zur Verfügung stehen. Ein Fachkräftemangel wirkt auf Grund der Knappheiten bei der Verfügbarkeit

von Wissen in der Regel sogar überproportional negativ auf die Beschäftigungsmöglichkeiten Geringqualifizierter.

6.10 Soziale Situation

Das Wohlstandsniveau in Sachsen ist in den zurückliegenden 15 Jahren sehr deutlich gestiegen. Die soziale Situation hat sich für viele Bevölkerungsgruppen erheblich verbessert. Die Haushaltseinkommen haben sich flächendeckend erhöht, stagnieren jedoch seit mehreren Jahren weitgehend auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung. Ebenso muss hinzugefügt werden, dass etwa ein Drittel der verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland/Sachsen aus Transferleistungen stammt, dem keine adäquate Wirtschaftsleistung der Region gegenübersteht. Der Wohlstand ist demzufolge hochgradig "fremdfinanziert".

6.10.1 Materieller Wohlstand

Im Jahr 2003 betrug das durchschnittliche Nettoeinkommen in Ostdeutschland 2.233 EUR³⁵. Das waren 10 % mehr als 1998, aber über 20 % weniger als in Westdeutschland. Gemessen nach OECD-Standard waren 2003 19,3 % der ostdeutschen Bevölkerung von einem Armutsrisiko betroffen (West: 12,2 %). Bei einer fiktiven Abrechnung aller Transfers vom Nettoeinkommen haben 55 % und damit mehr als die Hälfte aller Ostdeutschen ein Armutsrisiko. Dies belegt noch einmal die Aussage des "fremdfinanzierten" Wohlstands. Ein besonderes Armutsrisiko mit über 30 % haben Arbeitslose und Alleinerziehende.

Die Anzahl derjenigen, die eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) erhalten, steigt in Ostdeutschland kontinuierlich, hat aber noch nicht das Niveau von Westdeutschland erreicht. Sachsen hatte daher im Jahr 2002 mit 147 EUR/Einwohner die geringsten Sozialhilfeausgaben aller Bundesländer (D: 266 EUR/Einwohner).

Es bleibt aber auch festzustellen, dass die Haushaltsausstattung bei Gütern wie Fernseher, Kühlschrank, Waschmaschine und Telefon in Sachsen quasi 100 % beträgt. Andere Güter zeigen einen hohen und bis zum aktuellen Rand steigenden Ausstattungsgrad der Haushalte an. Zum Beispiel: PKW (72 %), Mobiltelefon (67 %), PC (52 %), Mikrowelle (56 %)³⁶. Der Ausstattungsgrad der Mehrpersonenhaushalte liegt erheblich über den ausgewiesenen mittleren Ausstattungsgrad, weil Einpersonenhaushalte über eine unterdurchschnittliche Ausstattung verfügen und den Durchschnitt "nach unten ziehen". Im Vergleich zu Westdeutschland ist der Ausstattungsgrad der sächsischen Haushalte im Durchschnitt etwa 10 % niedriger.

Auch die Wohnungssituation hat sich in Sachsen weiter deutlich verbessert. Die Quote an Wohneigentum ist in den vergangenen 10 Jahren um fast 10 %-Punkte gestiegen und liegt jetzt bei etwa 35 %. Die Wohnflächenversorgung hat weiter zugenommen und die Mieten sind niedrig, stabil und liegen etwa 15 % unter westdeutschem Niveau.

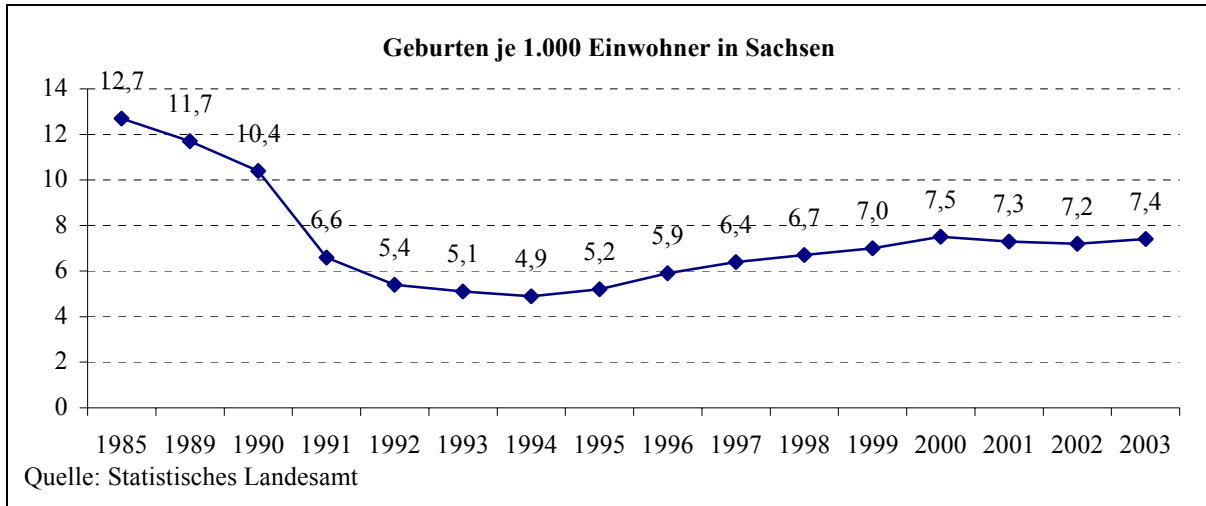
6.10.2 Geburten

Das statistisch ausgewiesene Wohlstandsniveau ist aber nur die eine Seite, gefühlter Wohlstand und soziale Sicherheit eine andere. Ganz offensichtlich trägt der permanente Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland dazu bei, dass viele Fortschritte weniger wahrgenommen werden und der eigene Wohlstand unterschätzt wird. Die hohe Arbeitslosigkeit führt zu Verunsicherung, die sich letztendlich auch im sozialen Bereich niederschlägt. Neben dem

³⁵ Lebenslagen in Deutschland - Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

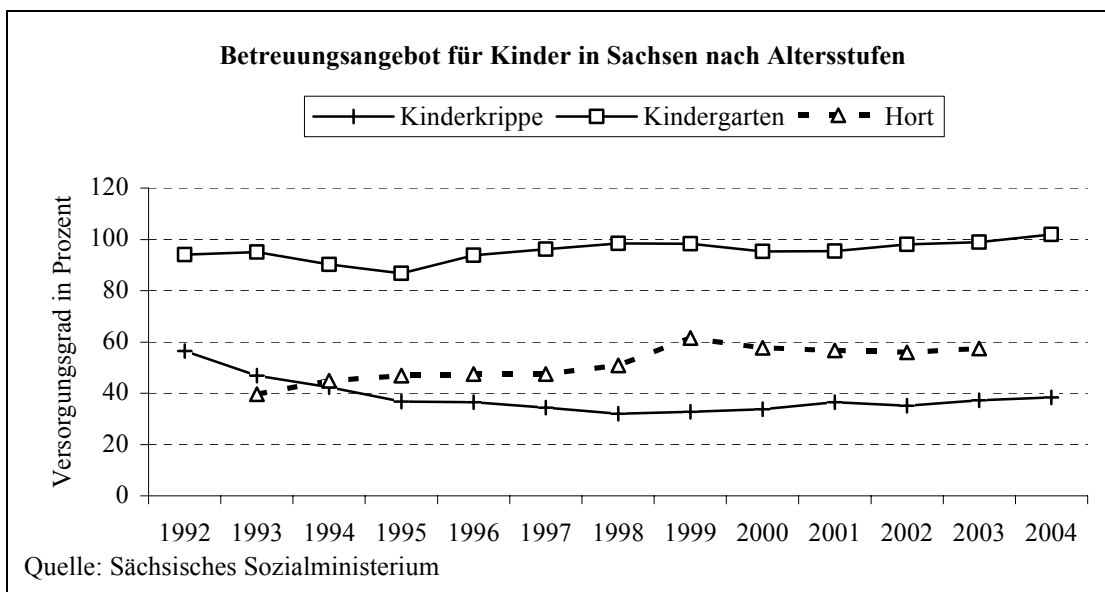
³⁶ Quelle: Statistisches Landesamt

veränderten Geburtenverhalten (Mütter sind heute bei der Geburt des Kindes im Durchschnitt vier Jahre älter als 1989.) ist die gefühlte instabile Situation ein Grund für die geringe Geburtenrate in Sachsen. Je 1.000 Einwohner werden aktuell nur 7,4 Kinder geboren (West: 8,6), die Fertilitätsrate der Frauen ist auf 1,2 Kinder (West: 1,35) gesunken. Bei Ausklammerung von Migrationseffekten müsste die Fertilitätsrate bei 2,1 Kindern liegen, um das Bevölkerungsniveau stabil zu halten.



6.10.3 Kinderbetreuung

Anders als in Westdeutschland spielt ein mangelndes quantitatives Angebot von Kinderbetreuungsangeboten in Sachsen keine signifikante Rolle beim Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Kindererziehung. Damit kann dies zumindest objektiv kein Grund sein, sich einen Kinderwunsch nicht zu erfüllen. So wurde die Anzahl der Kinderkrippenplätze nach einem deutlichen Rückgang bis Mitte der 1990er Jahre ebenso kontinuierlich erhöht wie zeitversetzt die Kindergartenplätze. Allerdings scheint es bei der Kinderbetreuung in Sachsen trotzdem noch qualitative Verbesserungsmöglichkeiten zu geben. Insbesondere wird von Eltern bemängelt, dass Kindereinrichtungen nur selten bedarfsgerechte, flexible Öffnungszeiten haben und auf sehr kurzfristigen Betreuungsbedarf ("Notfälle") nicht reagiert werden kann³⁷.



³⁷ Quelle: Forsa, 2005

6.10.4 Medizinische Versorgung

Für die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln und anderen apothekenüblichen Waren stehen in Sachsen 957 öffentliche Apotheken (31.12.04) zur Verfügung. Damit hat sich die Zahl öffentlicher Apotheken seit 1990 fast verdoppelt. Mit einer Versorgungsdichte von durchschnittlich 4.490 Einwohnern pro Apotheke ist eine flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleistet (D-gesamt: 3.857 Einwohner/Apotheke).

Auch bei der ambulanten medizinischen Versorgung ist in Sachsen insgesamt von einer flächendeckenden Versorgung auszugehen. Obwohl die Anzahl der niedergelassenen Ärzte bis zum Jahre 2001 angestiegen ist, mehren sich jedoch die Hinweise, dass vor allem in ländlichen Regionen die Wiederbesetzung von Arztpraxen schwieriger wird. Die Altersstruktur der niedergelassenen Ärzte lässt nach Angaben des Sächsischen Sozialministeriums erwarten, dass sich dieses Problem in den nächsten fünf Jahren verschärfen wird. Derzeit betreiben 5.850 Ärzte und 3.000 Zahnärzte in freier Niederlassung eine eigene Praxis.

In Sachsen existiert ein funktional abgestuftes System von eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern, das die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung gewährleistet. Planungsinstrument für die Krankenhauskapazitäten ist der Krankenhausplan des Freistaates Sachsen, der Grundsätze und Leitlinien der Krankenhausplanung, Versorgungsaufträge und konkrete Kapazitäten festgelegt. Seit 1991 wurden 132 große Baumaßnahmen mit einem Fördervolumen von 2,43 Mrd. EUR realisiert und quotal gefördert. Weitere 13 große Baumaßnahmen mit einem Fördervolumen von 204 Mio. EUR befinden sich im Bau.

6.11 Infrastruktur

Die ostdeutschen Bundesländer haben 1999 in Vorbereitung der Verhandlungen zum Solidarpaket II beim Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)³⁸, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)³⁹ und beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung Essen (RWI)⁴⁰ mehrere Gutachten zum infrastrukturellen Nachholbedarf der neuen Bundesländer in Auftrag gegeben. Alle Gutachten müssen auf weitreichende Annahmen und Schätzungen zurückgreifen; eine konsistente und verlässliche Datenbasis ist kaum vorhanden.

Der infrastrukturelle Nachholbedarf wurde auf der Grundlage der genannten Gutachten bei den Solidarpaketverhandlungen mit einer Größe von 150 Mrd. EUR in Preisen von 2005 angesetzt. Besonderer Nachholbedarf liegt nach Aussage der Gutachten in den Bereichen kommunaler Gemeinschaftsdienste (z. B. Ortsentwässerung), Straßenbau, Schulen und Hochschulen.

In anderen Bereichen der Infrastruktur wie beispielsweise Verwaltung, öffentliche Sicherheit, Kultur, soziale Sicherung und Krankenanstalten ist dagegen eine bessere Infrastrukturausstattung (höheres Bruttoanlagenvermögen) als in Westdeutschland zu verzeichnen. Da dort das Niveau bereits als im internationalen Maßstab hoch angesehen werden kann, liegt hier in Ostdeutschland wahrscheinlich sogar eine Überversorgung vor. Teilweise wurde dies verursacht durch die grundgesetzlich festgeschriebenen Gemeinschaftsaufgaben, die offensichtlich nicht

³⁸ "Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer"

³⁹ "Infrastrukturausstattung und Nachholbedarf in Ostdeutschland"

⁴⁰ "Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht"

immer bedarfsgerecht wirken. Teilweise gibt es aber auch Fehleinschätzungen der öffentlichen Hand zur Inanspruchnahme der bereitgestellten Infrastruktur.

Nach dem Abschluss der Solidarpaktverhandlungen wurden die Schätzungen zum infrastrukturellen Nachholbedarf nach unten revidiert. Das DIW kam bei einem Gutachten im Auftrag des Bundesfinanzministeriums bereits im Jahr 2001 zu dem Ergebnis, dass die Lücke, die unmittelbar und allein das Anlagevermögen der Länder und Gemeinden betrifft, niedriger ist als ursprünglich angenommen. Das IWH vermerkt ebenso: "infrastruktureller Nachholbedarf vermutlich kleiner als 1999 erwartet". Als Begründung werden die regional differenzierte Infrastrukturausstattung, rückläufige Einwohnerzahlen und die höhere Modernität der ostdeutschen Infrastruktur angegeben.

Dass beim Thema Infrastruktur offensichtlich häufiger eine Überschätzung des tatsächlichen Bedarfs vorliegt, zeigt auch der Fall der Mittelverwendung im EFRE in Sachsen. Im Jahr 2000 wurden umfangreiche Mittelumwidmungen zu Gunsten der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung vorgenommen, um im Jahr 2005 unter Verweis auf andere Finanzierungsquellen (Hochwasserbeseitigung) festzustellen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht verbraucht werden können. Die Dohnanyi-Kommission stellt fest: "Die Infrastruktur ... ist im Osten bereits weitgehend wettbewerbsfähig. Für den Aufbau wettbewerbsfähiger Unternehmen ist sie nur noch sehr bedingt ergänzungsbedürftig."⁴¹ Damit wurde erstmals die allgemein akzeptierte Formel, dass in Ostdeutschland vordergründig Infrastrukturinvestitionen gefördert werden müssten, um den wirtschaftlichen Aufholprozess zu beschleunigen kritisch beleuchtet. Die Deutsche Bank fragt sogar "Wird aus der Infrastrukturlücke ein Überhang?"⁴². Ebenso ist festzustellen, dass Fragen zur Infrastruktur heute differenzierter betrachtet werden und eine pauschale Befürwortung des weiteren Ausbaus der Infrastruktur bei "konsumnaher" Infrastruktur (Stichwort Spaßbäder) in Frage gestellt wird⁴³.

Bevölkerungswanderung in Sachsen, Migration in und aus anderen Regionen und die demografische Entwicklung führen zu einem neuen Bewusstsein bei der Beurteilung der Infrastruktur. In einigen strukturschwachen Regionen in Sachsen werden mittlerweile Pilotprojekte zum Rückbau der Infrastruktur durchgeführt, da Infrastruktur hohe Fixkosten verursacht, die bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen von einem immer kleiner werdenden Kreis aufgebracht werden müssen.

6.11.1 Verkehr

Straße

Sachsen hat eine Straßennetzlänge von mehr als 36.000 km. Davon sind 13.540 km Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundesfern-, Staats- und Kreisstraßen), für etwa 23.000 km sind die Gemeinden Baulastträger. Sachsen verfügt damit zwar über ein quantitativ gut ausgestattetes Straßennetz, das aber insbesondere im kommunalen Bereich qualitative Mängel aufweist.

Von 1991 bis 2004 wurden in Sachsen etwa 12 Mrd. EUR in das Straßennetz investiert (ohne Beseitigung Hochwasserschäden, ohne Ingenieurleistungen). In die Bundesstraßen flossen dabei etwa 5,5 Mrd. EUR, in Staatsstraßen etwa 1,7 Mrd. EUR und Straßen mit kommunaler Baulast etwa 3,8 Mrd. EUR. Konsolidiert wurden in den zurückliegenden Jahren jeweils zwischen 750 und 850 Mill. EUR p. a. für den Straßenbau verwendet (ohne Beseitigung Hoch-

⁴¹ Bericht des Gesprächskreises Ost der Bundesregierung "Kurskorrektur des Aufbau Ost", Hamburg 2004

⁴² Deutsche Bank "Perspektiven Ostdeutschland - 15 Jahre danach", Frankfurt/Main 2004

⁴³ Georg Milbradt "Zukunft Ost - Chance für Deutschland", Dresden 2004

wasserschäden, ohne Ingenieurleistungen). Die Bundesfernstraßen (Autobahnen und Bundesstraßen) als weiträumige Verbindungen sowie die Staatsstraßen werden schrittweise weiter ausgebaut. Der Verkehrsbericht 2004 des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zeigt dies detailliert⁴⁴. Es sind Lückenschlüsse und Netzergänzungen im Autobahnnetz (A17, A38, A72) sowie nahezu 300 Ortsumgehungen im Bundes- und Staatsstraßennetz zu realisieren; die Qualität der Straßen (einschließlich Brücken) in kommunaler Baulast ist zu verbessern. Die dafür benötigten finanziellen Mittel sind sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene erheblich. Diesem Umstand wurde in der aktuell laufenden Strukturfondsperiode Rechnung getragen (siehe Kapitel 4.2). Auch über das Jahr 2006 sind weitere Investitionen erforderlich. Beispielsweise gibt es im Netz der Staatsstraßen bei Berücksichtigung aller perspektivischen Ausbauprojekte einen Bedarf in Höhe von etwa 1 Mrd. EUR in den kommenden 10 Jahren.

Schiene

Sachsen verfügt über das dichteste Schienennetz in Deutschland. Allerdings sagt dies nichts über die Leistungsfähigkeit aus. Hinzu kommt, dass sich mehr als 90 % des Schienennetzes im Zuständigkeitsbereich der DB Netz AG befinden. Investitionen sind daher nicht Angelegenheit des Landes, sondern werden über das Bundesschienenwegeausbaugesetz geregelt. Für den Freistaat gibt es Handlungsmöglichkeiten bei der Unterstützung im Nahverkehr und bei der Etablierung nichtbundeseigener Eisenbahnen. Das erweist sich auf Grund des Geschäftsbereichs der Deutschen Bahn AG als schwierig, auch wenn deren Anteil an der Betriebsleistung im Schienenpersonennahverkehr in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich auf inzwischen 18,7 % gestiegen ist.

Luftverkehr

Sachsen verfügt mit Leipzig/Halle und Dresden über zwei ausgebaute Verkehrsflughäfen sowie über verschiedene Verkehrslandeplätze. Die Verkehrsflughäfen sind mit erheblichen Mitteln modern ausgebaut worden, müssen aber seit Mitte der 1990er Jahre stagnierende bis leicht rückläufige Passagierzahlen verzeichnen. Das Frachtaufkommen steigt zwar kontinuierlich, entspricht aber nicht den Möglichkeiten, die die Kapazitäten zulassen. Ein weiterer Ausbau der Verkehrsflughäfen scheint daher nur diskussionswürdig, wenn wie in Leipzig/Halle auf Grund spezifischer privatwirtschaftlicher Investitionsentscheidungen ein nachhaltig anderer Bedarf gesichert ist.

Binnenschifffahrt

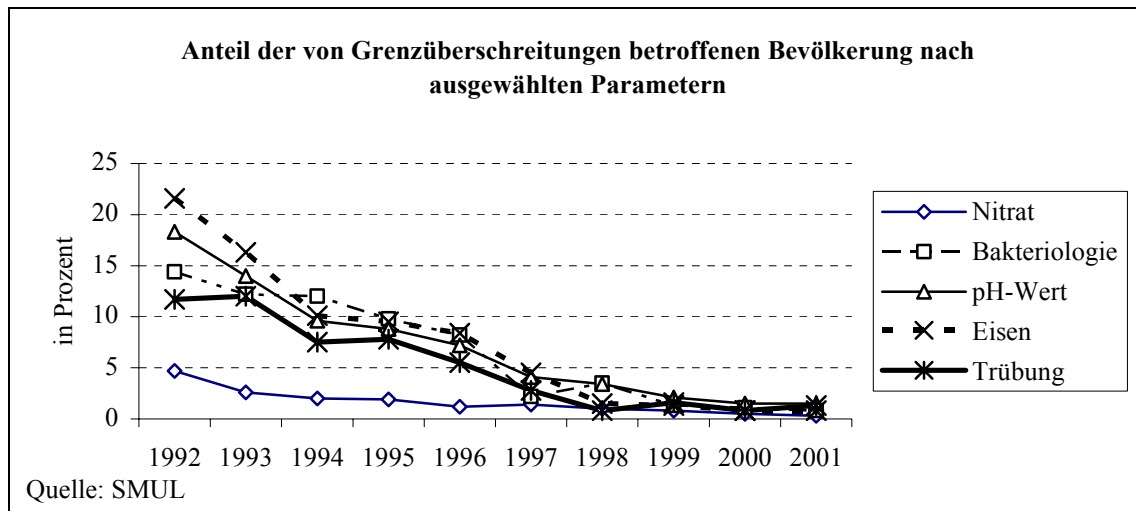
Sachsen ist über die Elbe an norddeutsche Seehäfen angebunden und verfügt in Dresden, Riesa und Torgau über Binnenhäfen. Der Güterumschlag ist seit Mitte der 1990er Jahre stabil bis leicht rückläufig. Es ist derzeit nicht erkennbar, dass ein weiterer Ausbau der Elbe opportun ist. Daher werden Wachstumspotentiale bei diesem Verkehrsträger kaum erschließbar und größere Investitionen nicht erforderlich sein, auch wenn die Schifffahrt allgemein als sehr umweltverträglich und kostengünstig anerkannt ist.

6.11.2 Wasser/Abwasser

Der Anschlussgrad an die öffentliche Wasserversorgung hat sich in Sachsen auf 98,8 % im Jahr 2000 erhöht (1990: 93,8 %). Nur noch 50.000 Einwohner sind in Sachsen nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Nach aktuellen Planungen soll der Anschlussgrad bis 2005 auf 99,2 % und bis 2010 auf 99,4 % weiter erhöht werden. Ein höherer Anschlussgrad ist nach Angaben des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) ökonomisch nicht sinnvoll.

⁴⁴ SMWA "2004 Verkehr in Sachsen - Zahlen und Fakten -", Dresden 2005

Der mittlere Trinkwasserbedarf beträgt in Sachsen derzeit 631,4 Tm³ pro Tag und wird bis 2010 um etwa 10 % zurückgehen. Die verfügbare Kapazität liegt bei konstant etwa 880 Tm³ pro Tag. Eine quantitativ ausreichende Versorgung ist in allen sächsischen Regionen gegeben. Aber auch die Qualität der Trinkwasserversorgung wurde extrem verbessert. Die Belastungen aus Nitrat, Bakteriologie, Eisen und anderen Parametern sind bis 2001 gemessen an den Beanstandungsquoten um über 90 % zurückgegangen. Selbst die Beanstandungen lagen oft nur gering über den Grenzwerten; gesundheitliche Gefahren waren regelmäßig nicht gegeben.



Für die Jahre 2006-2010 sind Investitionen im Bereich der Wasserversorgung in Höhe von etwa 350 Mio. EUR geplant. Dabei sollen 70 % der veranschlagten Mittel für die weitere Erhöhung des Anschlussgrades, die Sanierung der vorhandenen Leitungssysteme und den Ersatz vorhandener Bleileitungen verwendet werden.

Im Freistaat Sachsen sind gegenwärtig 804 kommunale Kläranlagen mit einer Kapazität ab 50 Einwohner in Betrieb. Der Anteil der seit 1991 neu errichteten, sanierten oder erweiterten Anlagen an der gesamten vorhandenen Behandlungskapazität beträgt 85 %. In 96 % der Kläranlagen wird das Abwasser biologisch behandelt und in nur noch 4 % der kommunalen Kläranlagen wird Abwasser lediglich mechanisch gereinigt. Angabegemäß ist es Ziel des SMUL, bis zum Jahr 2006 die notwendigen Investitionen für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung (91/271/EWG Behandlung von kommunalem Abwasser) im Wesentlichen abzuschließen.

Der Investitionsbedarf in Wasser- und Abwasseranlagen war beträchtlich. Im Jahr 2001 lag der Anschlussgrad der sächsischen Bevölkerung an Abwasserbehandlungsanlagen bei etwa 77 % (1990: 56 %), wobei im städtischen Raum ein Anschlussgrad von deutlich über 80 % und in den sogenannten Verdichtungsgebieten von über 95 % (2005) erreicht ist.

Die Beschaffenheit der sächsischen Gewässer hat sich auf Grund der Abwasserbeseitigung und deutlich reduzierter anderer Einleitung erheblich verbessert. Insbesondere zwischen 1997 und 2000 war ein sprunghafter Anstieg der Gewässergüte zu verzeichnen, so dass etwa zwei Drittel der sächsischen Gewässerstrecken mit Güteklasse II und besser klassifiziert werden.

Aus allen Maßnahmen heraus resultieren trotz umfangreich gewährter Fördermittel langfristig zusätzliche Kosten für die Verbraucher. Sachsen hat heute bei einer summarischen Betrachtung der Wasser- und Abwasserpreise die zweithöchsten Kosten pro Kubikmeter in Deutsch-

land. Daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern, weil einerseits die Fixkosten die wesentlichen Kosten sind und auf eine geringere Anzahl von Verbrauchern (Bevölkerungsrückgang) umgelegt werden muss und andererseits der Gesamtwasserverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 144 l/Einwohner und Tag zurückgehen wird (2000: 149 l; 1992: 221 l), was ebenso die Fixkosten je Einheit erhöht.

6.11.3 Telekommunikation und Energieversorgung

Sachsen ist durch flächendeckende Investitionen der Deutschen Telekom, die insbesondere in den 1990er Jahren erfolgten, mit einer sehr guten Telekommunikationsinfrastruktur ausgestattet. Analoge Festnetz- sowie digitale ISDN-Anschlüsse sind flächendeckend verfügbar. In Bezug auf den Ausbau breitbandiger Infrastruktur liegt Sachsen mit derzeit 404 von 476 (85 %) für DSL erschlossenen Anschlussbereichen vor Thüringen (67 %), Sachsen-Anhalt (56 %) und vor dem Bundesdurchschnitt (80 %). Die mobile Kommunikationsversorgung wird flächendeckend durch T-Mobile, Vodafone, O2 und E-Plus abgesichert. UMTS-Netze werden derzeit ausgebaut.

Die grundlegende Umstrukturierung der sächsischen Energiewirtschaft ist abgeschlossen. Der Freistaat Sachsen besitzt eine jahrhundertealte Tradition als Energiestandort. Prägender Bestandteil der sächsischen Energiewirtschaft ist die Braunkohlewirtschaft. Circa 85 % des in Sachsen erzeugten Stroms wird aus Braunkohle gewonnen. Die erkundeten Lagerstättenvorräte reichen bei Fortschreibung der derzeitigen jährlichen Förderung circa 120 Jahre. Mit der Inbetriebnahme der Kraftwerke Lippendorf und Boxberg, mit einer Gesamtleistung von 3.740 MW (Megawatt) wird im Freistaat Sachsen wieder mehr Strom erzeugt als verbraucht.

Die Energieeffizienz der sächsischen Industrie liegt aber circa 13 % unter dem Durchschnitt in Deutschland (Energieeffizienz der Volkswirtschaft - Bruttoinlandsprodukt bezogen auf den primären Energieverbrauch).

Bestandteile des sächsischen Energiemixes sind die Braunkohle 41 %, Erdöl 36 % und Erdgas 20 %. Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Sachsen betrug 2002 6 %, gegenüber 1990 mehr als das 10-fache. Den größten Anteil an den erneuerbaren Energien hat die Windkraft mit 3,9 %, gefolgt von der Wasserkraft 1,4 % sowie Biomasse 0,7 % und der Photovoltaik. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der allgemeinen Stromversorgung im Jahre 2002 konnte gegenüber dem Vorjahr um 31,6 % gesteigert werden.

6.12 Klima, Umwelt und Energie

Der Zustand der Umwelt hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren extrem verbessert. Durch den Niedergang großer Verschmutzer Anfang der 1990er Jahre und durch umfangreiche Investitionen gelang eine zügige Regeneration, die auch in den kommenden Jahren weiter voranschreiten wird. Ein stabiles Ökosystem und eine permanente Reduzierung des Ressourcenverbrauches sind Voraussetzung zur nachhaltigen Bewirtschaftung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

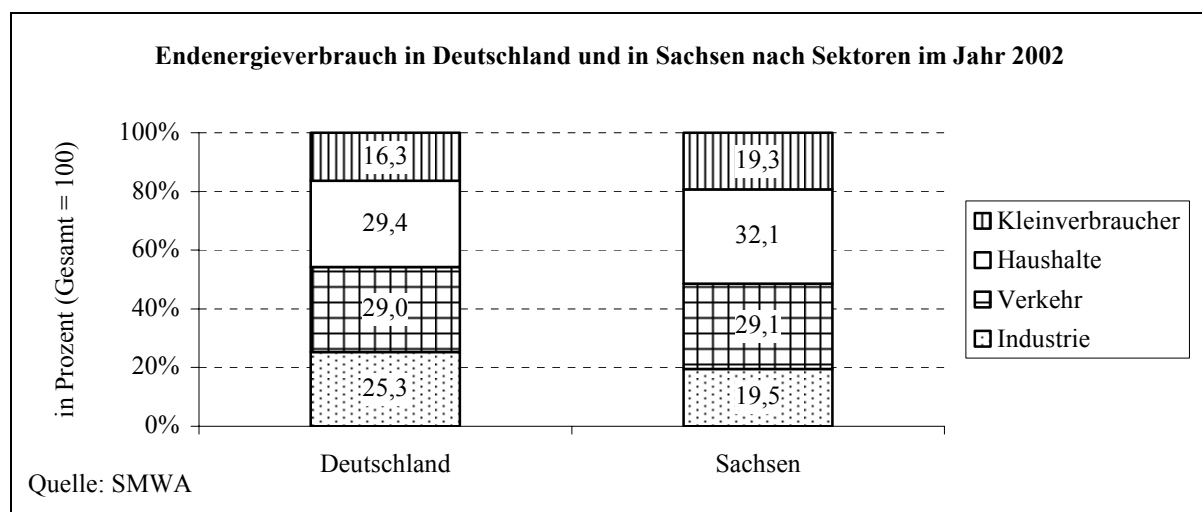
Seit 1990 wurden in die Umweltinfrastruktur Investitionen der öffentlichen Hand in Höhe von schätzungsweise 11 Mrd. EUR getätigt⁴⁵. Der Großteil dieser Investitionen ging in die Bereiche Wasser/Abwasser (7 Mrd. EUR), Revitalisierung der Uranbergbaualtlasten (2,1 Mrd. EUR) und Luftreinhaltung (1,3 Mrd. EUR). Hinzu kommen erhebliche öffentliche und private Investitionen beispielsweise zur Reduzierung des Energieverbrauchs.

⁴⁵ SMUL, Landtagsdrucksache 4/2093

Die Sächsische Staatsregierung hat im Juni 2001 das "Klimaschutzprogramm des Freistaates Sachsen" verabschiedet und darin eine fachübergreifende Klimaschutzpolitik konkretisiert. Auf dieser Basis werden für die einzelnen Verursachergruppen Maßnahmen abgeleitet. Fortgeschrieben wird das Klimaschutzprogramm in Teilbereichen, u. a. im "Energieprogramm Sachsen 2004". Mit Hilfe verschiedener Umweltindikatoren lassen sich Ziele, die direkt oder indirekt mit dem Klimaschutzprogramm in Verbindung stehen, auf ihren Erfüllungsgrad prüfen. Dazu werden vom SMUL die "Umweltindikatoren für Sachsen" veröffentlicht. Demnach gibt es Bereiche wie den Säure- und Stickstoffeintrag, die Ozonbelastung, der Anteil regenerativer Energien, der Anteil des ökologischen Landbaus und die Senkung der CO₂-Emissionen, bei denen weitere Aktivitäten erforderlich sind, um die avisierten Ergebnisse zu erreichen.

Die Erreichung der Ziele muss unter Beachtung regionaler, nationaler und internationaler Entwicklungen erfolgen. So wirkt beispielsweise der Anstieg der Weltmarktpreise für Primärenergieträger in Sachsen einerseits dämpfend auf die Nachfrage beim Verbraucher - Benzin-, Gas- und Stromverbrauch sinken. Andererseits wird der Energieträger Braunkohle wettbewerbsfähiger und bei einer dadurch bedingten steigenden Braunkohlennutzung (z. B. Verstromung) wird sich die Emission erhöhen. Exemplarisch wird dies im "Energiebericht 2003" des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit erläutert: "Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes Sachsen betrug der Primärenergieverbrauch im Jahr 2002 603,9 PJ. ... Vergleicht man den Wert jedoch mit dem Jahr 2000 so ist der PEV seitdem überproportional gestiegen, was auf einen erhöhten Einsatz von Rohbraunkohle zur Verstromung in den Grundlastkraftwerken zurückzuführen ist. Sachsen hat ab dem Jahr 2000 wieder Strom in andere Bundesländer exportiert."

Gleichzeitig sind Entwicklungen in der sächsischen Wirtschaft zu berücksichtigen. Die voranschreitende Reindustrialisierung bedingt - trotz Abkopplung des Wachstums der Bruttowertschöpfung vom Ressourcenverbrauch - steigende Emissionen. Das Emissionsminderungsziel aus dem Klimaschutzprogramm ist von daher ambitioniert. Ein wesentlicher Beitrag kann eine Erhöhung der Energieeffizienz sein. Dazu wurde unter dem Dach des Sächsischen Landesamtes für Umwelt und Geologie das Energieeffizienzcenter Sachsen eingerichtet. Übergreifend bietet das Grünbuch der Europäischen Kommission⁴⁶ zur Steigerung der Energieeffizienz Anhaltspunkte wie der Ressourcenverbrauch weiter reduziert werden kann.



⁴⁶ Europäische Kommission "Green Paper on Energy Efficiency or Doing More With Less", Brüssel 2005

7. Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken für die Entwicklung in Sachsen

7.1 SWOT-Analyse

Mit Hilfe einer SWOT-Analyse (Strength, Weakness, Opportunities, Threat) lassen sich Ansätze identifizieren, die bei der Umsetzung der Strukturfonds Priorität haben können. Gleichzeitig soll dadurch der Blick auf das Wesentliche gestärkt werden.

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> - lange industrielle Tradition mit entsprechender Kultur ("Erfindungsreichtum") - dynamisches Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe mit Investitionsdynamik - Flexibilität bei der Ausgestaltung von Arbeitsbeziehungen (Entgelte, Arbeitszeit) und geringe tarifliche Bindung - international wettbewerbsfähiges Niveau der Arbeitskosten - breite und differenzierte Bildungs- und Forschungslandschaft - hohes durchschnittliches Bildungsniveau insbesondere bei den über 30-Jährigen - hohe Qualität der weichen Standortfaktoren (Umwelt, Kultur, Landschaft) - geografische Lage in der Mitte von Europa 	<ul style="list-style-type: none"> - langanhaltende konjunkturelle Stagnation der Gesamtwirtschaft - hohe Arbeitslosigkeit und verfestigte Arbeitsmarktprobleme - geringe Marktmacht der überwiegend jungen Unternehmen - niedriger volkswirtschaftlich wertschöpfender Kapitalstock - fehlende Entscheidungszentren, überwiegend nur Fertigungsstätten im Verarbeitenden Gewerbe - Demografie (niedrige Geburtenraten, Migrationsverluste) - schwach ausgeprägtes Innovationsverhalten der Unternehmen - stagnierende Entwicklung im Bildungsbereich
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau einer starken industriellen Basis - stärkere Nutzung der wissenschaftlichen Potenziale für die Wirtschaft - Ausbau der FuE in den Unternehmen - Schaffung einer hochwertigen wirtschaftsnahen Infrastruktur - hohes Bildungsniveau und hohe technische Kompetenz - Nutzung der demografischen Entwicklung zum Abbau von Problemen des Arbeitsmarktes - Zuwanderung durch Wirtschaftswachstum und attraktive Rahmenbedingungen (z. B. Kinderbetreuung) - Etablierung eines grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums mit Schlesien und Böhmen 	<ul style="list-style-type: none"> - Vernachlässigung der Bedeutung der Industrie für selbsttragende Wirtschaftsstrukturen - Konzentration auf regional agierende Wirtschaftsbereiche - Ausbau der Infrastruktur ohne Sekundäreffekte - geringe Studierneigung und Mangel an technischem Fachpersonal - Fokussierung auf Arbeitsmarktprobleme und steigende Anzahl Unqualifizierter - Verschärfung demografischer Probleme durch geringe Geburten und hohe Abwanderung - Verfestigung regionaler Disparitäten - Transitland für Investitionen zwischen Beitrittsländern und EU-15

Stärken

Prägend für die Wirtschaftsstruktur in Sachsen ist eine industrielle Tradition, die durch eine hohe Akzeptanz bei industriellen Neuansiedlungen unterstützt wird. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen konnte in Sachsen vor allem das Verarbeitende Gewerbe ein dynamisches Wachstum verzeichnen, das durch eine umfangreiche Investitionsförderung unterstützt wird. Die ausgeprägte Bildungs- und Forschungslandschaft stellt für Unternehmen mit humankapitalintensiven Produkten einen gewichtigen Vorteil dar. Sächsische Unternehmen können mit einer vergleichsweise wettbewerbsfähigen Kostenstruktur aufwarten und eine marktorientierte Flexibilität vorweisen. Die Abkehr vom Flächentarifvertrag unterstützt die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Unternehmen nicht zuletzt bei den Kosten. Ebenso im positiven Vordergrund steht die Rückbesinnung auf die industrielle Historie in Sachsen und die stark ausgeprägte Kulturlandschaft. Dies fördert und motiviert zusätzlich die humanen Ressourcen.

Schwächen

Demgegenüber weist Sachsen eine Reihe von Schwächen und strukturellen Defiziten auf. Ein starkes Wirtschaftswachstum in Bereichen wie dem Verarbeitenden Gewerbe vermag zurzeit die wirtschaftliche Stagnation in anderen Wirtschaftszweigen noch nicht zu kompensieren. Trotz der industriellen Tradition haben sächsische Unternehmen eine zu geringe Marktmacht und können, auch bedingt durch die geringe Kapitalausstattung, ihre Position auf dem Markt nur schwer behaupten. Die große Zahl der in Sachsen angesiedelten Unternehmen, die nur als verlängerte Werkbänke operieren, verhindert die Möglichkeiten eigenständiger Investitionen und lokaler Expansion. Die Zahl der exportorientierten Unternehmen ist weiterhin zu gering, ebenso wie die Entwicklung Unternehmensnaher Dienstleister als zu schwach zu bewerten ist. Sachsen hat vor allem in den ländlichen und östlichen Regionen stärker mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen als in den Ballungszentren.

Chancen

Sachsen hat die Möglichkeit, seine Wachstumskräfte durch Investitionen vor allem in das Verarbeitende Gewerbe und in Forschung und Entwicklung zu stärken und damit selbsttragende Wirtschaftsstrukturen zu etablieren. Gleichzeitig können strukturelle Defizite in anderen Bereichen verringert werden. Eine weitere Steigerung von Personal- und Sachaufwendungen im Bereich FuE ermöglicht den Aufholprozeß sächsischer Unternehmen in Bezug auf deren Wertschöpfung. Durch eine stärkere Kooperation von Unternehmen und zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen können Entwicklungspotenziale erschlossen werden. Eine Deregulierung und Öffnung des Arbeitsmarktes insbesondere für Geringqualifizierte kann einerseits zu einer Entschärfung der Arbeitsmarktprobleme und andererseits zu einer deutlichen Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik führen. Die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus unterstützt eine Kultur des Lernens und erhöht die Innovationsbereitschaft.

Risiken

Die Abwanderung von Arbeitskräften und die fehlende bedarfsorientierte Ausbildung von Fachkräften stellen ein bedeutendes Risiko für die Etablierung wettbewerbsfähiger und produktiver Wirtschaftszentren dar. Es besteht die Gefahr der Verfestigung regionaler Disparitäten und die Ausbildung strukturschwacher Peripherien, die im Wettbewerb weiter zurückfallen. Das kann zu einer weiteren Verfestigung der Arbeitsmarktprobleme führen. Die Entwertung des Humankapitals wird durch ein niedriges Bildungsniveau mit hohen Schulabbrecherquoten und geringer Studierneigung forciert. Ein Risikopotenzial bieten auch die neuen Mitgliedstaaten, die mit geringen Lohn- und Produktionskosten und gesteigerter Rechtssicherheit den Wettbewerb um Ansiedlungen zunehmend für sich gewinnen.

7.2 Entwicklungskorridore im Zeitraum der Strukturfondsperiode 2007-2013

Sachsen hat auf Grund seiner kulturellen und industriellen Tradition, seiner bewussten Identität und seiner zentralen Lage in Europa gute Voraussetzungen, eine positive Entwicklung selbst zu gestalten. Zentraler Punkt ist dabei die Entwicklung der Wirtschaft und hierbei insbesondere der Wiederaufbau einer breiten industriellen Basis. Steigende Wertschöpfung und höhere Wettbewerbsfähigkeit sind Voraussetzung für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze, eine Entschärfung der Bevölkerungsentwicklung und sozialen Zusammenhalt. Dafür wurden in den zurückliegenden Jahren wesentliche Impulse gegeben, die ein gutes Fundament für weitere Aktivitäten bilden. Infrastrukturaufbau und Strukturwandel in der Wirtschaft sind weit vorangeschritten, müssen aber weiter begleitet werden, um das Erreichte abzusichern. Friktionen am Arbeitsmarkt beginnen sich langsam aufzulösen. Regionale Disparitäten vergrößern sich dagegen, weil die Entwicklung der sächsischen Regionen zunehmend heterogener verläuft.

Angesichts der Herausforderungen, die sich aus der immer noch unzureichenden Wirtschaftskraft, der geringen privaten FuE-Ausgaben, der wahrgenommenen Probleme am Arbeitsmarkt, des stagnierenden Bildungsniveaus, der alternden Bevölkerung und weiterer Themen ergeben, sind insbesondere unter dem Gesichtspunkt deutlich zurückgehender Finanzmittel strukturelle Entscheidungen zu treffen, die die Entwicklungsszenarien für Sachsen ganz wesentlich beeinflussen.

Szenario 1 - Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung

Im Bemühen um eine Verringerung der hohen Arbeitslosenzahlen, einer Rückführung des hohen Anteils an Langzeitarbeitslosen und zur Entschärfung der Situation der Lehrstellenaltbewerber und der Jugendarbeitslosigkeit werden wesentliche Anstrengungen auf diese Themen konzentriert. Der Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik, unterstützt mit Mitteln des ESF, führt bei den im Fokus stehenden Problemgruppen zu anfänglichen Erfolgen. Obwohl die Beschäftigtenzahlen im ersten Arbeitsmarkt leicht zurückgehen, sinkt die Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig geht die Investitionsquote im Freistaat zurück, bei der Investitionsförderung werden die Fördersatzte gekürzt, die Bewilligungsquote bei der FuE-Förderung verharrt auf niedrigem Niveau und Infrastrukturprojekte werden zeitlich gestreckt. Auch im Bereich der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind keine weiteren signifikanten Investitionen möglich. In Folge dessen geht die Investitionsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe zurück. Es gelingt nicht mehr, Großinvestitionen nach Sachsen zu holen. In der zweiten Hälfte der Strukturfondsperiode schwächt sich das ohnehin geringe Wachstum weiter ab, die Abwanderung verstärkt sich wieder und das durchschnittliche Alter der sächsischen Bevölkerung steigt erheblich. Sachsen wird in der Mitte von Europa zu einer Transitregion.

Szenario 2 - Fortsetzung bewährter Strategien

Die Einschätzung, dass mit der bisherigen Politik einiges Positives erreicht wurde, führt dazu, dass kaum Veränderungen vorgenommen werden. Es wird versucht, die zurückgehende Investitionsförderung durch ein Mehr an Netzwerken auszugleichen, um wirtschaftspolitisches Engagement zu zeigen. Bei der FuE-Förderung werden auf Grund von Großprojekten Einschränkungen bei Projekten mittelständischer Unternehmen vorgenommen und mit mangelndem Innovationsgehalt begründet. Die Existenzgründungsförderung hat weiterhin einen symbolisch höheren Stellenwert als Bestandspflege und Wachstumsförderung. Beim Arbeits- und Ausbildungsmarkt werden einerseits Problemgruppen wie Lehrstellenaltbewerber und Langzeitarbeitslose durch gezielte zusätzliche Maßnahmen stärker betreut, gleichzeitig wird die betriebliche Weiterbildung aus dem ESF mit hohem Kostendruck auf die Bildungsträger und

einem schleichenden Qualitätsverlust weitergeführt. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erfolgt mit hohem Tempo, eine Überwindung regionaler Verkehrsgrenzen nach Böhmen und Niederschlesien gelingt dabei aber nur im Einzelfall. Hinzu kommen weitere Infrastrukturmaßnahmen bei Wasser, Abwasser und Abfall. Die Industrie als Lokomotive der sächsischen Wirtschaft wächst bis Ende des Jahrzehnts überdurchschnittlich. Es werden weitere Arbeitsplätze geschaffen, obwohl sich die Dynamik abschwächt. Positive Effekte der guten wirtschaftlichen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zeigen auch bei anderen Wirtschaftsbereichen sichtbare Wirkung. In der zweiten Hälfte der Strukturfondsperiode nehmen jedoch die Investitionen der Industrieunternehmen ab, das Wachstum bei Umsatz und Export geht zurück. Die mittlerweile erreichte hohe Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hilft, den sich anschließenden Anpassungsprozess insbesondere bei den Produktionsstätten westdeutscher Mutterunternehmen weniger schmerzhaft ausfallen zu lassen. Bei Betrachtung wesentlicher volkswirtschaftlicher Daten wurde der Aufholprozess zu Westdeutschland nur geringfügig vorangetrieben. Die Region kämpft immer noch mit einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, das allgemeine Bildungsniveau der Erwerbstätigen beginnt zu sinken und die umfangreichen Kapazitäten staatlicher Forschungseinrichtungen und Hochschulen sind kaum an die regionale Wirtschaft angebunden.

Szenario 3 - Investitionsoffensive

Das Wissen, dass erhebliche Veränderungen bei Finanzen und Demografie bevorstehen, führen zu einer deutlich anderen Gewichtung der Politikschwerpunkte. Es besteht der Wille, die Mittel der laufenden Strukturfondsperiode für eine Investitionsoffensive zu nutzen. Deshalb werden Investitions- und Innovationsförderung aufgestockt und auf technologieintensive, exportorientierte Branchen und Wertschöpfungsketten konzentriert. Gleichzeitig werden in der Bildungspolitik erhebliche Anstrengungen unternommen, um Ausbildungsniveau und Studierbereitschaft deutlich zu erhöhen. Es ist Ziel, allen Absolventen einen Berufsabschluss zu ermöglichen; dazu werden Projekte mit neuen Berufsbildern initiiert. Alle Infrastrukturmaßnahmen im Bildungsbereich werden verknüpft mit einer bestmöglichen Ausstattung an ITK-Technologien. Zur Unterstützung des individuellen Bildungszugangs werden aus dem ESF Bildungsmaßnahmen begleitet, die zum lebenslangen berufsbegleitenden Lernen animieren. Es erfolgt eine Einbindung der Universitäten und Hochschulen, die ihrerseits mit einer größeren Autonomie ausgestattet werden. Die Probleme am Arbeits- und Ausbildungsmarkt werden durch Pilotprojekte mit aktivierenden Lohnersatzleistungen angegangen und später landesweit umgesetzt. Die bereits bestehende Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe verbessert sich weiter. Eine attraktive Investitionsförderung, attraktive Arbeitskosten und eine moderne Infrastruktur locken weitere Investoren in die neue Mitte der größer werdenden EU. Dadurch und durch das zunehmende Wachstum mittelständischer Unternehmen wächst die Industrie weiterhin überdurchschnittlich. Die positive Effekte aus dem Wachstum der Industrie und das Auslaufen der Baukrise führen zu einem Anstieg des Wirtschaftswachstums. In Folge dessen sinkt die Abwanderung und die Geburtenraten steigen leicht an. Der steigende Bedarf an hochqualifizierten Beschäftigten führt in der zweiten Hälfte der Strukturfondsperiode zu einem Stopp beim Bevölkerungsrückgang. Sachsen schafft es mit seinen Nachbarn in Böhmen und Niederschlesien eine gemeinsame Wirtschaftsregion mit wichtigen europäischen Verkehrsachsen aufzubauen.

Bei der Festlegung der Prioritäten für die nächste Strukturfondsperiode, aber auch für die generelle Ausrichtung und Evaluierung der Politik, sollten - neben den Strukturindikatoren für die operative Begleitung - Ziele definiert werden, die als Bestimmungsgröße und Maßstab für alle Maßnahmen dienen. Diese Ziele können beispielsweise in Form eines Leitbildes definiert und kommuniziert werden. Bei einer Präferenz für das Szenario 3 der vorgenannten Entwicklungskorridore könnte folgendes Leitbild formuliert werden.

1. Sachsen ist eine Industrieregion mit Tradition und will an frühere Erfolge anknüpfen. Wachstum und Stärke der Industrie bestimmen maßgeblich den Wohlstand des Landes.
2. Gesellschaftliche Kräfte und öffentliche Gelder werden vornehmlich auf den Aufbau selbsttragender Wirtschaftsstrukturen und attraktiver Rahmenbedingungen konzentriert, weil eine prosperierende Wirtschaft eine Grundvoraussetzung zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, kultureller Vielfalt und hoher Lebensqualität ist.
3. Die Gesellschaft insgesamt ist verantwortlich, jedem Bürger eine interessante Gegenwart und Zukunft aufzuzeigen. Zukunft beginnt mit der Entscheidung für Kinder. Zukunft schließt die Erziehung und eine hochwertige Bildung sowie eine für Gesellschaft und Individuum attraktive Berufswahl ein.
4. Technisches und wirtschaftliches Wissen ist einem größtmöglichen Teil der Bevölkerung zugänglich zu machen und interessant anzubieten, weil das Verständnis von Technik und Wirtschaft die Akzeptanz für Fortschritt, Veränderung und Marktwirtschaft erhöht.
5. Technologieintensive Branchen mit hoher Wertschöpfung genießen eine besondere Aufmerksamkeit in Politik und Gesellschaft, weil diese Branchen überproportionale Wachstumschancen haben und gleichzeitig erheblichen Mehrwert für die Gesellschaft bringen.

8. Schwerpunkte bei der Umsetzung der Strukturfonds in Sachsen

"Die Ressourcen, um unseren hohen Lebensstandards zu wahren, sind vorhanden, wir müssen jedoch etwas tun, um sie freizusetzen. **Sachsen** wird mehr in seine Jugend, in Bildung, Forschung und Innovation investieren müssen, damit wir unserer Gesellschaft das Handwerkszeug und die richtige Einstellung vermitteln können, um Wohlstand und Sicherheit für jeden Bürger zu schaffen. Wir werden weiter Märkte öffnen, Bürokratie abbauen und in moderne Infrastrukturen investieren, damit unsere Unternehmen wachsen, Innovationen tätigen und neue Arbeitsplätze schaffen können. Und wir werden die notwendigen Schritte unternehmen, um qualifizierte Arbeitskräfte mit Unternehmergeist heranzubilden, damit alle **Sachsen** die Vorzüge einer Gesellschaft mit einem hohen Beschäftigungs- und Sozialschutzniveau und einer gesunden Umwelt genießen können. Alle diese Maßnahmen werden vor dem Hintergrund einer soliden makroökonomischen Politik getroffen werden."⁴⁷

Die Kohäsionspolitik der EU soll eng mit der Lissabon-Strategie verknüpft werden, da sie eine Teilmenge der Zielstellungen für Wachstum und Beschäftigung ist. Es wird von den regionalen Akteuren erwartet, dass bei der Umsetzung der Strukturfonds die Leitlinien der Lissabon-Strategie umfangreiche Beachtung finden. Die Kommission hat für den "Neustart" der Lissabon-Strategie Schlüsselbereiche definiert, in denen besonderes Handeln erforderlich ist.

Schlüsselbereich	Relevanz für regionalen Policy-Mix in Sachsen	
	Wertung	Begründung
Leistungsstarker Binnenmarkt	◇◇◇	Regelungshoheit der Kommission
Freier und gerechter Handel	◇◇◇	Regelungshoheit von WTO und Kommission
Verbesserung der Rechtsvorschriften	◆◇◇	Regelungskompetenz auf verschiedenen Politikebenen, auch auf Landes- und Kommunalebene
Verbesserung der europäischen Infrastrukturen	◆◇◇	Bundesverkehrswegeplan und Transeuropäische Netze bzw. Energie- und TK-Versorger; regional: Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur zur Anbindung an transnationale Achsen
Investitionen in Forschung und Entwicklung	◆◆◇	regional: Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfeldes durch Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Technikakzeptanz
Förderung von Innovation	◆◆◆	materielle Unterstützung
Schaffung einer soliden industriellen Basis	◆◆◇	abhängig von Konjunktur und (nationalen) Rahmenbedingungen; regional: materielle Unterstützung von Investitionen
Mehr und bessere Arbeitsplätze	◆◇◇	abhängig von nationalen Rahmenbedingungen; regional: branchenspezifisch differenzierte Wirtschaftspolitik
Flexible Arbeitskräfte	◆◆◇	Stärkung von Bildung und Kompetenz der Arbeitnehmer; Bereitstellung von Infrastruktur und Betreuungsangeboten
Bessere Ausbildung und Qualifikation	◆◆◆	Investitionen in alle Bildungsbereiche, Erhöhung des durchschnittlichen Bildungsniveaus

Relevanz: ◆◆◆ hoch ◆◆◇ mittel ◆◇◇ niedrig ◇◇◇ keine

⁴⁷ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament "Gemeinsame Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung: Das Lissabon-Programm der Gemeinschaft", KOM (2005) 330, Brüssel 2005; Europa/Europäer wurde von den Autoren durch Sachsen ersetzt

Daraus und aus den Verordnungen zu EFRE KOM(2004) 495 und ESF KOM(2004) 493 mit den Bereichen für das Ziel Konvergenz abgeleitet, lassen sich Schwerpunkte für die Umsetzung der Strukturfonds in Sachsen definieren.

Der EFRE beteiligt im Wesentlichen an materiellen Investitionen (produktive Investitionen; Infrastruktur im weiteren Sinne); Errichtung und Ausbau von Finanzierungsinstrumenten (Risikokapital, Darlehens- und Garantiefonds und lokale Entwicklungsfonds, zinsverbilligte Darlehen), Aktivierung endogenen Wirtschaftspotenzials sowie technischer Hilfe.

Der ESF soll zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts beitragen, indem er die Politiken der Mitgliedsstaaten unterstützt, die auf die Erreichung der Vollbeschäftigung, die Verbesserung von Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität sowie auf die Förderung von sozialer Eingliederung und die Verringerung regionaler Disparitäten bei der Beschäftigung ausgerichtet sind. Insbesondere unterstützt der ESF Aktionen, die mit den Leitlinien und Empfehlungen der Union im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie übereinstimmen.

8.1 Ziel "Konvergenz" – Einsatzgebiete des EFRE

Interventionsbereich	Prioritäten bei der Umsetzung des EFRE in Sachsen	
	Wertung	Begründung
Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Innovationsfinanzierung	◆◆◆	derzeit unterdurchschnittliche Innovationsausgaben; FuE als Grundvoraussetzung einer wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsstruktur
Informationsgesellschaft	◆◆◇	Erleichterung von Zugang und Nutzung moderner Medien für große Bevölkerungsteile; Kohärenz mit Innovationsanstrengungen
Umwelt: Abfallbewirtschaftung, Wasser, Naturschutz	◆◇◇	wesentliche Investitionen sind erfolgt; partieller Entwicklungsbedarf auf Grund fortschreitend höherer Standards
Verhütung von natürlichen und technologischen Risiken	◇◇◇	nicht abschätzbar
Fremdenverkehr und Schutz des Kulturerbes	◆◇◇	Weiterentwicklung eines qualitativ hochwertigen Tourismus
Investitionen in Verkehrsnetze	◆◆◇	Voraussetzung für eine effiziente Wirtschaft; Einschränkung auf wirtschaftsaktivierenden Investitionen
Energienetze, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien	◆◇◇	Verbesserung der Energieeffizienz im Wirtschaftskreislauf erforderlich; Ressourcenoptimierung
Investitionen im Bereich Bildung	◆◇◇	Unterstützung der Innovationsanstrengungen und der Bildungsziele im ESF
Investitionen im Bereich Gesundheit	◇◇◇	überdurchschnittliches Niveau in Sachsen
Direktbeihilfen für Investitionen in KMU	◆◆◆	erheblicher Unterbesatz an Industriearbeitsplätzen und dynamischer Strukturwandel bedürfen umfangreicher Investitionen in Sachanlagen

Priorität: ◆◆◆ hoch ◆◆◇ mittel ◆◇◇ niedrig ◇◇◇ keine

8.2 Ziel "Konvergenz" – Einsatzgebiete des ESF

Interventionsbereich	Prioritäten bei der Umsetzung des ESF in Sachsen	
	Wertung	Begründung
Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen	◆◆◆	Etablierung und Umsetzung einer Kultur des Lernens; Köhärenz zu Innovationsanstrengungen
Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und Prävention von Arbeitslosigkeit	◆◆◇	Unterstützung bei der Begleitung des Strukturwandels; Abbau von Jugendarbeitslosigkeit; temporär: Minimierung der Lehrstellenlücke
Verbesserung der sozialen Integration und Bekämpfung von Diskriminierungen	◆◇◇	niedriger Ausländeranteil in Sachsen; Bildung als beste Maßnahme der Integration
Reformen in den Bereichen Beschäftigung und Eingliederung	◇◇◇	auf Landesebene kaum zu gestalten
Ausweitung und Verbesserung der Investitionen in das Humankapital	◆◆◆	Erhöhung des Bildungsniveaus und Verbesserung der Berufsorientierung; langfristige Unterstützung der Innovationsanstrengungen
Stärkung der institutionellen Kapazität und der Effizienz der öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Dienstleistungen	◇◇◇	ausreichend vorhanden; Desinvestitionsbedarf

Priorität: ◆◆◆ hoch ◆◆◇ mittel ◆◇◇ niedrig ◇◇◇ keine

8.3 Zusammenführung von Lissabon-Strategie und Strukturfonds in Sachsen

Aus der Bewertung der Relevanz der Schlüsselbereiche der Lissabon-Strategie für den regionalen Policy-Mix in Sachsen und der Prioritäten für eine nachhaltige und effiziente Regionalentwicklung bei der Umsetzung von EFRE und ESF ergeben sich mehrere Handlungsfelder, die erstens ein hohe regionale Handlungskompetenz und zweitens eine hohe Priorität aufweisen:

- Investitionen
 - finanzielle Unterstützung beim Wachstum von Industrieunternehmen
 - Ausbau einer wirtschaftsaktivierenden (Verkehrs-)Infrastruktur
- Innovation:
 - finanzielle Unterstützung von betrieblicher Forschung und Entwicklung
 - Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers
- Humankapital:
 - Verbesserung von Berufsorientierung, Studienneigung und Bildungsniveau
 - Unterstützung des individuellen Zugangs zu Bildungsangeboten für alle Erwerbsfähige

Auf diese Handlungsfelder sollten in der Strukturfondsperiode 2007-2013 die konzeptionellen Anstrengungen und Mittel konzentriert werden.

9. Indikatoren

9.1 Strukturindikatoren der Lissabon-Strategie

Die Lissabon-Strategie ist trotz der klaren Zielsetzung, Europa bis 2010 zum wettbewerbfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, mit einer Vielzahl von Unterzielen, Indikatoren und Benchmarks gestartet, die sich teilweise sogar widersprochen haben. Die Europäische Kommission musste eingestehen, dass das ineffizient und intransparent war: "Bislang konnten bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie nur mäßige Erfolge verzeichnet werden. Das Lissabon-Paket besteht aus 28 Haupt- und 120 untergeordneten Zielen; dabei werden insgesamt 117 verschiedene Indikatoren verwertet. Das Berichterstattungssystem führt dazu, dass von den 25 Mitgliedsstaaten insgesamt 300 jährliche Berichte abgefasst werden, die im Grunde niemand liest."⁴⁸

Diese Selbsteinschätzung der Europäischen Kommission hat im Zusammenspiel mit der kritischen Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie dazu geführt, dass die Ziele und Indikatoren deutlich gestrafft wurden und kohärent wirken. Das ermöglicht ein besseres Monitoring über die im Hinblick auf die Lissabon-Strategie erzielten Erfolge. Ebenso wird die Steuerung vereinfacht.

Indikatoren:

1. BIP pro Kopf in KKS
2. Arbeitsproduktivität
3. Beschäftigungsquote (geschlechtsspezifisch unterteilt)
4. Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger (geschlechtsspezifisch unterteilt)
5. Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen (20-24) (geschlechtsspezifisch unterteilt)
6. Ausgaben für Forschung und Entwicklung
7. Vergleichende Preisniveaus
8. Unternehmensinvestitionen
9. Armutgefährdungsquote (geschlechtsspezifisch unterteilt)
10. Langzeitarbeitslosenquote (geschlechtsspezifisch unterteilt)
11. Dispersion der regionalen Beschäftigungsquote (geschlechtsspezifisch unterteilt)
12. Emissionen von Treibhausgasen
13. Energieintensität der Wirtschaft
14. Güterverkehrsvolumen

Aus den Erfahrungen der KOM bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie, aber auch aus den Erfahrungen bei der Umsetzung des Operationellen Programmes in Sachsen lässt sich ableiten, dass zuallererst globale Indikatoren für Monitoring und Steuerung eingesetzt werden sollten und erst auf der Ebene der Programme und dort nur im Einzelfall auf spezielle Fallzahlen abgestellt wird. Bei einer inkonsistenten Strategie kann auch eine noch so ausgefeilte kleinteilige Feinsteuerung im Gesamtaggregat keine positiven Ergebnisse bringen.

⁴⁸ http://europa.eu.int/growthandjobs/index_de.htm, 16.09.05

9.2 Indikatoren zur Steuerung der Strukturfondsinterventionen in Sachsen

Nicht alle Indikatoren, die auf europäischer Ebene sinnvoll sind, bieten bei einer regionalen, also sächsischen Betrachtung denselben Nutzen. Trotzdem ist eine Orientierung empfehlenswert. Es wäre kohärent, wenn abgeleitet von den Schwerpunkten der Interventionen der Strukturfonds entsprechende Indikatoren verwendet werden. Gleichwohl muss dabei beachtet werden, dass die Daten für die Indikatoren in hinreichender Qualität verfügbar sind. Abgeleitet aus dem Status quo lassen sich Zielgrößen definieren, die für den Zeitverlauf der Strukturfondsperiode beispielsweise mit ein oder zwei Etappenzielen untersetzt werden können.

Globalindikatoren

- BIP pro Kopf in KKS (Kaufkraftstandards)
- Arbeitsproduktivität (BIP) je Erwerbstätigen

Indikatoren für Schwerpunkt Innovationen

- Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe

Indikatoren für Schwerpunkt Investitionen

- Unternehmensinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe
- Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe
- Infrastrukturindikator (muss konkretisiert werden)
- ITK-Nutzung (Internetnutzung, Breitbandnutzung)

Indikatoren für Schwerpunkt Bildung/Humankapital

- Beschäftigungsquote
- Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger (55-64 Jahre)
- Langzeitarbeitslosenquote
- Schulabsolventen ohne Hauptschulabschluss
- Studienanfänger in naturwissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Fächern

Es wird anregt, Mittel aus der Technischen Hilfe einzusetzen, um ein interventionsadäquates Indikatorensystem aufzubauen und fortzuschreiben. Das betrifft insbesondere den Bereich der Forschung und Entwicklung/Innovation.

10. Finanzielle Ausstattung der Fonds und der Schwerpunkte

Sachsen wird unter Zugrundelegung der Kommissionsvorschläge zur finanziellen Umsetzung der Strukturfonds, der Kommissionsvorschläge zum EU-Haushalt und des Verhandlungsstandes zum EU-Haushalt etwa 3,5 Mrd. EUR für die Strukturfondsperiode 2007-2013 erhalten. In der laufenden Strukturfondsperiode stehen etwas mehr als 5 Mrd. EUR zur Verfügung. Es wird damit zu einem Rückgang um etwa 30 % der zur Verfügung stehenden Mittel kommen. Während bisher jährlich etwa 700 Mio. EUR verwendet werden konnten, sind es zukünftig nur noch 500 Mio. EUR pro Jahr.

Bereits der Rückgang der Mittelzuweisungen zwingt zu einer Fokussierung der Interventionen. Darüber hinaus werden zurückgehende Zuweisungen aus dem Solidarpakt II und eine Abnahme der Bevölkerung in Sachsen zu einem Rückgang des Gesamtvolumens des Sächsischen Landeshaushaltes führen. Während dieser heute noch etwa 16 Mrd. EUR umfasst, wird er zum Ende der nächsten Strukturfondsperiode nur noch weniger als 14 Mrd. EUR betragen und bis 2019 auf weniger als 12 Mrd. EUR abschmelzen, sofern keine expansive Neuverschuldung oder eine grundlegende Änderung der Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen vorgenommen wird. Selbst eine deutliche Erhöhung der Wirtschaftskraft mit stark steigenden Steuereinnahmen würde kaum zu spürbaren Änderungen führen, weil innerhalb des Länderfinanzausgleiches eine extrem hohe Grenzbelastung von über 90 % gegeben ist⁴⁹.

Unter diesen Voraussetzungen müssen die Strukturfondsmittel sehr deutlich dafür genutzt werden, die Wirtschaftskraft in Sachsen zu stärken, die Wertschöpfung zu erhöhen und die Voraussetzungen für weiteres Wachstum zu schaffen. Eine klare Zukunftsstrategie muss die Grundlage für die inhaltliche und finanzielle Umsetzung der Strukturfonds sein. Ausschließlich sozialpolitisch motivierte Ausgaben sind nicht empfehlenswert.

Unter diesen Prämissen könnte die Verteilung der Strukturfondsmittel wie folgt aussehen.

EFRE		ESF	
80 %		20 %	
Forschung und Entwicklung, Innovation	45 %	Erhöhung des Bildungsniveaus	25 %
einzelbetriebliche Investitionen	30 %	Aus- und Weiterbildung für Arbeitnehmer	25 %
Infrastrukturinvestitionen	25 %	Integration Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit	25 %
		Vereinbarkeit von Familie und Beruf	10 %
		Integration Benachteiligter in den Arbeitsmarkt	10 %
		sonstiges	5 %

⁴⁹ Das bedeutet, dass von 1 EUR zusätzlichen Einnahmen, die aus steigender Wirtschaftskraft eingenommen werden, weniger als 10 Cent in Sachsen bleiben.

Als Einzelmaßnahmen kommen dabei insbesondere in Betracht:

Europäischer Fonds für Regionalentwicklung (EFRE)

Forschung und Entwicklung, Innovation	<ul style="list-style-type: none"> • betriebliche Projektförderung (Einzel und Verbund) • Forschungskooperation und -beauftragung (zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtung) • Innovationsassistent • Investitionen in wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen
einzelbetriebliche Investitionen	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung produktiver Investitionen • Bürgschaften/Bürgschaftsfonds (z. B. durch Verstärkung vorhandener Instrumente) sowie Beteiligungen und innovative Finanzierungsformen für KMU • Förderung und Coaching des Marktzugangs auf Grundlage von Markterschließungskonzepten • einzelbetriebliche Energieeffizienz, Klimaschutz und Erneuerbare Energien
Infrastrukturinvestitionen	<ul style="list-style-type: none"> • Verkehrsinfrastruktur • Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Forschung, Technologie • Investitionen bei Schulen und Hochschulen, zwingend in Verbindung mit Umsetzung moderner ITK-Konzepte

Europäischer Sozialfonds (ESF)

Erhöhung des Bildungsniveaus	<ul style="list-style-type: none"> • individueller Zugang für Arbeitnehmer zu berufsrelevanten, qualifikationsfördernden Bildungsmaßnahmen (Individualförderung) • Qualifizierung und Coaching für Existenzgründer • Pilotprojekte zur Senkung des Anteils leistungsschwächerer Schüler, zur Minimierung der Schulabbrecherquoten und zur Verbesserung der Studienneigung • Pilotprojekte zur Verbesserung des Hochschulmarketings (Werbung für technische Studienfächer) • Verbesserung von Berufsorientierung und Berufswahlverhalten
Aus- und Weiterbildung für Arbeitnehmer	<ul style="list-style-type: none"> • betriebliche berufsbegleitene Aus- und Weiterbildung
Integration Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der betrieblichen Erstausbildung im Verbund und von Zusatzqualifikationen • Pilotprojekte für lernschwache Jugendliche zur Erlangung eines Berufsabschlusses (verkürzte Ausbildung, "Teilfacharbeiter")
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	<ul style="list-style-type: none"> • Pilotprojekte zur Flexibilisierung der Kinderbetreuung (Erweiterung der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen) • Einstellungszuschüsse und Pilotprojekte zur Integration von Berufsrückkehrern nach Kinderbetreuungszeiten
Integration Benachteiligter in den Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> • Integration Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt inkl. Qualifizierung • Pilotprojekte zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit insbes. im Bereich der gewerblichen Berufe
sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> • frauenspezifische Fördermaßnahmen unter Berücksichtigung der Gender-Gleichstellung • Studien und Analysen zur qualitativen und quantitativen Entwicklung des sächsischen Arbeitsmarktes

Die finanzielle Untersetzung der Maßnahmen im Zeitverlauf der Strukturfondsperiode muss berücksichtigen, dass einige Maßnahmen wie beispielweise die Förderung der Erstausbildung ab etwa 2010 nicht mehr erforderlich sein sollten, bei anderen Maßnahmen dagegen ein stärkerer Mitteleinsatz in der zweiten Hälfte der Strukturfondsperiode angebracht erscheint.

Anlagen

Indikativer Finanzplan zur Umsetzung der EU-Strukturfonds 2000-2006 in Sachsen

(Stand: 08.10.04)

Schwerpunkt/Maßnahme	Gesamt	EFRE	ESF	EAGFL-A	Bund	Land	Kommune	sonst.
Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, insbes. KMU	1.468,6	985,5			146,7	331,4		5,0
Förderung produktiver Investitionen	689,6	401,2			144,2	144,2		
Einzelbetriebliche FuE-Projekte	304,8	228,6				76,2		
FuE-Kooperationen (Verbundprojekte)	313,2	234,9				78,3		
Einsatz von Innovationsassistenten	14,1	10,6				3,5		
Patente und gewerbliche Schutzrechte	5,0	3,8				1,3		
Förderung des Technologietransfers	43,4	32,6				10,9		
Förderung der europäischen FuE-Kooperation	0,5	0,4				0,1		
wirtschaftsnahe Forschungsinstitute	15,4	11,6			2,5	1,3		
Förderung von KMU, Verbänden von KMU ... elektronischen Geschäftsverkehr	32,0	24,0				8,0		
Innovative Finanzierungsformen für KMU	20,0	15,0						5,0
Erleichterung des Zuganges zu nationalen und internationalen Märkten, zu Messen und Kooperationsprojekte im Rahmen der	16,7	12,5				4,2		
	13,9	10,4				3,5		
Infrastrukturmaßnahmen	1.929,3	1.447,0			147,5	82,6	252,2	
Wissenschaft, Forschung, Technologie	306,5	229,9				76,6		
Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung	257,5	193,1					64,4	
Informations- und Kommunikationstechnik an	122,7	92,0					30,7	
Städtische und lokale Infrastrukturen	264,8	198,6					66,2	
Verkehrsinfrastruktur	0,3	0,2				0,1		
Straßenverkehrsinfrastruktur	977,6	733,2			147,5	5,9	91,0	
Schutz und Verbesserung der Umwelt	1.201,5	806,6			11,6	11,4	371,9	
Wasserversorgung/Abwasserentsorgung	813,9	518,9					294,9	
Abfallvermeidung, -verwertung, -beseitigung	204,5	153,4					51,1	
Revitalisierung von Industriebrachen sowie Konversionsflächen	85,6	64,2					21,4	
Hochwasserschutz	77,4	58,1			11,6	7,8		
Klimaschutz / Erneuerbare Energien	20,1	12,0				3,6	4,5	
Förderung des Arbeitskräftepotenzials sowie der Chancengleichheit	1.507,6		1.054,3		69,6	383,8		
Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	348,5		224,8		69,6	54,1		
Verhinderung von LZA bei Erwachsenen	97,6		69,7			27,9		
Förderung der Beschäftigung	50,6		36,2			14,5		
Bekämpfung der LZA	80,4		57,4			23,0		
Förderung der Beschäftigung von LZA	232,2		165,8			66,4		
Systeme der berufl. Aus- und Weiterbildung	147,5		105,3			42,2		
Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und	228,6		163,2			65,4		
Förderung des Unternehmergeistes	162,4		116,0			46,5		
Chancengleichheit	147,7		105,4			42,2		
Kleinprojekte	12,2		10,5			1,6		
Ländliche Entwicklung und Fischerei	939,4			699,8	15,2	102,4	121,9	
Technische Hilfe	109,4	30,6	43,9	3,0		26,8	5,1	
Insgesamt	7.155,8	3.269,6	1.098,2	702,8	390,7	938,3	751,2	5,0
EFRE insgesamt	4.640,2	3.269,6			305,9	430,5	629,2	5,0
ESF insgesamt	1.572,2		1.098,2		69,6	404,5		
EAGFL-A insgesamt	943,4			702,8	15,2	103,4	121,9	

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose für Sachsen

(3. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020)

(Alle Angaben in Tausend)

Merkmal	1990	1995	2000	Variante 1				Variante 2			
				2005	2010	2015	2020	2005	2010	2015	2020
männlich	2.250,2	2.194,6	2.144,7	2.069,4	1.995,2	1.929,1	1.871,3	2.066,2	1.981,3	1.900,4	1.825,4
weiblich	2.525,8	2.372,0	2.280,9	2.172,7	2.072,4	1.988,2	1.914,4	2.168,0	2.055,8	1.955,9	1.862,6
insgesamt	4.775,9	4.566,6	4.425,6	4.242,1	4.067,6	3.917,2	3.785,7	4.234,2	4.037,1	3.856,3	3.688,1
unter 15	885,5	702,3	550,8	430,6	447,6	441,1	418,4	430,6	445,9	434,1	403,2
15 - 65	3.139,4	3.095,4	3.051,1	2.855,3	2.595,8	2.446,4	2.284,7	2.853,9	2.584,2	2.416,7	2.232,4
65 und mehr	751,0	768,9	823,7	956,2	1.024,1	1.029,7	1.082,6	949,7	1.007,0	1.005,4	1.052,5
Lebendgeborene	49,8	24,0	33,1	32,3	30,8	28,2	24,7	32,3	30,6	27,4	23,4
Gestorbene	67,9	57,6	50,4	47,4	50,3	53,0	55,4	50,9	52,5	54,6	56,6
Demografie	-18,2	-33,5	-17,3	-15,2	-19,5	-24,8	-30,6	-18,6	-21,8	-27,2	-33,1
Migration	-117,6	15,5	-16,9	-20,6	-14,8	-3,1	5,1	-20,6	-17,6	-7,3	-0,2
Durchschnittsalter	39,4	41,2	42,9	44,9	46,6	47,9	48,8	44,8	46,5	47,9	48,9
Jugendquotient	282,0	226,9	180,5	150,8	172,4	180,3	183,1	150,9	172,6	179,6	180,6
Altenquotient	239,2	248,4	270,0	334,9	394,5	420,9	473,8	332,8	389,7	416,0	471,5
Soziallastquotient	521,3	475,3	450,5	485,7	566,9	601,2	657,0	483,6	562,2	595,6	652,1

(Quotient jeweils zu 1.000 Einwohnern der Altersgruppe 15 bis 65 Jahre)

Impressum

imreg Institut für Mittelstands-
und Regionalentwicklung GmbH
Bautzner Straße 17
01099 Dresden
E-Mail: info@imreg.de
Internet: www.imreg.de
Telefon: (03 51) 21 36 71 00
Telefax: (03 51) 21 36 71 10

Im Auftrag und unter Mitwirkung von

SACHSENMETALL
Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen e.V.
Washingtonstraße 16/16A
01139 Dresden
E-Mail: sachsenmetall@hsw-mail.de
Internet: www.sachsenmetall.org
Telefon: (03 51) 2 55 93 -0
Telefax: (03 51) 2 55 93 78